



Baden-Württemberg
Statistisches Landesamt

Baden-Württemberg

ein Standort im Vergleich

2025

Zahlen.
Schaffen.
Wissen.





Impressum

Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich 2025

Artikelnummer: 8036 25001

Herausgeber und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Redaktionsschluss:

01.10.2025

Copyright:

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Fellbach, 2025.

Sämtliche Veröffentlichungen sind Werke, Bearbeitungen oder Sammel- bzw. Datenbankwerke im Sinne des Urheberrechtsgesetzes und somit urheberrechtlich geschützt. Der Erwerb einer Veröffentlichung gestattet neben deren Verwendung die Vervielfältigung und Verbreitung – auch auszugsweise – in elektronischer Form sowie in gedruckten Veröffentlichungen mit Quellenangabe. Die Weiterverbreitung von kostenpflichtigen Produkten – speziell von Verzeichnissen – und Beiträgen der Reihe Statistisches Monatsheft bedarf der vorherigen Zustimmung. Die Genehmigung ist einzuholen unter vertrieb@stala.bwl.de. Alle übrigen (Nutzungs-) Rechte bleiben vorbehalten. Für Thematische Karten gelten besondere Lizenzbedingungen.

Kartengrundlage: GfK GeoMarketing GmbH Karten erstellt mit RegioGraph

Vertriebsbedingungen:

Es gilt das deutsche Recht. Bei Zahlungsverzug werden Verzugszinsen gemäß § 288 Abs. 1 BGB und ggf. Mahnkosten sowie ein weitergehender Verzugsschaden geltend gemacht. Skontoabzug ist unzulässig. Das Eigentum an Veröffentlichungen und Datenträgern bleibt bis zur vollständigen Zahlung des Kaufpreises vorbehalten. Vertragsgemäß gelieferte Datenträger werden nach Entsiegelung nicht zurückgenommen oder umgetauscht. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Stuttgart.



Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich 2025



Baden-Württemberg
Statistisches Landesamt

Liebe Leserin, lieber Leser,



die baden-württembergische Wirtschaft geriet in den letzten Jahren zunehmend unter Druck. Im Jahr 2024 zeigte sich die abnehmende Wirtschaftsdynamik in einem Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,4 %, deutlich unterhalb des Durchschnittswachstums der Europäischen Union (+1,1 %). Während sich die Teuerungsrate wieder in Bereichen nahe der EZB-Zielmarke von 2 % bewegte, wurden in der Südwestindustrie 2024 vermehrt strukturelle Probleme sichtbar, begleitet von einem nachlassenden Exportgeschäft.

In der diesjährigen Standortbroschüre „Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich“ wird ein breites Themenfeld zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung des Südwestens im nationalen und internationalen Kontext analysiert.

Das Exportgeschäft Baden-Württembergs umfasste 2024 einen Warenwert von 240,2 Mrd. Euro und damit fast ein Sechstel (15,5 %) der bundesweiten Exporte. Trotz eines Rückgangs um 10,1 Mrd. Euro (–4,0 %) war der Südwest-

ten 2024 weiterhin Deutschlands exportstärkstes Bundesland.

Bei den Unternehmensinsolvenzen verzeichnete Baden-Württemberg das zweite Jahr in Folge einen Anstieg auf zwischenzeitlich 2.445 (+30 %) eröffnete Insolvenzverfahren und erreichte damit den höchsten Stand seit 2010. Im Verhältnis zur Anzahl der ansässigen Unternehmen liegt Baden-Württemberg dennoch unterhalb des bundesweiten Durchschnitts.

Inmitten der angespannten Wirtschaftslage bleibt Baden-Württemberg EU-weit betrachtet der Standort mit der höchsten Innovationsfähigkeit. Der in Forschung und Entwicklung investierte Anteil des Bruttoinlandsprodukts lag zuletzt bei 5,7 % und entsprach damit etwa einem Viertel der gesamtdeutschen Investitionen in diesem Bereich.

Als führender Innovationsstandort belegt Baden-Württemberg auch bei den Absolventinnen und Absolventen in MINT-Fächern einen Spitzenplatz im europäischen Vergleich. Gemessen an der Anzahl der hochqualifizierten Abschlüsse entfie-

len davon in Baden-Württemberg 38,7 % auf den MINT-Bereich und damit weit mehr als im EU-Durchschnitt (25,2 %). Insgesamt waren die Abschlüsse in MINT-Fächern im Südwesten mit 4,3 % rückläufig und damit noch stärker als im Bundesdurchschnitt (-2,3 %).

Nach dieser kleinen Auswahl der hier präsentierten Indikatoren wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre und lade Sie ein, unser vielfältiges Datenangebot auch auf www.statistik-bw.de zu erkunden.

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg



Dr. Anke Rigbers
Präsidentin

Fellbach, im November 2025

Entwicklung und Realisierung

Autorinnen und Autoren:

Jan Breitschwert, Gentiana Cacaj-Hajdini, Ruth Einwiller, Nicole Gurka, Manuel Hamann, Nicolas Hörmann, Eva-Marie Jäkh, Tatjana Kampffmeyer, Jakub Krystosek, Marcel Nesensohn, Katharina Schmidt, Annette Schnetz-Geßler, Martina Stroh, Tobias Teuber

Layout/Druck:

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg

Die in 22. Auflage erscheinende Broschüre „Baden-Württemberg – ein Standort im Vergleich“ bietet anhand von ausgewählten Indikatoren einen aktuellen Überblick zu einer Auswahl von wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich sowie ökologisch relevanten Themenfeldern, ausgehend von Bevölkerung und Soziales über Wirtschaft, Einkommen und Arbeitsmarkt bis hin zu Bildung, Umwelt und Verkehr sowie öffentlichen Finanzen.

Zur Frage, welche Position Baden-Württemberg hierbei im nationalen und internationalen Vergleich einnimmt, sind als Benchmark die Bundesländer und die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgewiesen, und soweit verfügbar auch Daten für die Vereinigten Staaten, Japan, Norwegen, Island, die Schweiz, das Vereinigte Königreich sowie die BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China.

Bevölkerung und Soziales



Wirtschaft



Einkommen



Arbeitsmarkt



Bildung



Umwelt und Verkehr



Öffentliche Finanzen



Inhalt

Vorwort 4

Bevölkerung und Soziales

Gebiet und Bevölkerung der Bundesländer 12

Mitgliedstaaten der Europäischen Union 14

Bevölkerung und Bevölkerungsdichte in der EU. 16

Ausländerinnen und Ausländer 18

Erstmalige Asylanträge 20

Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2025 22

Beschäftigungsverhältnisse im Gesundheitswesen 24

Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben 26

Bruttowertschöpfung je erwerbstätiger Person in der Gesundheitswirtschaft 28

Gefangenenrate 30

Wohnbesitzverhältnisse 32

Wirtschaft

Wirtschaftsleistung und Wirtschaftskraft 34

Wirtschaftskraft ausgewählter Regionen der Europäischen Union 36

Wirtschaftswachstum 38

Wirtschaftsstruktur 40

Exporte Baden-Württembergs 42

Importe Baden-Württembergs 44

FuE-Intensität 46

Innovationsindex 2024	48
Inflationsrate	50
Insolvenzhäufigkeit	52

Einkommen

Bruttolöhne und -gehälter	54
Verfügbares Einkommen	56
Unbereinigter Gender Pay Gap	58

Arbeitsmarkt

Erwerbstätigenquote	60
Erwerbstätigkeit von Müttern	62
Erwerbslosenquote	64
Langzeiterwerbslosigkeit	66
Bewerber-Stellen-Relation	68
Homeoffice	70

Bildung

Hochqualifizierte	72
Absolventinnen und Absolventen im Tertiärbereich in MINT-Fächern	74
NEET-Rate	76
Ganztagsgrundschule	78

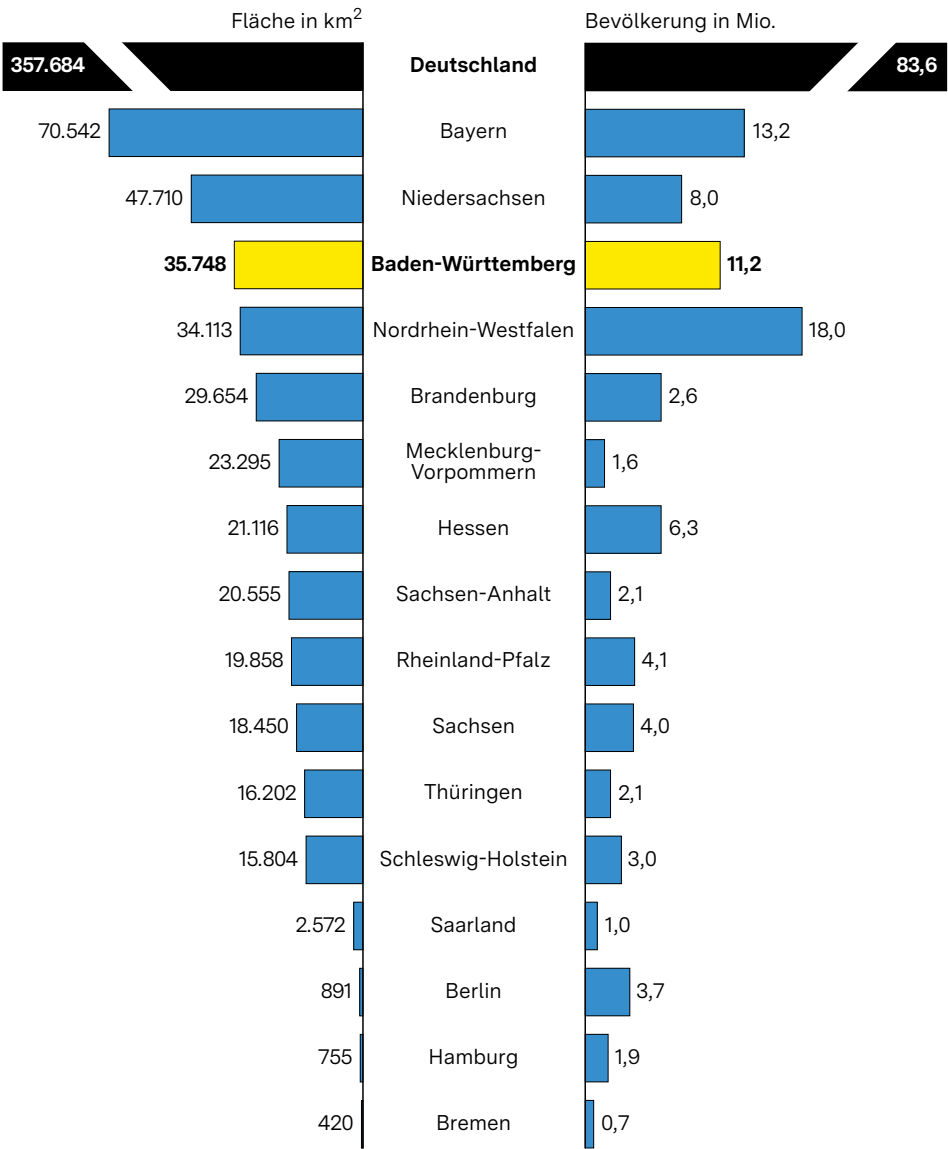
Umwelt und Verkehr

Treibhausgasemissionen	80
Primärenergieverbrauch erneuerbarer Energieträger	82
Verschrottete Altfahrzeuge	84
Elektromobilität	86
Beförderungsleistung im Liniennahverkehr mit Bussen und Bahnen	88
Im Straßenverkehr verunglückte Fahrradfahrer/-innen (einschließlich Pedelecs)	90

Öffentliche Finanzen

Schuldenstand nach Bundesländern	92
Finanzkraftausgleich	94
Glossar	97
Abkürzungen	104
Quellenverzeichnis/Linkliste	105

Gebiet und Bevölkerung der Bundesländer



Daten: 2024 (auf Basis des Zensus 2022). – Hinweis: Die Werte für Baden-Württemberg, Deutschland und EU-27 werden in allen Schaubildern farblich hervorgehoben.
Datenquellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.



In Baden-Württemberg leben 11,2 Millionen Personen

Von den 83,6 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern Deutschlands lebten 11,2 Mio. und damit fast jede achte Person in Baden-Württemberg. Damit belegte Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich zum Jahresende 2024 den dritten Platz. Nur in Nordrhein-Westfalen (18,0 Mio.) und Bayern (13,2 Mio.) lebten mehr Personen.

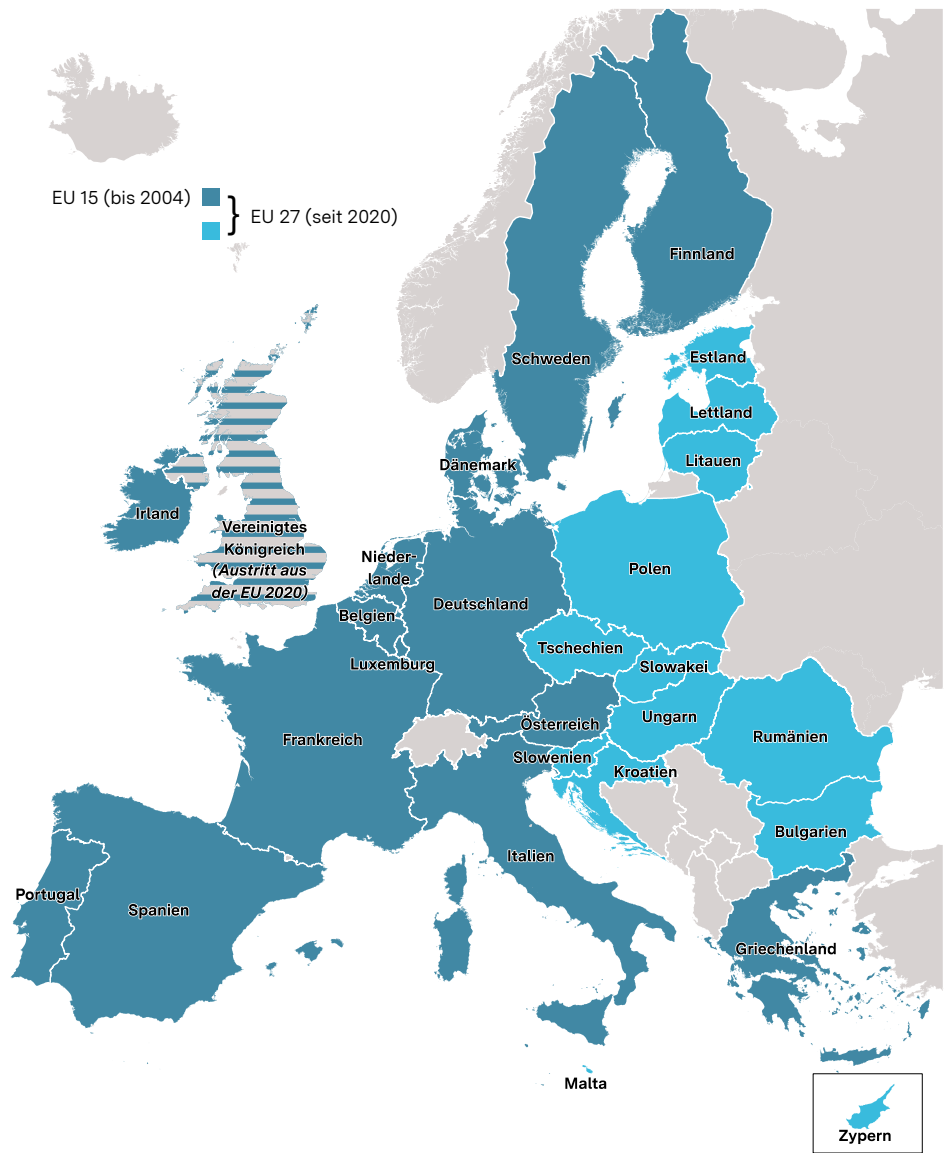
Baden-Württemberg war mit 35.748 Quadratkilometern (km²) das drittgrößte Bundesland und umfasste dabei ein knappes Zehntel der Gesamtfläche Deutschlands (357.684 km²). Lediglich Bayern mit 70.542 km² und Niedersachsen mit 47.710 km² waren in ihrer Fläche größer. Die flächenmäßigen Schlusslichter bildeten die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin.

Wird jedoch die Einwohnerdichte, das Verhältnis der Einwohnerzahl zur Gebietsfläche, betrachtet, belegten Hamburg und Bremen mit einer Dichte von 2.467 bzw. 1.680 Einwohnerinnen und Einwohnern pro km² den zweiten und dritten Platz hinter Berlin, das bundesweit die höchste Bevölkerungsdichte von 4.136 Personen

pro km² aufweist. Das mit 18,0 Mio. bzw. 21,6 % der bundesweiten Gesamtbevölkerung bevölkerungsstärkste Bundesland, Nordrhein-Westfalen, nahm mit 529 Personen pro km² Platz 4 ein. Baden-Württemberg lag 2024 im bundesweiten Vergleich mit einer Bevölkerungsdichte von 315 Personen pro km² auf dem sechsten Platz und damit über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 234 Personen pro km². Die wenigsten Personen je km² lebten in Brandenburg (86) und Mecklenburg-Vorpommern (68).

Gegenüber dem Vorjahr ist die Bevölkerung im Südwesten um fast 15.200 Personen gestiegen (0,1 %). Die Bevölkerung Deutschlands wuchs insgesamt ebenfalls um 0,1 % (+121.100). Dabei vergrößerte sich die Bevölkerungszahl lediglich in den westlichen Bundesländern leicht um 0,2 %, während sie in den östlichen Bundesländern ohne Berlin um 0,3 % zurückging. Brandenburg konnte als einziges östliches Flächenland einen leichten Bevölkerungszuwachs (0,1 %) verzeichnen. Bayern wies mit einem Zuwachs von 72.500 Personen bzw. 0,6 % den höchsten Anstieg auf.

Mitgliedstaaten der Europäischen Union





Territorium der EU seit 2004 um ein Drittel vergrößert

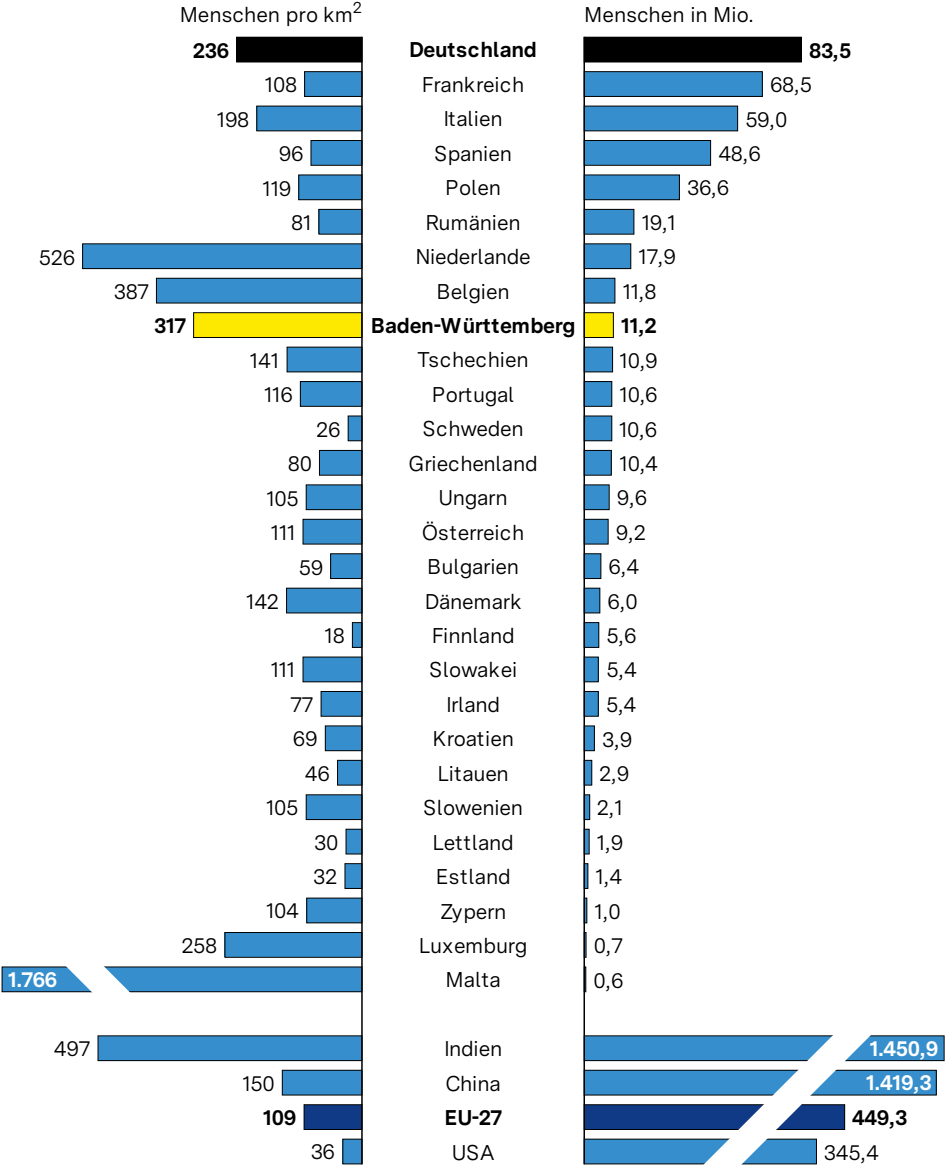
Im Mai 2004 traten mit Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern zehn mittel- und osteuropäische Staaten der Europäischen Union bei. Der europäische Staatenverbund vergrößerte sich dadurch auf 25 Staaten, wodurch aus der EU-15 die EU-25 wurde. Im Jahr 2007 waren mit Bulgarien und Rumänien zwei weitere Länder hinzugekommen, ehe Kroatien im Jahr 2013 das damals 28. EU-Mitglied wurde. Nach dem Brexit, dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU zum 30. Januar 2020, besteht die europäische Staatengemeinschaft aktuell wieder aus 27 Mitgliedstaaten.

Im Jahr 2004 betrug die Gesamtfläche der einstigen EU-15 rund 3,15 Mio. km². Seither hat sich die EU-Gebietsfläche um ein Drittel bzw. fast 1,1 Mio. km² auf fortan 4,23 Mio. km² vergrößert, wobei sich das Territorium der EU infolge des Brexits wieder um 244.000 km² verkleinert hatte. In der Weltrangliste der Länder liegt die EU nun flächenmäßig zwischen Australien und Indien, die mit 7,7 Mio. km² bzw. 3,3 Mio. km² die Plätze 6 und 7 belegen.

Von den Beitrittsländern war Polen mit einer Gebietsfläche von 312.000 km² am größten, gefolgt von Rumänien mit gut 238.000 km² und Bulgarien mit 111.000 km².

Malta ist mit 316 km² der kleinste Mitgliedstaat. Auch die Gebietsflächen von Luxemburg und Zypern umfassen mit 2.600 km² und 9.300 km² weniger als 10.000 km². Baden-Württemberg ist mit knapp 36.000 km² fast so groß wie die Niederlande und würde damit im Flächenranking der Mitgliedstaaten auf Platz 23 landen. Finnland kommt mit 338.400 km² der Fläche Deutschlands sehr nahe: Die Bundesrepublik rangiert mit annähernd 358.000 km² auf Platz 4 hinter Schweden, dessen Landesfläche gut 447.000 km² einnimmt und Platz 3 bedeutet. Spanien ist mit 506.000 km² der zweitgrößte Mitgliedstaat. Die mit Abstand größte Gesamtfläche unter allen EU-Ländern weist jedoch Frankreich auf: Das französische Staatsgebiet beträgt rund 638.000 km².

Bevölkerung und Bevölkerungsdichte in der EU



Daten: 2024 bzw. letztes verfügbares Jahr. Bevölkerungsdichte: 2023.
Datenquellen: Eurostat, UN World Population Prospects.



Fast eine halbe Milliarde Menschen lebten 2024 in der Europäischen Union

In den 27 Mitgliedstaaten der EU lebten zum Jahresbeginn 2024 zusammen 449 Mio. Menschen und damit mehr als in den Vereinigten Staaten (345 Mio.) und dem Vereinigten Königreich (69 Mio.) zusammen.

Vor Beginn der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 lebten in der damaligen EU-15 fast 385,2 Mio. Menschen. Damit ist die Bevölkerungszahl seither um 64,1 Mio. bzw. 17 % gewachsen. Insgesamt sind die Bevölkerungszahlen in 19 der heutigen 27 Mitgliedstaaten angestiegen. Das größte Wachstum verzeichnete Luxemburg, dessen Bevölkerung sich in den letzten 20 Jahren um fast die Hälfte vergrößern konnte (+48 %). Auch in Malta war der Bevölkerungszuwachs mit 41 % auffallend hoch. Auf den Rängen 3 und 4 reihten sich Zypern und Irland mit Zuwächsen von 34 % und 33 % ein.

In Deutschland, dem bevölkerungsreichsten Mitgliedstaat, wuchs die Bevölkerungszahl seit 2004 um 900.000 Personen bzw. 1 % auf fast 83,5 Mio. In Baden-Württemberg stieg die Bevölke-

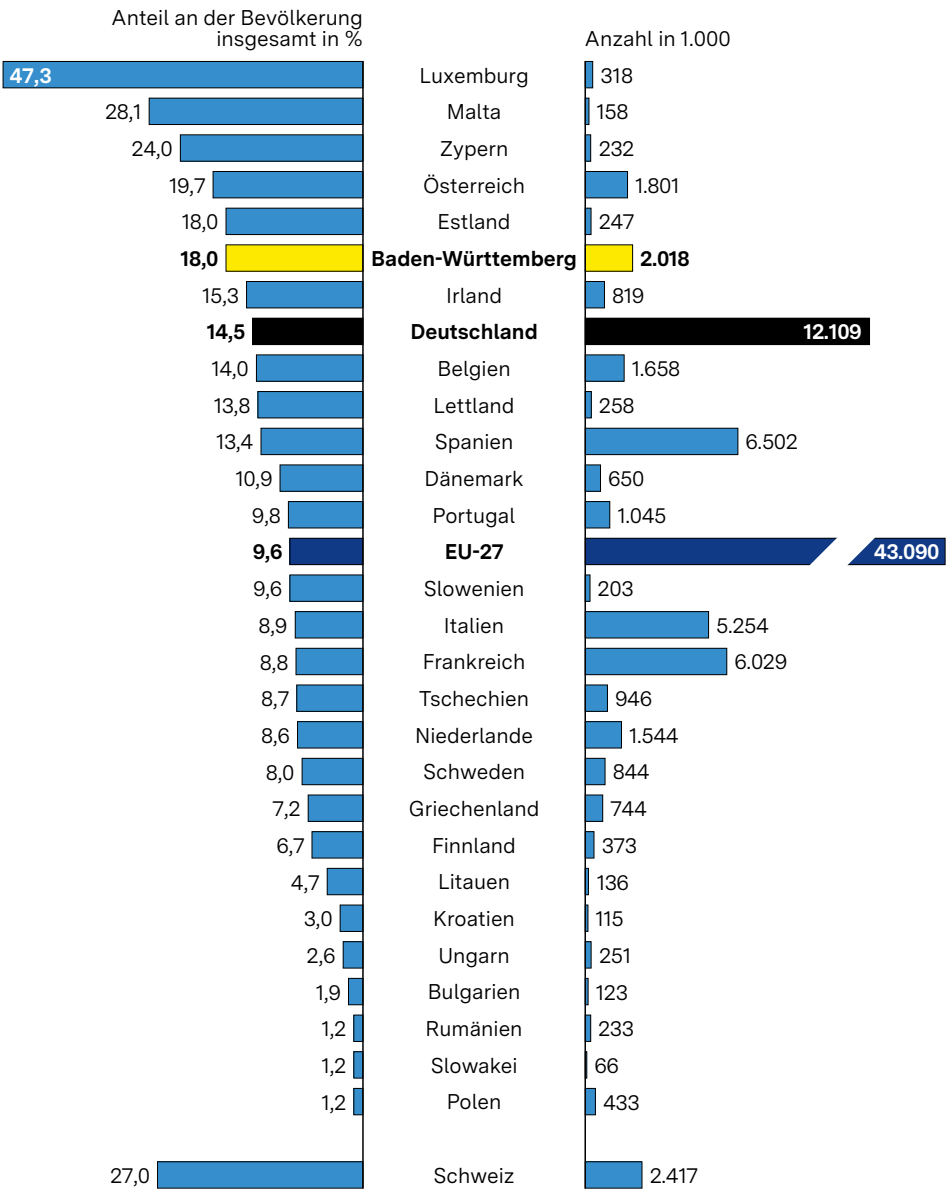
rungszahl im gleichen Zeitraum um gut eine halbe Million Menschen bzw. 5 % sichtlich stärker als bundesweit auf rund 11,2 Mio.

Andererseits reduzierten sich in Lettland (-18 %), Bulgarien (-17 %), Litauen (-15 %) und Rumänien (-11 %) die Bevölkerungszahlen im zweistelligen Bereich. In Griechenland, Ungarn und Polen lagen die Bevölkerungsrückgänge indessen zwischen 4 und 6 %.

Mit 1.766 Personen, die auf einem Quadratkilometer (km²) lebten, wies Malta im Jahr 2023 die mit Abstand höchste Bevölkerungsdichte unter den Mitgliedstaaten auf. Die Niederlande (526) und Belgien (387) folgten auf den Plätzen 2 und 3, Baden-Württemberg schloss sich mit 317 Personen pro km² an. Auf den Rängen 4 und 5 folgten 2023 Luxemburg (258) und Deutschland (236).

In Finnland lebten dagegen nur 18 Personen pro km². Auch weitere nördliche Mitgliedstaaten wie Schweden (26), Lettland (30), Estland (32) und Litauen (46) waren nur relativ dünn besiedelt.

Ausländerinnen und Ausländer



Daten: 2024.
Datenquelle: Eurostat.



Jede 10. Person in der EU besitzt in seinem Meldeland einen ausländischen Pass

Unter den fast 450 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern der EU besaßen 2024 rund 43 Mio. Personen (9,5 %) nicht die Nationalität ihres Meldelands. Im Zuge der Globalisierung, der EU-Osterweiterung und der Arbeitnehmerfreizügigkeit sind die Anteile der ausländischen Bevölkerung in fast allen EU-Mitgliedstaaten gestiegen.

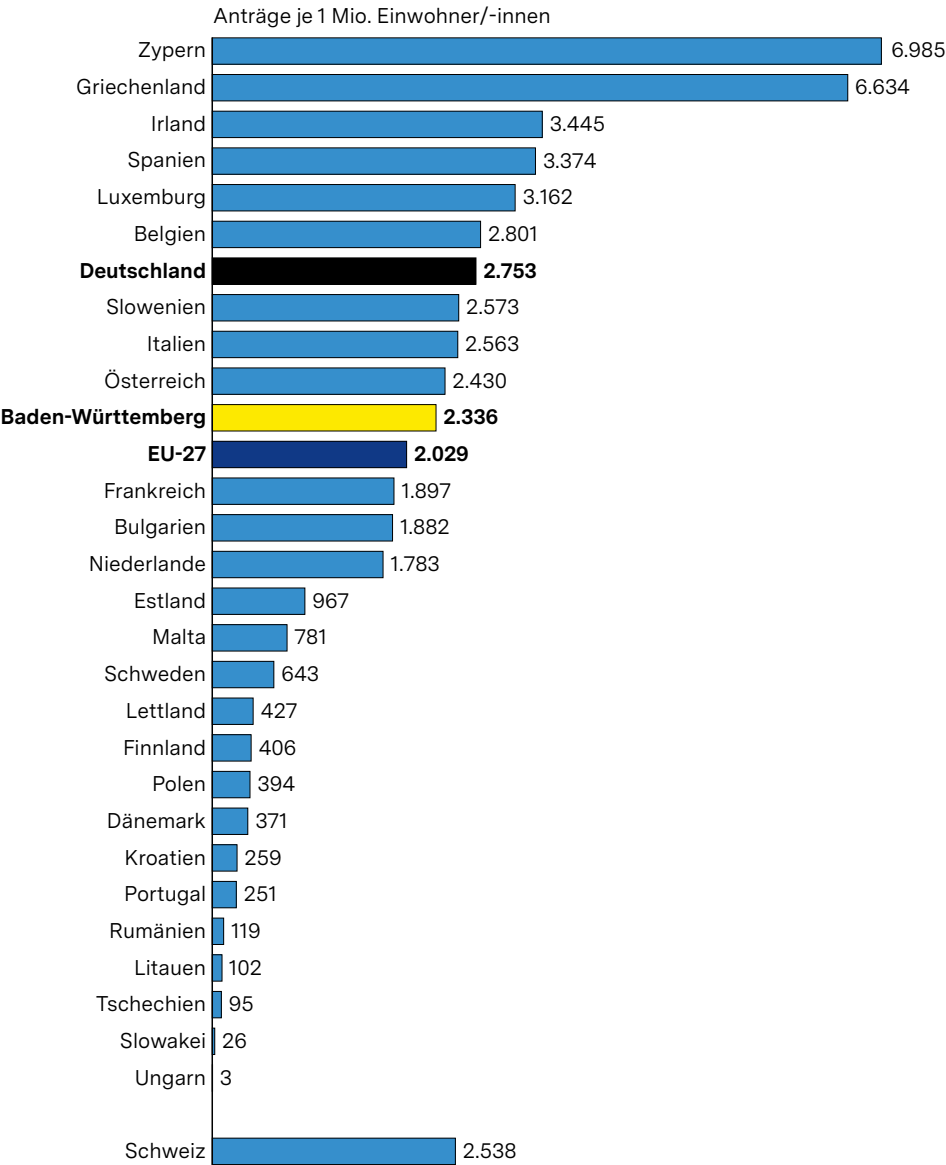
Besonders groß war die sogenannte Ausländerquote in Luxemburg. Fast jede zweite dort wohnhafte Person war ein Nicht-Luxemburger/-in (47,3 %). Durch die Anhäufung vieler EU-Institutionen und -Behörden haben zahlreiche ausländische Personen ihren Wohnsitz und Arbeitsplatz in dem kleinen Großherzogtum. Auch auf den Mittelmeerinseln Malta und Zypern war die ausländische Bevölkerung mit Anteilen von 28,1 % und 24,0 % sehr stark vertreten. In Österreich hatte 2024 jede fünfte dort wohnhafte Person einen ausländischen Pass, Estland belegte mit 18,0 % Platz 5, gefolgt von Irland (15,3 %) und Deutschland (14,5 %) auf den Plätzen 6 und 7.

In den östlichen Beitrittsländern Polen, Slowakei und Rumänien kam 2024 mit

Anteilen von jeweils 1,2 % auf 100 Einwohnerinnen und Einwohner gerade mal eine Person mit ausländischem Pass. Auch in Bulgarien (1,9 %), Ungarn (2,6 %) und Kroatien (3,0 %) lagen die Anteile der ausländischen Bevölkerung weit unter dem EU-Durchschnitt von 9,6 %.

2024 lebten in Baden-Württemberg rund 2,0 Mio. Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Dies entsprach einem Anteil von 18,0 % an der Gesamtbevölkerung. Damit besaß der Südwesten im Bundesländervergleich hinter den drei Stadtstaaten Bremen (22,3 %), Berlin (21,9 %) und Hamburg (18,9 %) sowie Hessen (18,1 %) den fünft höchsten Ausländeranteil. Bundesweit betrug der Ausländeranteil 14,5 %. Schleswig-Holstein hatte mit 10,0 % unter den westlichen Bundesländern die niedrigste Ausländerquote. Auch unter den Bundesländern ist ein West-Ost-Gefälle zu beobachten. In den ostdeutschen Flächenländern lagen die Ausländerquoten ausnahmslos im einstelligen Bereich. Die Spanne reichte von 8,0 % in Thüringen bis zu Mecklenburg-Vorpommern, wo nur 6,0 % der Bevölkerung einen ausländischen Pass besaß.

Erstmalige Asylanträge



Daten: 2024.
Datenquellen: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Eurostat, Statistisches Bundesamt.



Anzahl an Asylanträgen in Baden-Württemberg und Deutschland rückläufig

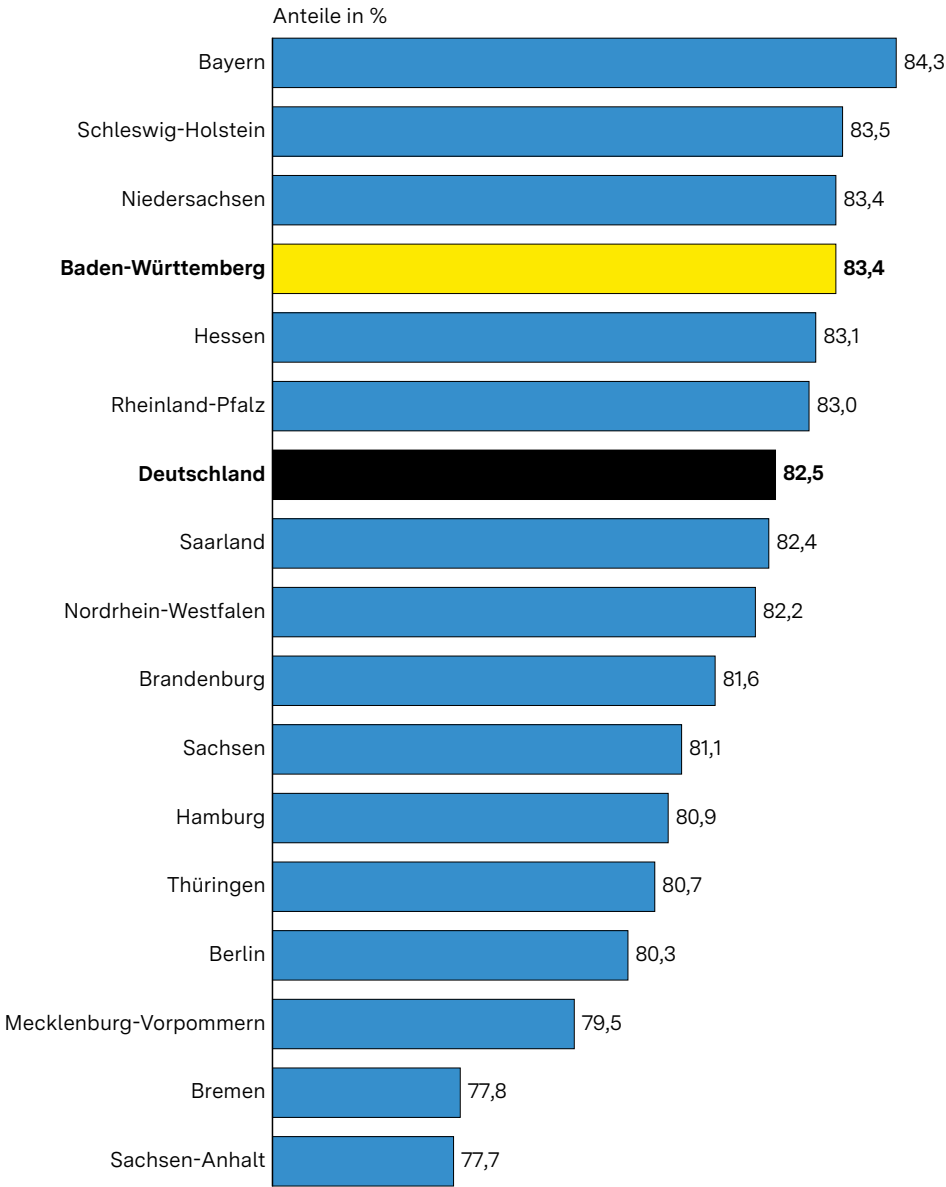
Die Zahl der Erstanträge auf Asyl ist 2024 in Deutschland nach 3 Jahren kontinuierlichen Anstiegs wieder zurückgegangen. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der Erstanträge von 329.120 auf 229.751. Dies entspricht einem Rückgang von 30 %. In Baden-Württemberg ging die Zahl im selben Zeitraum sogar um 34 % von 39.929 auf 26.236 Anträge zurück. Trotz deutlichem Rückgang blieb Deutschland auch 2024 weiterhin das wichtigste Zielland Asylsuchender in der EU. Insgesamt beantragten 911.785 Asylsuchende erstmalig Schutz in den 27 EU-Mitgliedstaaten. Neben Deutschland gehörten auch Spanien (164.035), Italien (151.120) und Frankreich (129.910) zu den beliebtesten Zielländern für Schutzsuchende in der EU, während Baden-Württemberg in diesem Ranking an achter Stelle steht.

Bezogen auf die Einwohnerzahl der jeweiligen Mitgliedstaaten war die Zahl der Asylbewerberinnen und -bewerber 2024 in Zypern mit 6.985 Erstanträgen je 1 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner EU-weit am höchsten. Griechenland gehörte zu den wenigen EU-Ländern, in

denen die Zahl der Erstanträge 2024 im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen ist (19 %). Mit 6.634 Anträgen je 1 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner belegte Griechenland Platz 2 des EU-Rankings, während Deutschland (2.753) auf Platz 7 lag. In Baden-Württemberg wurden 2.336 Asylanträge je 1 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner erstmalig registriert. Damit lag der Südwesten knapp über dem EU-Durchschnitt von 2.029.

An der Spitze der Asylsuchenden standen 2024, wie schon in den Vorjahren, syrische Staatsangehörige. 148.365 Syrerinnen und Syrer reichten ihren Erstantrag auf Asyl in einem Mitgliedstaat der EU ein. Davon wurden mehr als die Hälfte (52 %) in Deutschland registriert. EU-weit bewarben sich afghanische Staatsbürgerinnen und -bürger zu 47 % in Deutschland und bildeten damit die zweitgrößte Gruppe der Asylbewerberinnen und -bewerber in Deutschland (34.149).

Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2025



Datenquelle: Die Bundeswahlleiterin.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

367 25



Höchste Wahlbeteiligung seit der Wiedervereinigung

Nach dem Bruch der Ampelkoalition im November 2024 fanden am 23. Februar 2025 vorgezogene Neuwahlen in Deutschland statt. 60,5 Mio. Wahlberechtigte waren dazu aufgerufen, mit der Abgabe ihrer Stimme über die Zusammensetzung des 21. Deutschen Bundestags zu entscheiden.

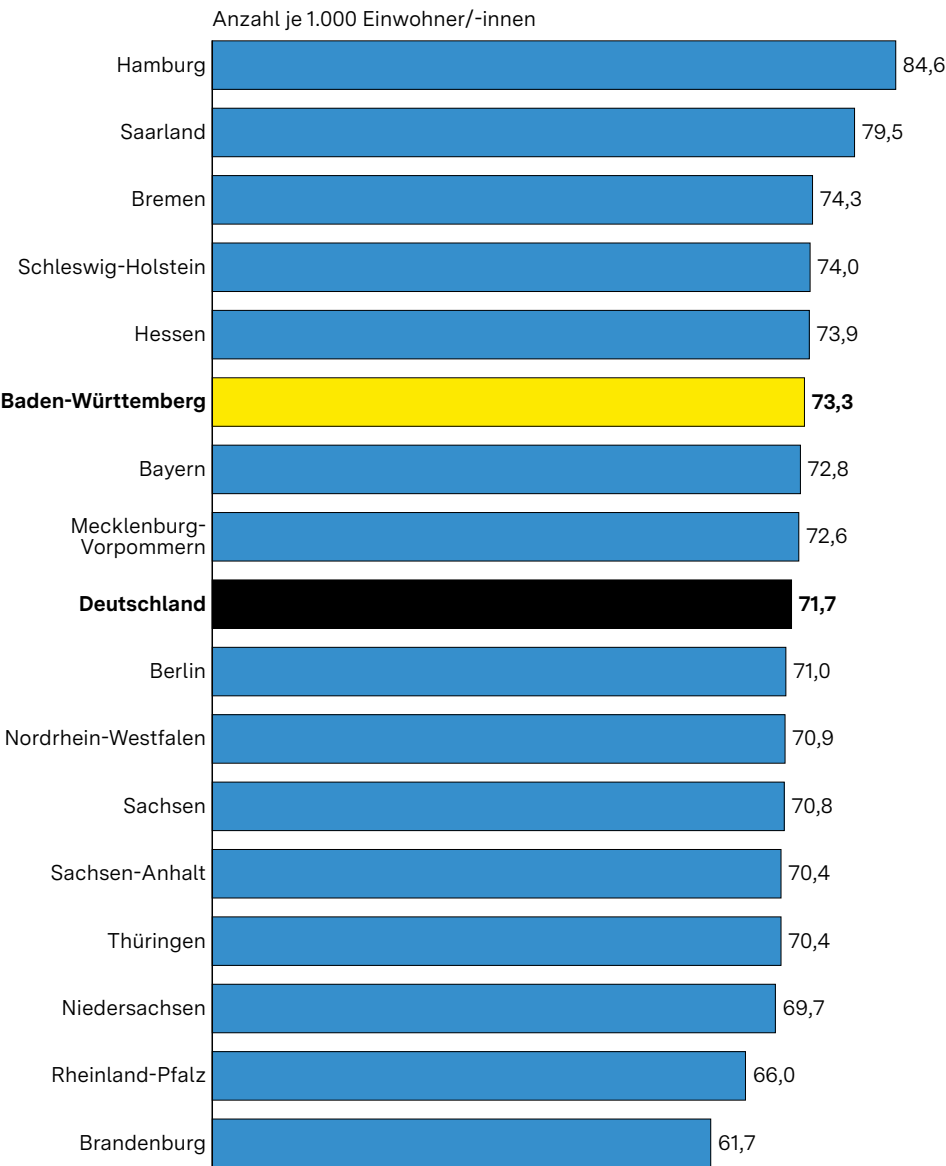
Die Wahlbeteiligung lag bundesweit bei 82,5 % – demzufolge stimmten 2025 mehr als vier von fünf Wahlberechtigten in Deutschland ab. Die Wahlbeteiligung erreichte damit den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. Gegenüber der letzten Bundestagswahl lag die Wahlbeteiligung in Gesamtdeutschland um 6,2 Prozentpunkte höher. Überdies war die Wahlbeteiligung 2025 in allen Bundesländern deutlich stärker als bei der letzten Bundestagswahl 2021.

Im Bundesländervergleich fiel die Wahlbeteiligung in Bayern mit 84,3 % am höchsten aus. Auf Platz 2 folgte Schleswig-Holstein mit 83,5 % vor Niedersachsen und Baden-Württemberg mit jeweils 83,4 % zusammen auf Platz 3. Die niedrigste Wahlbeteiligung verzeichnete

Sachsen-Anhalt mit 77,7 %. Auch in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern lag die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2025 unter 80 %.

Der Anteil der Briefwählerinnen und Briefwähler reduzierte sich 2025 bundesweit auf 37,0 %. Bei der Bundestagswahl 2021 hatte die Briefwahlquote unter Pandemiebedingungen bei 47,3 % gelegen. In Bayern hatte 2025 mit 52,2 % mehr als die Hälfte der Wählerinnen und Wähler per Briefwahl abgestimmt. Den zweithöchsten Anteil an Briefwählerinnen und Briefwählern gab es in Rheinland-Pfalz mit 45,7 %. In Baden-Württemberg haben 36,8 % der Wählerinnen und Wähler und damit 0,2 Prozentpunkte weniger als bundesweit per Brief gewählt. Auch hier lag der Briefwahlanteil zwar wieder niedriger als zur Bundestagswahl 2021 während der Coronapandemie, als etwa die Hälfte der Wählerinnen und Wähler per Brief gewählt hatten (50,3 %), aber deutlich höher als die anderen Jahre zuvor. Thüringen hatte mit 25,6 % im Jahr 2025 den geringsten Anteil an Briefwählerinnen und -wählern.

Beschäftigungsverhältnisse im Gesundheitswesen



Daten: 31.12.2023.
Datenquellen: Gesundheitspersonalrechnung der Länder, Gesundheitspersonalrechnung des Bundes.



Überdurchschnittliche Anzahl an Arbeitsplätzen im Gesundheitswesen

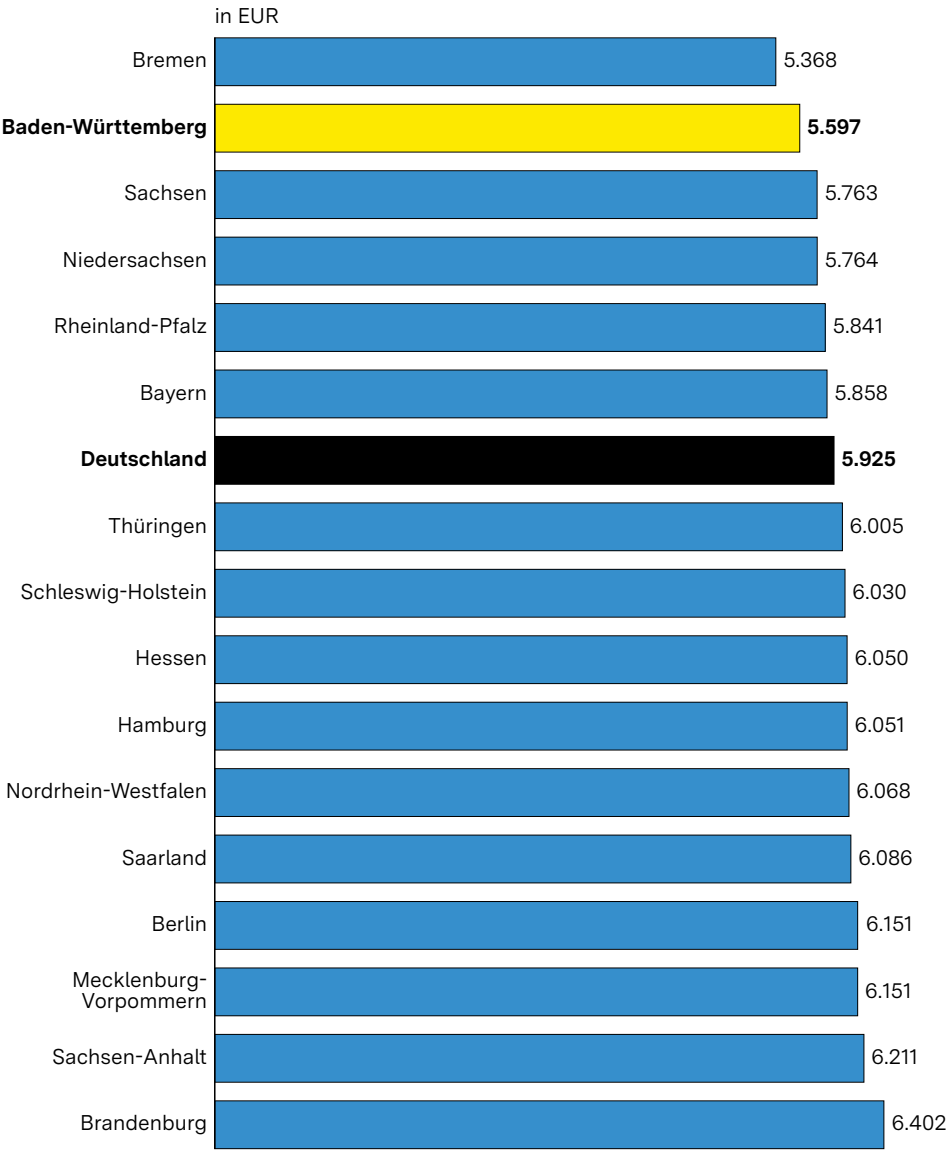
Zum Jahresende 2023 zählte das baden-württembergische Gesundheitswesen rund 831.200 Beschäftigungsverhältnisse. Davon waren knapp 310.400 Arbeitsplätze den ambulanten Einrichtungen, wie beispielsweise Arztpraxen, Apotheken oder ambulanter Pflege, zugeordnet. Auf stationäre und teilstationäre Einrichtungen des Gesundheitswesens, zu denen beispielsweise Krankenhäuser zählen, entfielen weitere rund 289.200 Stellen. In den Vorleistungseinrichtungen, die unter anderem die pharmazeutische sowie die medizintechnische Industrie umfassen, bestanden knapp 129.200 Beschäftigungsverhältnisse.

Das Gesundheitspersonal ist in Deutschland mehrheitlich weiblich. Dies zeigte sich 2023 auch im baden-württembergischen Gesundheitswesen: Insgesamt waren 611.100 Arbeitsplätze mit Frauen besetzt, was einem Anteil von 73,5 % entsprach. Der entsprechende Bundeswert lag mit 74,6 % um über einen Prozentpunkt höher. Das Gesundheitswesen ist auch durch einen hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigung geprägt. Dies wird anhand der Anzahl der auf die volle tarif-

liche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigtenverhältnisse, den sogenannten Vollzeitäquivalenten, deutlich. Auf 100 Stellen entfielen hierzulande zum Jahresende 2023 rein rechnerisch lediglich 71,2 Vollzeitäquivalente. Im Länderdurchschnitt lag dieser Wert bei 71,6.

Wird das Gesundheitspersonal in Bezug zur Bevölkerung gesetzt, zeigt sich, dass die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse im Gesundheitswesen in Baden-Württemberg überdurchschnittlich hoch liegt. Mit 73,3 Gesundheitsjobs je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner befand sich Baden-Württemberg im Ländervergleich auf Rang 6. Pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner wurde die höchste Anzahl an Beschäftigungsverhältnissen für Hamburg ermittelt (84,6), gefolgt vom Saarland (79,5) und Bremen (74,3). Im Bundesdurchschnitt belief sich dieser Indikator auf 71,7. Mit 61,7 Arbeitsstellen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner wurde der im Ländervergleich mit Abstand geringste Wert für Brandenburg errechnet. Auf dem vorletzten Rang fand sich Rheinland-Pfalz (66,0) wieder.

Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben



Daten: 2023.
Datenquellen: Gesundheitsausgabenrechnung der Länder, Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes; Bevölkerungsstatistik: Durchschnittliche Bevölkerung auf Basis des Zensus 2011.



Gesundheitsausgaben im Südwesten vergleichsweise niedrig

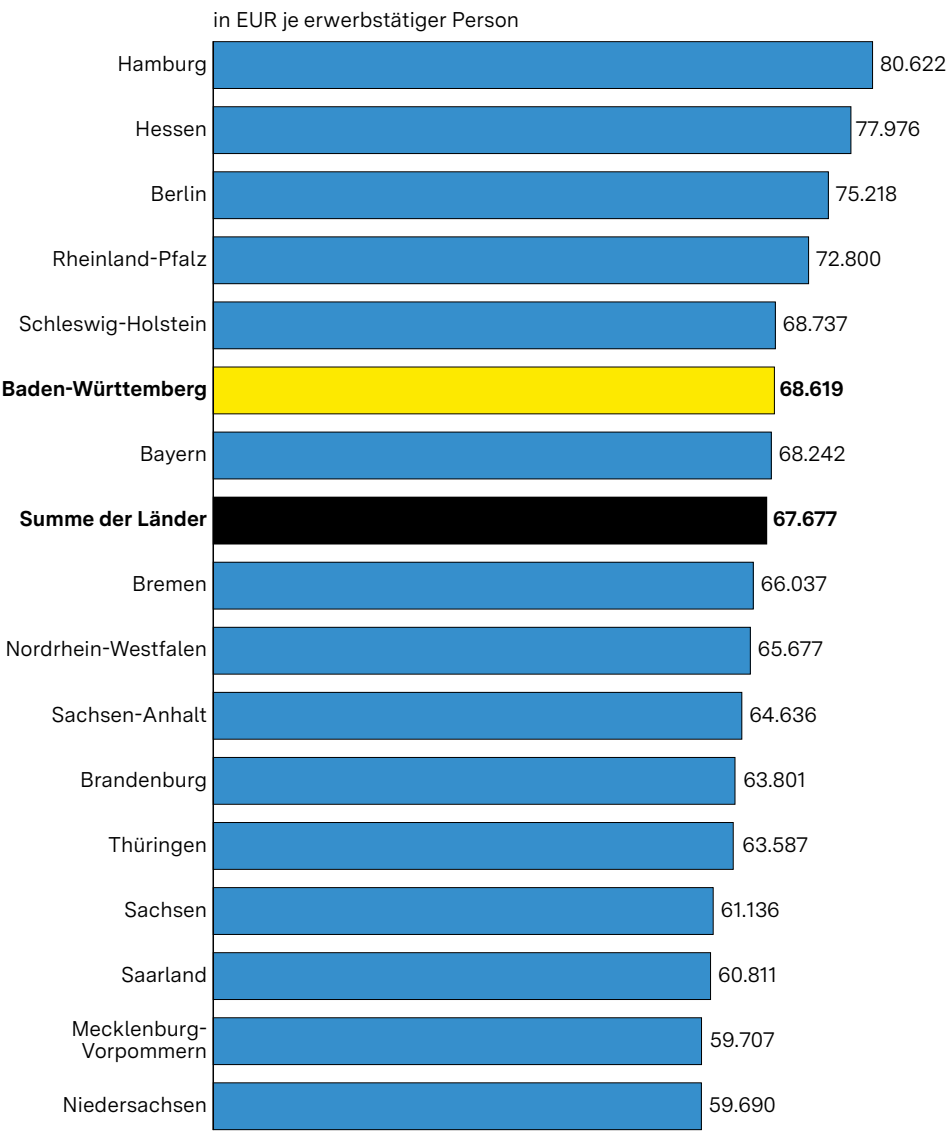
Käufe von Waren und Dienstleistungen, die mit dem Ziel der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege getätigt werden, aber auch Kosten der Verwaltung sowie Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung, werden hier zu den Gesundheitsausgaben gerechnet. Räumlich bezieht sich die Erfassung der Gesundheitsausgaben dabei auf die Käufe der inländischen Bevölkerung, die gegebenenfalls auch im Ausland getätigt werden können.

Im Jahr 2023 belief sich das Volumen der Gesundheitsausgaben in Baden-Württemberg auf knapp 63,3 Mrd. Euro. Dabei trug die Gesetzliche Krankenversicherung mit knapp 34,5 Mrd. Euro mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben. Weitere rund 8,3 Mrd. Euro waren im Südwesten den Privaten Haushalten bzw. Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zugeordnet. Auch die Soziale Pflegeversicherung und die Private Krankenversicherung stellten mit rund 6,8 Mrd. Euro bzw. 6,1 Mrd. Euro relativ gewichtige Ausgabenposten dar.

Werden die gesamten Gesundheitsausgaben zur Bevölkerung ins Verhältnis gesetzt, entfielen auf jeden Einwohner bzw. jede Einwohnerin Baden-Württembergs 2023 Ausgaben in Höhe von 5.597 Euro. Im Ländervergleich waren die Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben lediglich im Stadtstaat Bremen mit 5.368 Euro noch niedriger, am höchsten dagegen in Brandenburg mit 6.402 Euro. Der entsprechende Bundeswert betrug 5.925 Euro.

Die Relation zwischen dem Gesamtvolumen der Gesundheitsausgaben und dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergibt die Gesundheitsausgabenquote eines Landes – etwa vergleichbar mit dem Teil des Einkommens, den ein Haushalt für Gesundheit aufwendet. In Deutschland insgesamt beliefen sich die Gesundheitsausgaben 2023 auf 12,0 % des BIP, demgegenüber fiel die Quote in Baden-Württemberg mit 10,0 % deutlich niedriger aus. Geringere Anteile der Gesundheitsausgaben am jeweiligen BIP konnten nur die Stadtstaaten Bremen (9,2 %) und Hamburg (7,5 %) aufweisen. Der mit 17,3 % höchste Wert wurde 2023 für Sachsen-Anhalt ermittelt.

Bruttowertschöpfung je erwerbstätiger Person in der Gesundheitswirtschaft



Daten: 2024.
Datenquellen: AG GGRdL, Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz; AK VGRdL; AK ETR.



Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft bei knapp 57,9 Milliarden Euro

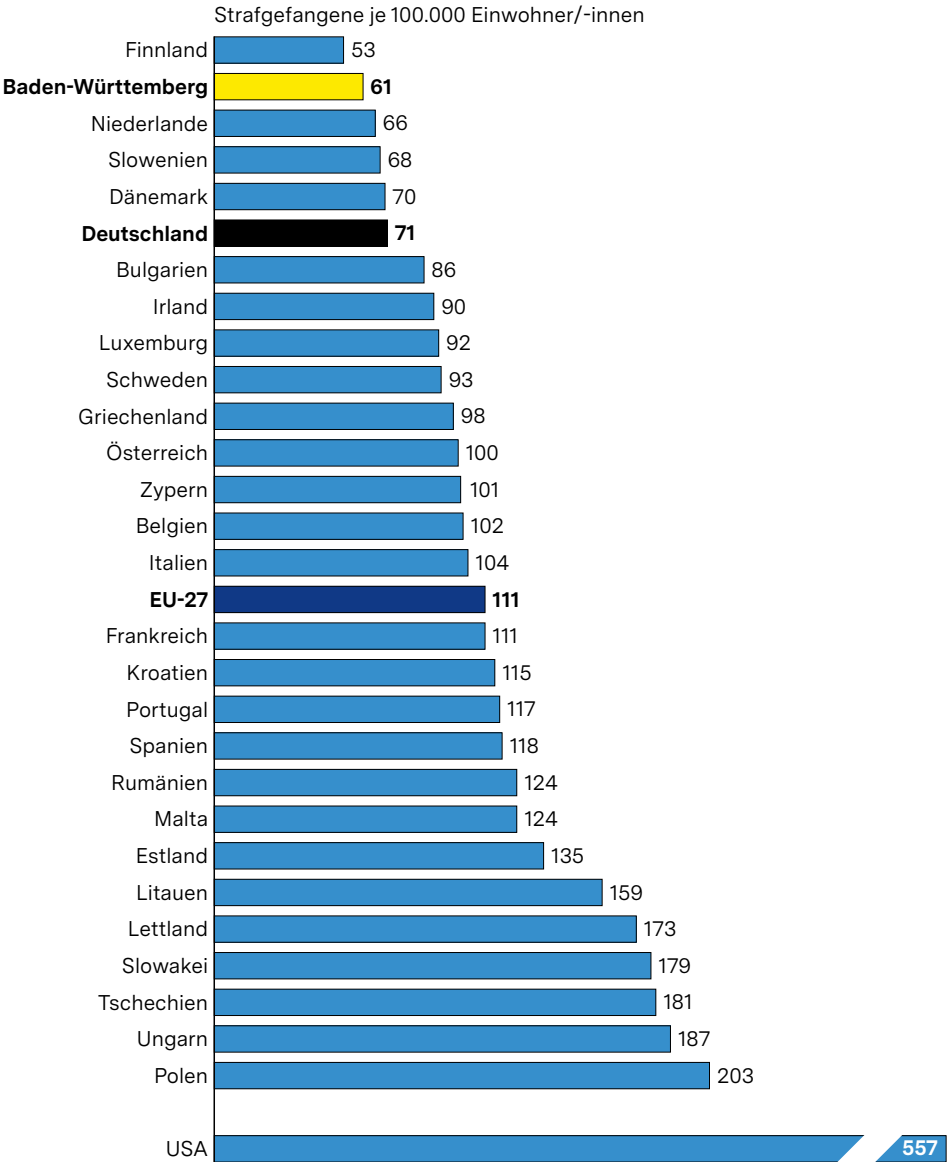
Die Gesundheitswirtschaft, wie sie von der Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ definiert wird, umfasst die Erstellung und Vermarktung jener Güter und Dienstleistungen, die der Bewahrung und Wiederherstellung der Gesundheit dienen und von den verschiedenen Ausgabenträgern im Gesundheitswesen ganz oder teilweise erstattet werden. Der Kernbereich der Gesundheitswirtschaft bildet dabei das Gesundheits- und Sozialwesen mit der stationären und ambulanten Gesundheitsversorgung, um die sich zahlreiche wirtschaftliche Akteurinnen und Akteure des Verarbeitenden Gewerbes, des Handels sowie weiterer gesundheitsrelevanter Wirtschaftszweige gruppieren.

Im Jahr 2024 belief sich die Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft Baden-Württembergs nominal auf rund 57,9 Mrd. Euro. Dies entsprach einem Anteil an der Gesamtwirtschaft von 9,8 %. Im selben Jahr waren zudem 843.400 Erwerbstätige hierzulande der Gesundheitswirtschaft zuzuordnen. Dies waren 13,1 % der Erwerbstätigen insgesamt.

Jede in der baden-württembergischen Gesundheitswirtschaft erwerbstätige Person erwirtschaftete 2024 eine Bruttowertschöpfung in Höhe von durchschnittlich 68.619 Euro. Dieser, als Arbeitsproduktivität zu interpretierende Wert, lag damit über dem Durchschnitt aller 16 Bundesländer (67.677 Euro).

Mit einer Arbeitsproduktivität in der Gesundheitswirtschaft von 80.622 Euro belegte die Hansestadt Hamburg 2024 den ersten Platz im Länderranking. Auf Rang 2 und 3 folgten Hessen mit einer Bruttowertschöpfung von 77.976 Euro je erwerbstätiger Person, sowie Berlin mit einem Wert in Höhe von 75.218 Euro. In der Gesundheitswirtschaft Niedersachsens wurde 2024 mit 59.690 Euro der bundesweit niedrigste Wert erwirtschaftet. Auf Rang 14 und 15 fanden sich das Saarland (60.811 Euro) und Mecklenburg-Vorpommern (59.707 Euro) wieder.

Gefangenenerate



Daten: 2023.
Datenquellen: Statistisches Bundesamt, Eurostat, Bureau of Justice Statistics.



Im Südwesten unterdurchschnittlich wenige Strafgefangene

Im Jahr 2023 waren in Baden-Württemberg rund 6.900 Personen inhaftiert, fast 200 bzw. 2,8 % mehr als im Vorjahr. Bundesweit gab es rund 59.200 Strafgefangene, hier stieg die Zahl im Vorjahresvergleich um 1.700 bzw. 3,0 % geringfügig stärker an.

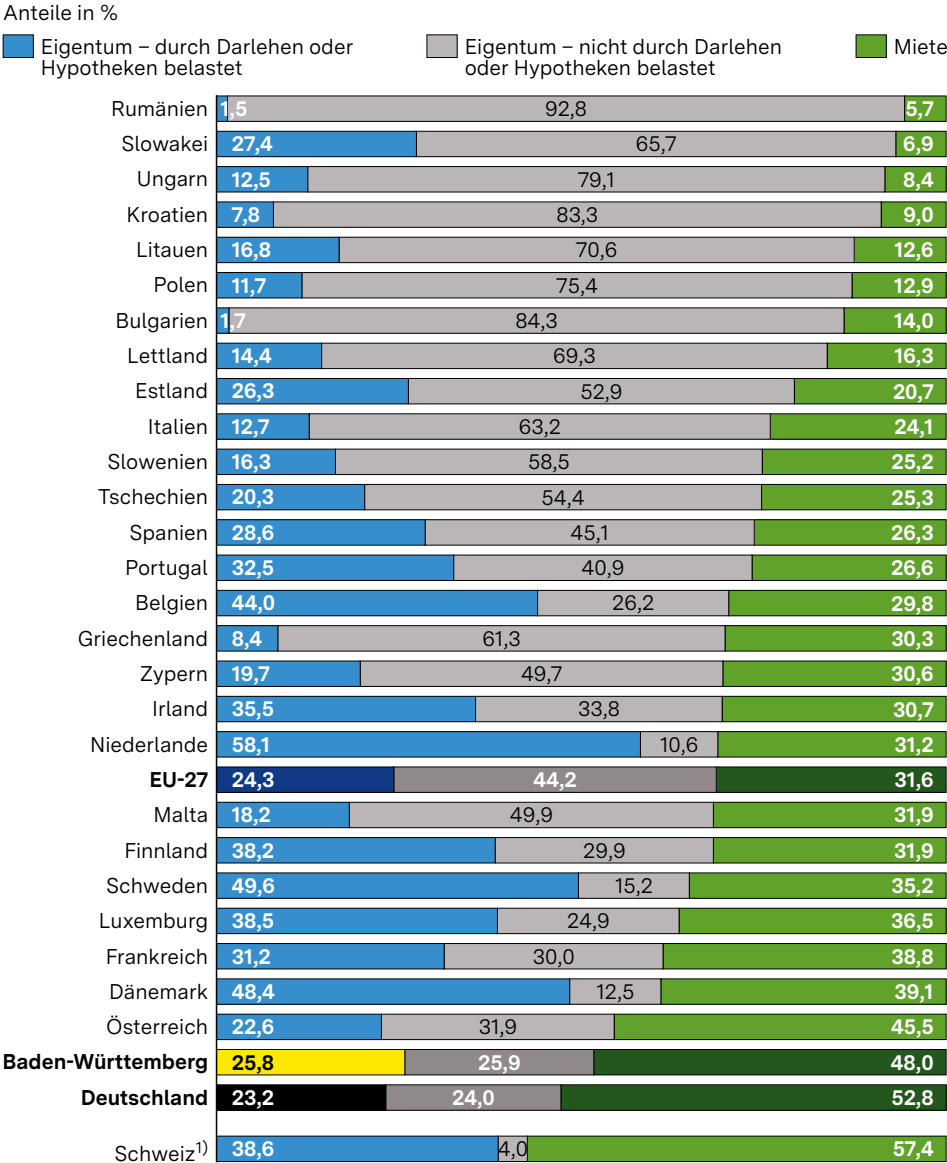
Die Gefangenenrate, die Anzahl der Inhaftierten pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner, gibt Aufschluss über die Strafvollzugssituationen verschiedener Länder. Sie zeigt, wie viele Personen im Verhältnis zur Bevölkerung in Haft sind und dient als wichtiger Maßstab für Kriminalpolitik und Justizpraxis. Deutschlandweit lag die Gefangenenquote 2023 bei knapp 71 Gefangenen je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner. In den Stadtstaaten, wo in der Regel auch die Kriminalitätsbelastung höher ist als in den deutschen Flächenländern, waren die Gefangenenraten im Bundesländervergleich am höchsten. Hamburg führt mit einer Quote von 114 die bundesweite Rangliste an, gefolgt von Berlin (96) und Bremen (94).

Mit einer Quote von 41 waren in Schleswig-Holstein die wenigsten Personen

inhaftiert. Brandenburg (44) und Niedersachsen (60) lagen auf den Plätzen 2 und 3 vor Baden-Württemberg mit 61 Inhaftierten pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Innerhalb der gesamten EU waren 2023 rund 449.000 Personen inhaftiert, knapp 15.400 bzw. 3,1 % mehr als im Vorjahr. Bezogen auf die rund 447,7 Mio. dort wohnhafte Personen ergab sich ein EU-Durchschnitt von 111 Häftlingen je 100.000 Personen. Die höchste Gefangenenrate gab es mit 203 Häftlingen je 100.000 Personen in Polen. Weitere Länder der großen EU-Osterweiterung wie Ungarn (187), Tschechien (181) und die Slowakei (179) stehen am oberen Ende der Rangliste. Auch in den baltischen Staaten Lettland (173), Litauen (159) und Estland (135) lagen die Quoten weit über dem EU-Durchschnitt. Die niedrigste Gefangenenrate erzielte Finnland mit 53 Häftlingen je 100.000 Personen. Sowohl Deutschland mit 71 als auch Baden-Württemberg mit 61 lagen deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 111. Im globalen Vergleich war die Gefangenenrate der USA mit 557 demgegenüber fünfmal so hoch.

Wohnbesitzverhältnisse



Daten: 2024 – 1) 2023.
Datenquelle: Eurostat EU-SILC.



Wohneigentum ist in der Europäischen Union beliebt

In der Europäischen Union haben sich gut zwei Drittel der Haushalte den Traum von einer eigenen Wohnung erfüllt. Wohnraum gehört – wie Nahrung und Kleidung – zu unseren Grundbedürfnissen. Eine Wohnung ist jedoch weit mehr als nur ein Dach über dem Kopf; sie ist vielmehr auch Lebensraum zur Verwirklichung individueller Wünsche. So verwundert es nicht, dass viele Personen anstreben, in einer eigenen Wohnung zu leben.

Der Anteil der Haushalte mit Wohneigentum lag 2024 in der EU-27 bei durchschnittlich rund 68 %. Innerhalb der Mitgliedstaaten unterscheidet sich dieser Wert allerdings erheblich. Die Spanne reicht von 47 % in Deutschland bis zu 94 % in Rumänien.

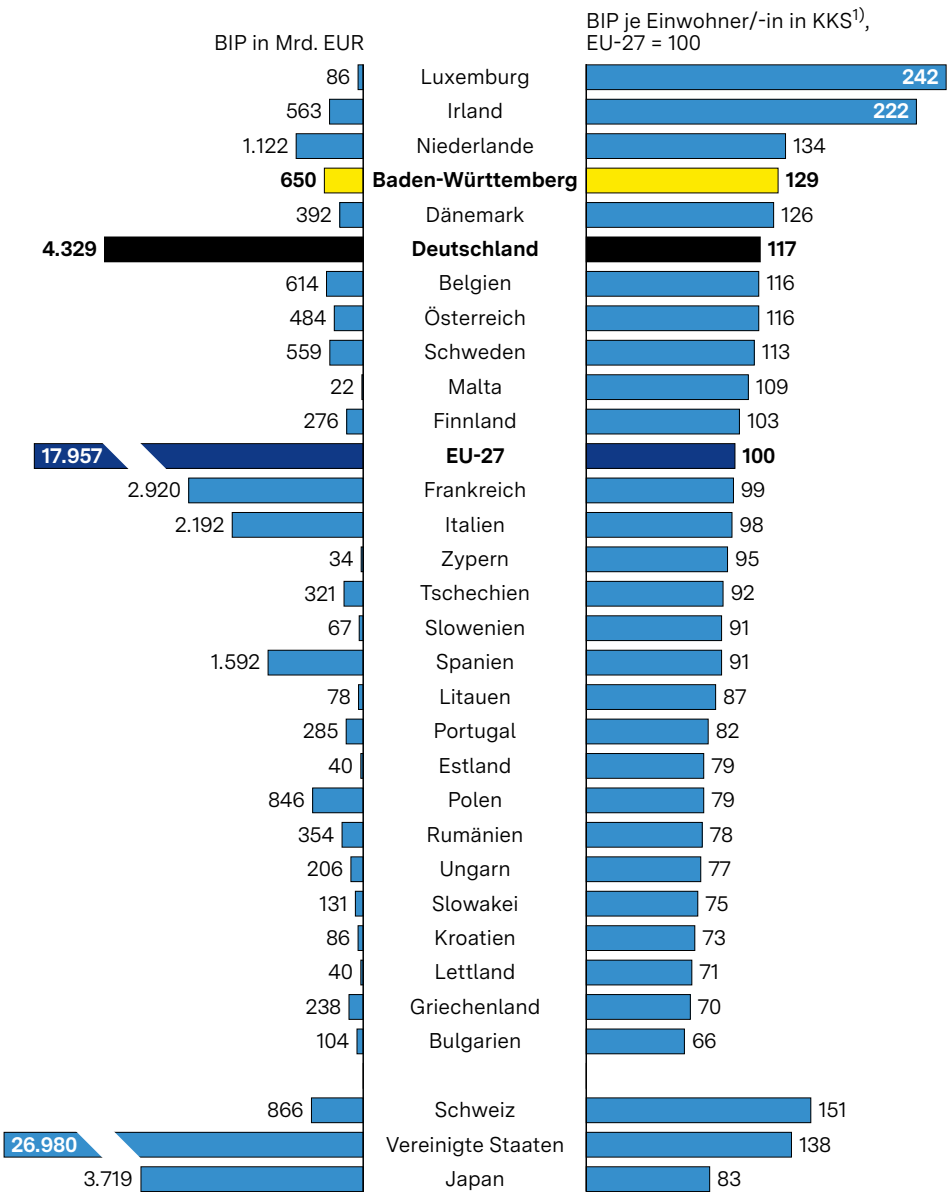
In Baden-Württemberg lag 2024 der Anteil der Haushalte, die in ihrer eigenen Immobilie wohnten, bei 52 %. Rund 26 % der Haushalte lebten hierzulande in einer eigenen Wohnung, die mit einem Darlehen oder einer Hypothek belastet war. In Deutschland betrug der Anteil der Haushalte mit einer solchen Belastung 23 %.

Im Vergleich der 27 EU-Mitgliedstaaten war Deutschland das einzige Land, in dem der Anteil der Haushalte, die in einer Mietwohnung lebten, den Anteil der Haushalte überstieg, die in ihrer eigenen Wohnung lebten.

Wie in Deutschland lebten 2024 auch in der Schweiz mehr als die Hälfte der Haushalte in einer Mietwohnung. Der Anteil war jedoch nicht – wie in Deutschland – nur knapp über der Hälfte, sondern deutlich höher, nämlich bei gut 57 %.

In der Schweiz waren von den eigenen Wohnimmobilien (43 %) nur ein Anteil von 4 % unbelastet von einem Darlehen oder einer Hypothek. Ebenfalls gering ist dieser Anteil in den Niederlanden (11 %), Dänemark (13 %) und Schweden (15 %), allerdings liegt dort der Anteil der Haushalte mit einer eigenen Wohnimmobilie insgesamt mit 69 %, 61 % bzw. 65 % deutlich höher.

Wirtschaftsleistung und Wirtschaftskraft



Daten: 2024. – 1) Kaufkraftstandards (künstliche Währung, die internationale Preisniveaunterschiede eliminiert).
Datenquellen: Eurostat, Weltbank, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.



Baden-Württembergs Wirtschaftskraft 29 % über dem EU-Durchschnitt

Baden-Württembergs Wirtschaftsleistung lag 2024 bei 650 Mrd. Euro. Damit entfiel auf jede Person im Südwesten im Durchschnitt ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von 57.294 Euro.

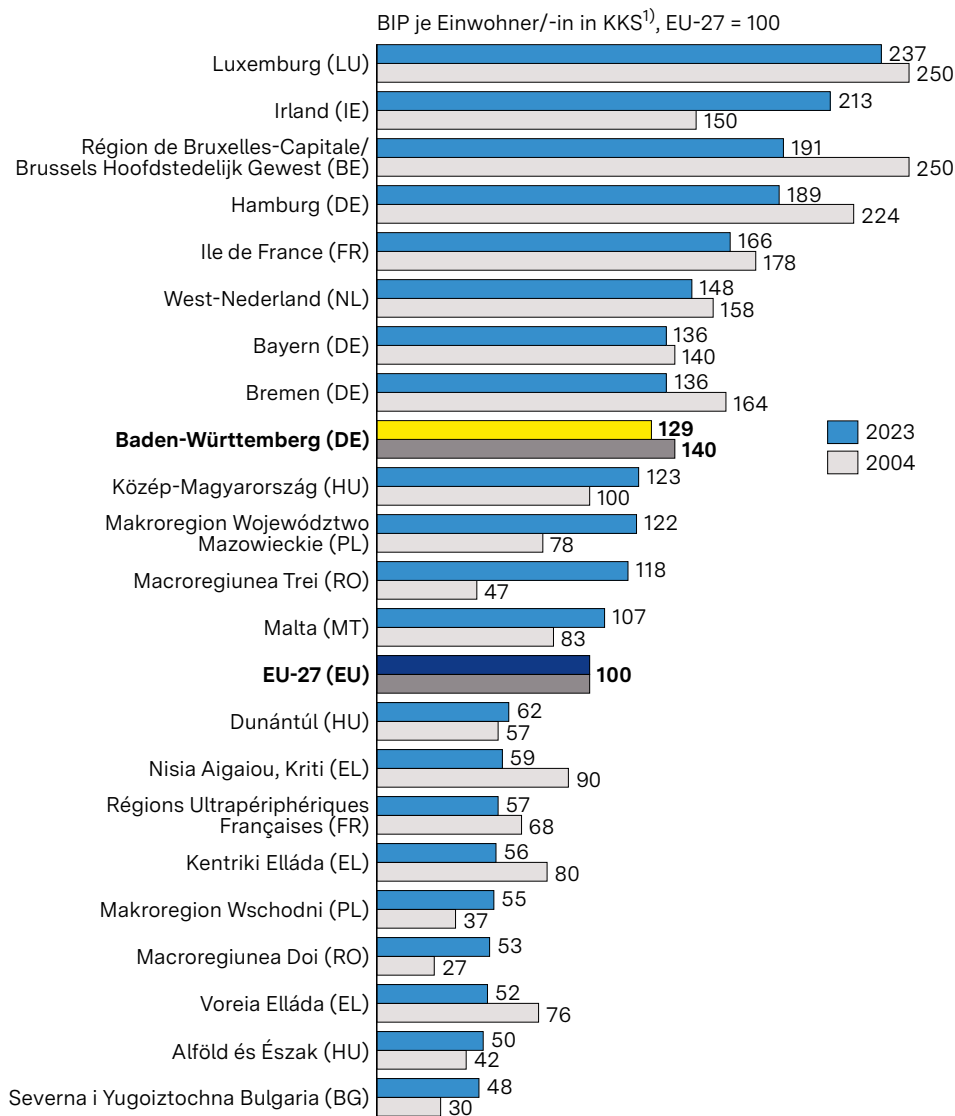
Berücksichtigt man regionale Kaufkraftunterschiede, lässt sich die Wirtschaftskraft pro Person zwischen Ländern vergleichen. Im Jahr 2024 lag das Pro-Kopf-BIP im Südwesten, gemessen in Kaufkraftstandards (KKS), 29 % über dem EU-Durchschnitt. Im EU-weiten Ranking lag Baden-Württemberg damit auf dem vierten Platz. Deutschlandweit lag die Wirtschaftskraft pro Person 17 % über dem EU-Durchschnitt. Den höchsten Wert im Ranking erreichte Luxemburg. Dort erbrachte jede Person das 2,4-fache des EU-Durchschnitts. Nur 66 % der durchschnittlichen EU-Wirtschaftskraft entfielen auf jede Person in Bulgarien, dem EU-Mitglied mit der niedrigsten Wirtschaftskraft.

Insgesamt fiel das BIP pro Kopf in KKS in Ost- und Südeuropa im EU-Vergleich unterdurchschnittlich aus, während die

zentral- und nordeuropäischen Länder das Ranking anführten.

Dennoch gleicht sich die Wirtschaftskraft zwischen den EU-Mitgliedstaaten über die Jahre hinweg stetig an. Insbesondere legten die neueren Beitrittsländer zu und verkürzten von Jahr zu Jahr den Abstand zum EU-weiten Durchschnitt. Zum Zeitpunkt der ersten EU-Osterweiterung in 2004 entfiel beispielsweise in Polen (52 %), Litauen (50 %) und Lettland (45 %) gerade einmal etwa die Hälfte der Wirtschaftskraft des EU-weiten Durchschnitts auf jede Person. 2024 erreichten die Länder zwischen 71 % und 87 % der durchschnittlichen Wirtschaftskraft pro Person. Malta erbrachte 2004 83 % des EU-Durchschnitts und wies 20 Jahre später eine überdurchschnittlich hohe Wirtschaftskraft auf. Auch die Wirtschaftskraft der in der zweiten Erweiterungsrunde beigetretenen Länder Rumänien und Bulgarien wuchs über diesen Zeitraum kräftig an. 2004 lag diese noch bei jeweils 35 %, die Länder holten bis heute auf 78 % bzw. 66 % auf.

Wirtschaftskraft ausgewählter Regionen*) der Europäischen Union



*) NUTS-Ebene 1, die in Deutschland den Bundesländern entspricht. – 1) Kaufkraftstandards (künstliche Währung, die internationale Preisniveauunterschiede eliminiert).

Datenquelle: Eurostat.



Wirtschaftskraft Baden-Württembergs 2023 im regionalen EU-Ranking

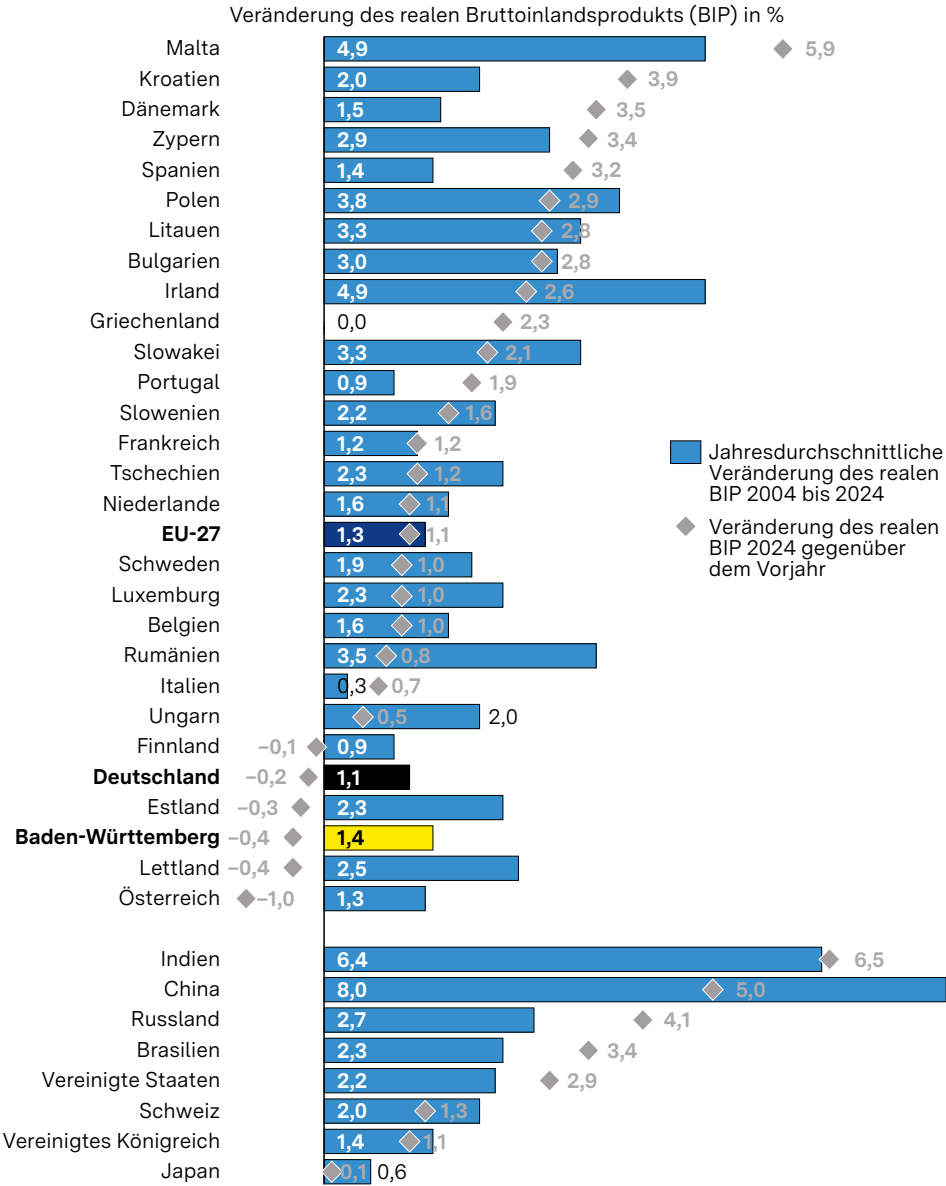
Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) lag die Wirtschaftskraft Baden-Württembergs 2023 29 % über dem EU-Durchschnitt. Unter den 92 EU-weiten NUTS-1-Regionen, die mit den deutschen Bundesländern vergleichbar sind, belegte die Südwestregion damit den elften Platz.

Luxemburg führte erneut das Ranking an. Irland konnte sich auf Platz 2 halten. Beide Regionen übertrafen die durchschnittliche Wirtschaftskraft der EU um mehr als das Doppelte. In Deutschland blieb Hamburg das wirtschaftsstärkste Bundesland. Unter den zehn wirtschaftsstärksten Regionen der EU finden sich außerdem Bremen, Bayern und Hessen. In allen ostdeutschen Bundesländern lag die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung unter dem EU-Durchschnitt.

Die zehn wirtschaftsschwächsten Regionen der EU, mit einem BIP pro Kopf (in KKS) von höchstens 65 % des EU-Durchschnitts, konzentrierten sich überwiegend auf Ost- und Südosteuropa. Schlusslichter im Ranking, mit jeweils rund der Hälfte der durchschnittlichen

europäischen Wirtschaftskraft, bilden die ungarische Region Alföld és Észak sowie die bulgarische Region Severna i Yugoiztochna Bulgaria. Die im Zuge der EU-Osterweiterungen 2004 und 2007 beigetretenen Länder haben insgesamt jedoch deutlich aufgeholt. Dies zeigt sich auch am Länderranking: Während 2004 ausschließlich Regionen aus Osteuropa die hinteren Rankingplätze belegten, überschneiden sich die Rangplätze alter und neuer Mitglieder inzwischen. 2023 lag die Wirtschaftskraft fast aller Regionen der damaligen Beitrittsländer im EU-Vergleich höher als zum Zeitpunkt ihres Beitritts. Die Wirtschaftskraft der ungarischen Region Közép-Magyarország lag sogar 23 % über dem EU-Durchschnitt, die der polnischen Makroregion Województwo Mazowieckie um 22 % und die Maltas um 7 %. Zudem hat sich die Streuung zwischen den EU-Regionen 2023 erneut verringert, das kaufkraftbereinigte BIP pro Kopf nähert sich langsam zunehmend an.

Wirtschaftswachstum



Datenquellen: Eurostat, IWF, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.



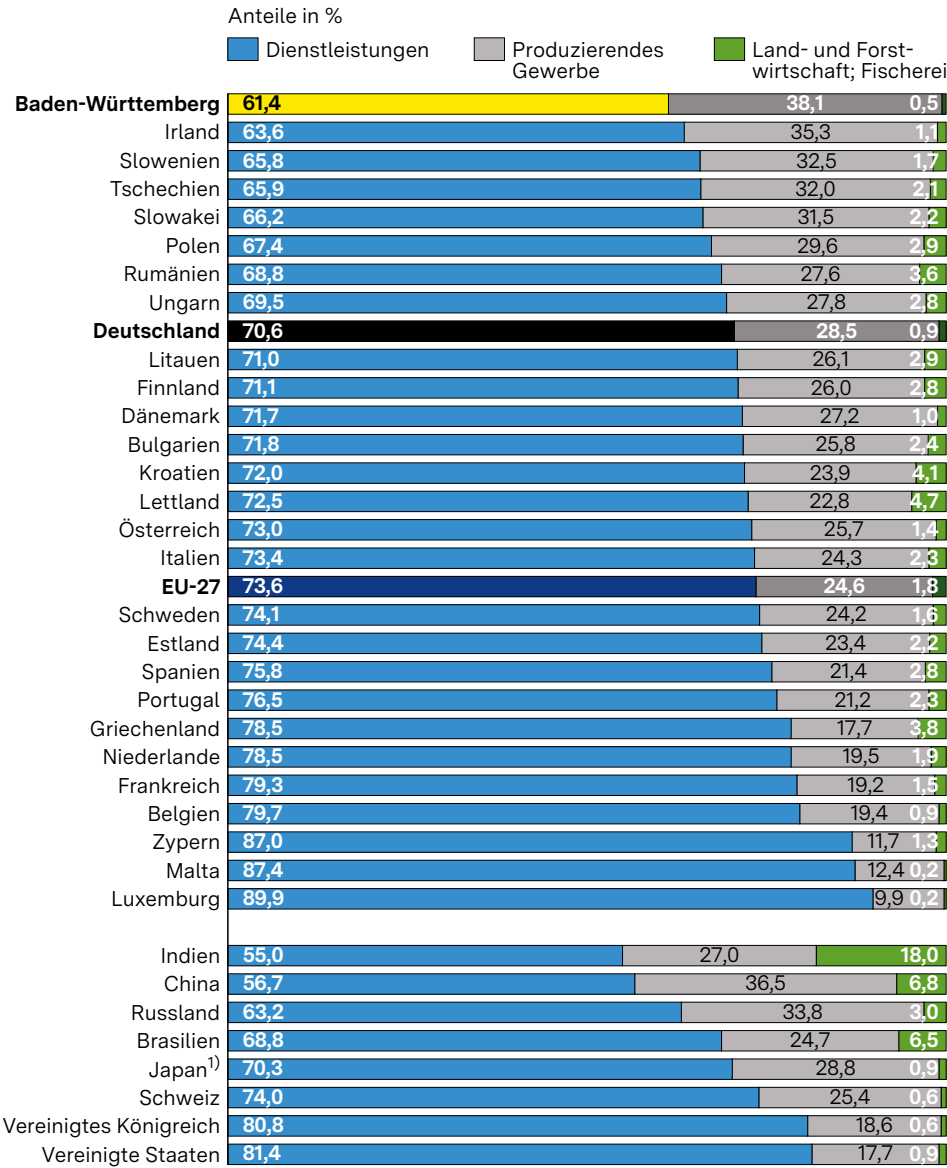
Rückgang der Wirtschaftsleistung im Südwesten

2024 wuchs die Wirtschaft EU-weit preisbereinigt um 1,1 % gegenüber dem Vorjahr. Einen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) verzeichneten dabei ausschließlich mittel- und nordeuropäische Länder, allen voran Österreich mit einem Minus von 1,0 %. Die baden-württembergische Wirtschaft schrumpfte um 0,4 % im Vergleich zum Vorjahr und entwickelte sich dabei etwas schwächer als die gesamtdeutsche Wirtschaft (–0,2 %).

Betrachtet man das Wirtschaftswachstum der Beitrittsländer der EU-Osterweiterung 20 Jahre später, so erzielte die Mehrheit der neuen Länder im Jahr 2024 ein überdurchschnittlich hohes Wirtschaftswachstum im EU-Vergleich. Die höchste Wachstumsdynamik unter allen EU-Ländern zeigte Malta mit einem Zuwachs des realen BIP von 5,9 % gegenüber dem Vorjahr. Lediglich Lettland und Estland verzeichneten 2024 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von 0,4 % bzw. 0,3 %.

Längerfristig betrachtet stieg die reale Wirtschaftsleistung über die Jahre 2004 bis 2024 im Durchschnitt hinweg in so gut wie allen dargestellten Ländern an. Lediglich Griechenland wies über diesen Zeitraum hinweg kein Wachstum auf, was insbesondere auf die Schuldenkrise in den Jahren 2009 bis 2016 zurückzuführen ist. Vor allem die neuen Mitgliedsländer zeigen langfristig ein überdurchschnittlich starkes Wirtschaftswachstum. Über die letzten 21 Jahre reihten sich neben Irland und Luxemburg alle seit 2004 beigetretenen Länder in den vorderen Rängen ein und erreichten langfristig, im Vergleich zur EU insgesamt, ein deutlich überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum.

Wirtschaftsstruktur



Daten: 2024 – 1) 2023.
 Datenquellen: Eurostat, Weltbank, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.



Industrieanteil in Baden-Württemberg im Ländervergleich am höchsten

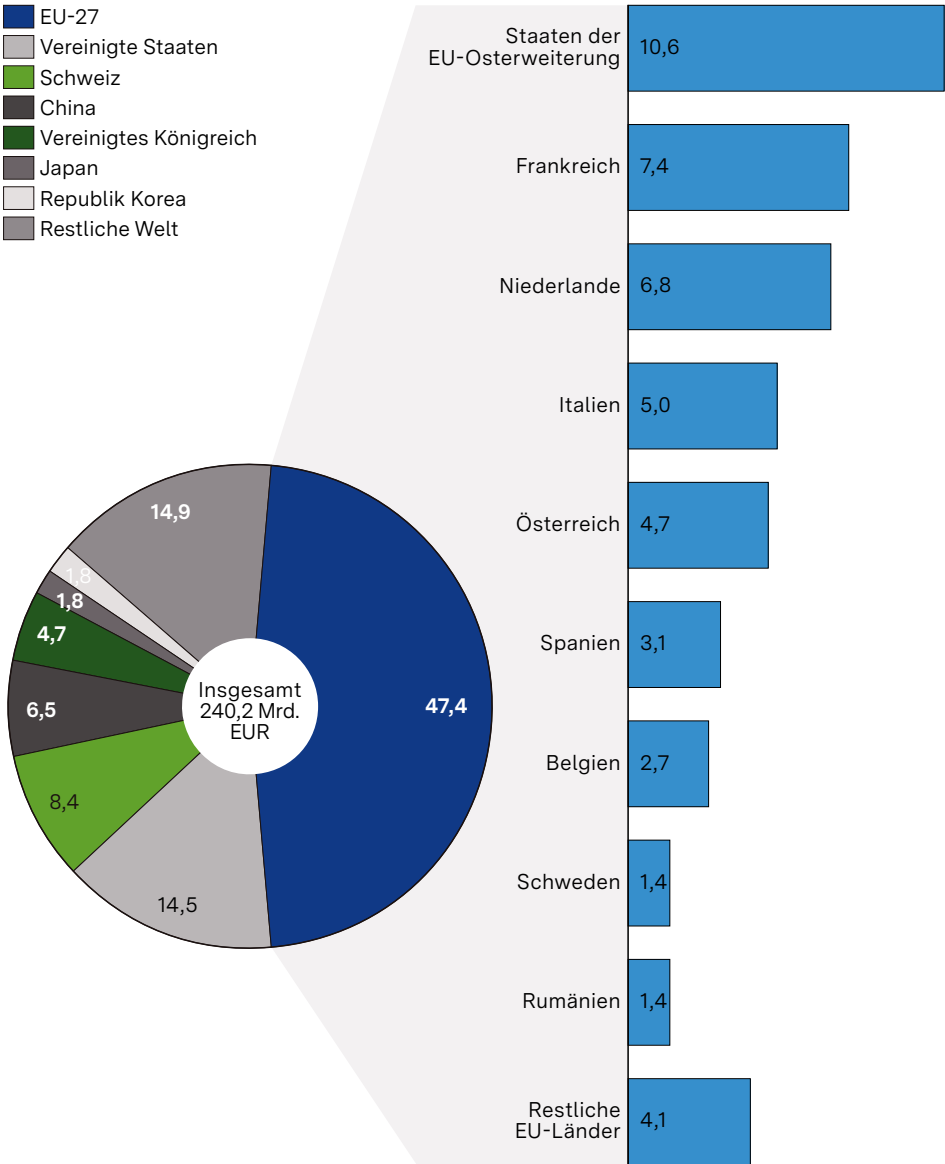
Die Wirtschaftsstruktur von Regionen lässt sich anhand der Zusammensetzung der Sektoren „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, „Produzierendes Gewerbe“ und „Dienstleistungen“ beschreiben, deren Bedeutung für die Bruttowertschöpfung (BWS) je nach Land variiert.

Baden-Württemberg weist den im internationalen Vergleich höchsten Industrieanteil auf. 2024 entfielen 38,1 % der gesamten BWS auf das Produzierende Gewerbe. In allen betrachteten Ländern stammte 2024 mehr als die Hälfte der BWS aus dem Dienstleistungssektor. Besonders stark dienstleistungsorientiert sind in der EU Luxemburg, Malta und Zypern, wo der Anteil jeweils nahezu 90 % betrug. In Baden-Württemberg lag er bei 61,4 %. Demgegenüber spielt die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in den meisten Ländern eine geringere Rolle. EU-weit entfielen 2024 in allen Ländern unter 5 % der BWS auf diesen Bereich. Lettland verzeichnete mit 4,7 % den höchsten Anteil. Baden-Württemberg erzeugte 0,5 % in diesem Sektor.

Ein Vergleich der heutigen Wirtschaftsstrukturen mit 2004 zeigt: Seit der Osterweiterung hat sich die Wirtschaftsstruktur der neuen Mitgliedstaaten deutlich verändert: Der Anteil des Sektors Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ist deutlich zurückgegangen. In Ungarn sank der Anteil von 5,1 % (2004) auf 2,8 % (2024), in Zypern von 3,5 % auf 1,3 %. Besonders ausgeprägt war der Rückgang in Rumänien und Bulgarien, die in der zweiten Erweiterungsrunde 2007 beitraten. Dort verringerte sich der Anteil des Sektors an der BWS von 14,2 % bzw. 9,9 % im Jahr 2004 auf 3,6 % bzw. 2,4 % im Jahr 2024. Auch das Produzierende Gewerbe ging anteilig vielerorts zurück. Besonders in Malta von 25,4 % auf 12,4 % und in Zypern von 20,5 % auf 11,7 %. Dagegen nahm die Bedeutung des Dienstleistungssektors kräftig zu, insbesondere in Rumänien von 50,3 % auf 68,8 % und in Malta von 72,5 % auf 87,4 %. Trotz länderspezifischer Unterschiede sind die Strukturen der neuen Mitgliedstaaten heute deutlich stärker an den EU-Durchschnitt herangerückt.

Exporte Baden-Württembergs

Anteile in % nach Bestimmungsländern



Daten: 2024, vorläufige Werte nach Spezialhandel. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen möglich.
Datenquelle: Statistisches Bundesamt.



Der Südwesten bleibt exportstärkstes Bundesland – vor Bayern und Nordrhein-Westfalen

Bundesweit wurden 2024 Waren im Wert von rund 1.548,8 Mrd. Euro über die Landesgrenzen hinweg ins Ausland exportiert. Fast ein Sechstel dieser Exporte (15,5 %) stammten aus dem Südwesten, was einem Wert von 240,2 Mrd. Euro entspricht. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutete dies zwar einen Rückgang von über 10,1 Mrd. Euro bzw. 4,0 %, jedoch war Baden-Württemberg damit auch 2024 das exportstärkste Bundesland – mittlerweile zum elften Mal in Folge. Auf den Plätzen 2 und 3 folgten Bayern und Nordrhein-Westfalen mit Ausfuhren in Höhe von 224,8 bzw. 221,5 Mrd. Euro. Mecklenburg-Vorpommern bildete im Ländervergleich das Schlusslicht mit Exporten im Wert von 9,2 Mrd. Euro.

Mit 113,8 Mrd. Euro blieb fast die Hälfte der baden-württembergischen Ausfuhren in der EU (Anteil: 47,4 %). Folglich war der europäische Staatenbund der bedeutendste Abnahmemarkt, gefolgt von den USA und der Schweiz mit 34,8 Mrd. Euro (14,5 %) bzw. 20,2 Mrd. Euro (8,4 %). Dahinter folgte China mit 15,7 Mrd. Euro bzw. 6,5 % des baden-württembergischen Gesamtexports. Innerhalb der

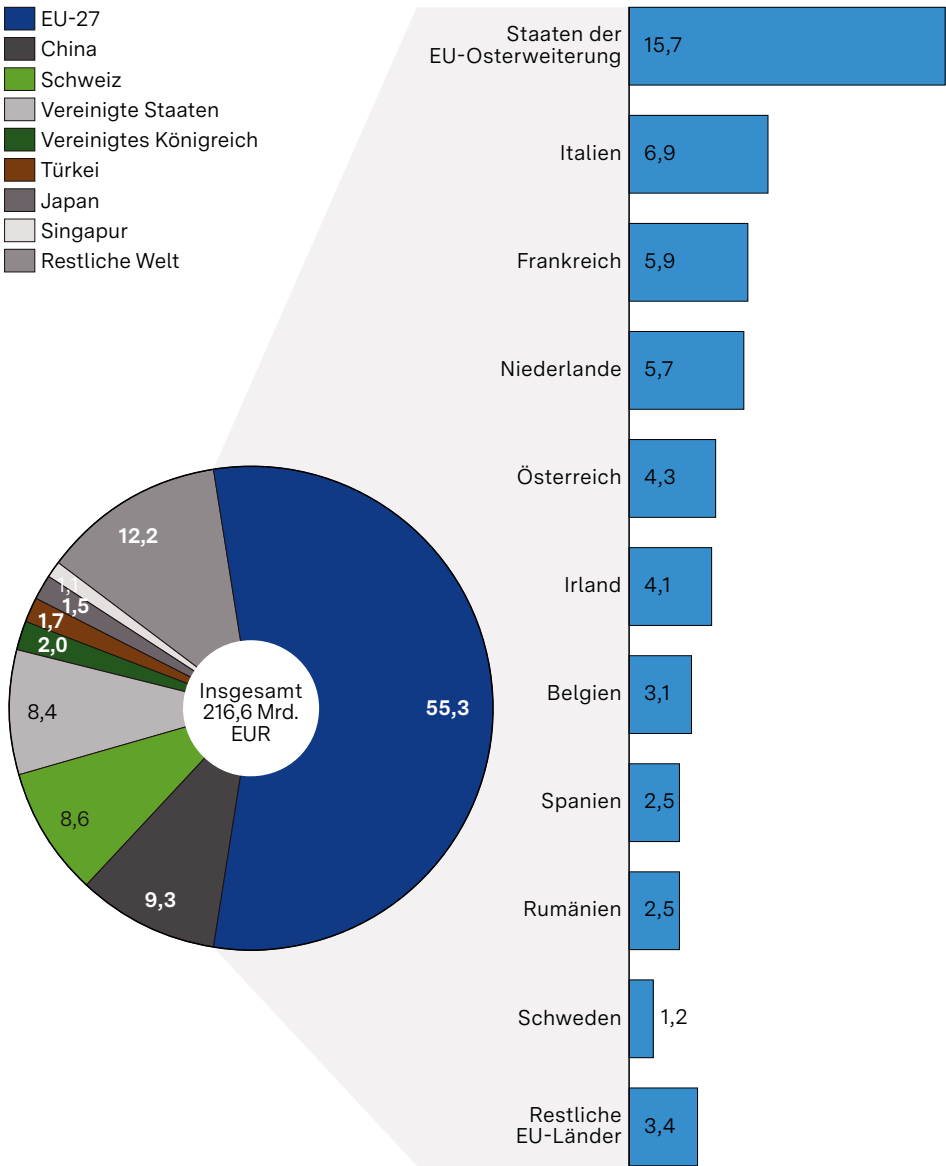
EU hatte Frankreich mit 17,9 Mrd. Euro (7,4 %) die Spitzenposition inne, vor den Niederlanden mit 16,3 Mrd. Euro (6,8 %) und Italien mit 12,1 Mrd. Euro (5,0 %).

In die zehn Länder, die der EU 2004 im Zuge der großen Erweiterungsrunde beigetreten waren, gingen 20 Jahre danach mit insgesamt 25,5 Mrd. Euro über ein Zehntel (10,6 %) aller baden-württembergischen Ausfuhren. Darunter waren Polen (9,2 Mrd. Euro), Tschechien (5,9 Mrd. Euro) und Ungarn (5,5 Mrd. Euro) die attraktivsten Absatzmärkte im Jahr 2024.

Baden-Württemberg verzeichnet traditionell drei exportstarke Güterabteilungen, auf die 2024 aufaddiert mehr als die Hälfte (52,9 %) aller Südwest-Ausfuhren entfiel. Das höchste Exportvolumen wies die Abteilung „Kraftwagen und Kraftwagenteile“ mit 52,0 Mrd. Euro auf. Darauf folgten „Maschinen“ und „Pharmazeutische Erzeugnisse“ mit über 47,7 Mrd. Euro bzw. 27,3 Mrd. Euro.

Importe Baden-Württembergs

Anteile in % nach Ursprungsländern



Daten: 2024, vorläufige Werte nach Generalhandel. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen möglich.
Datenquelle: Statistisches Bundesamt.



Mehrheit der Südwestimporte kommt aus der EU – China und die Schweiz folgen auf Platz 2 und 3

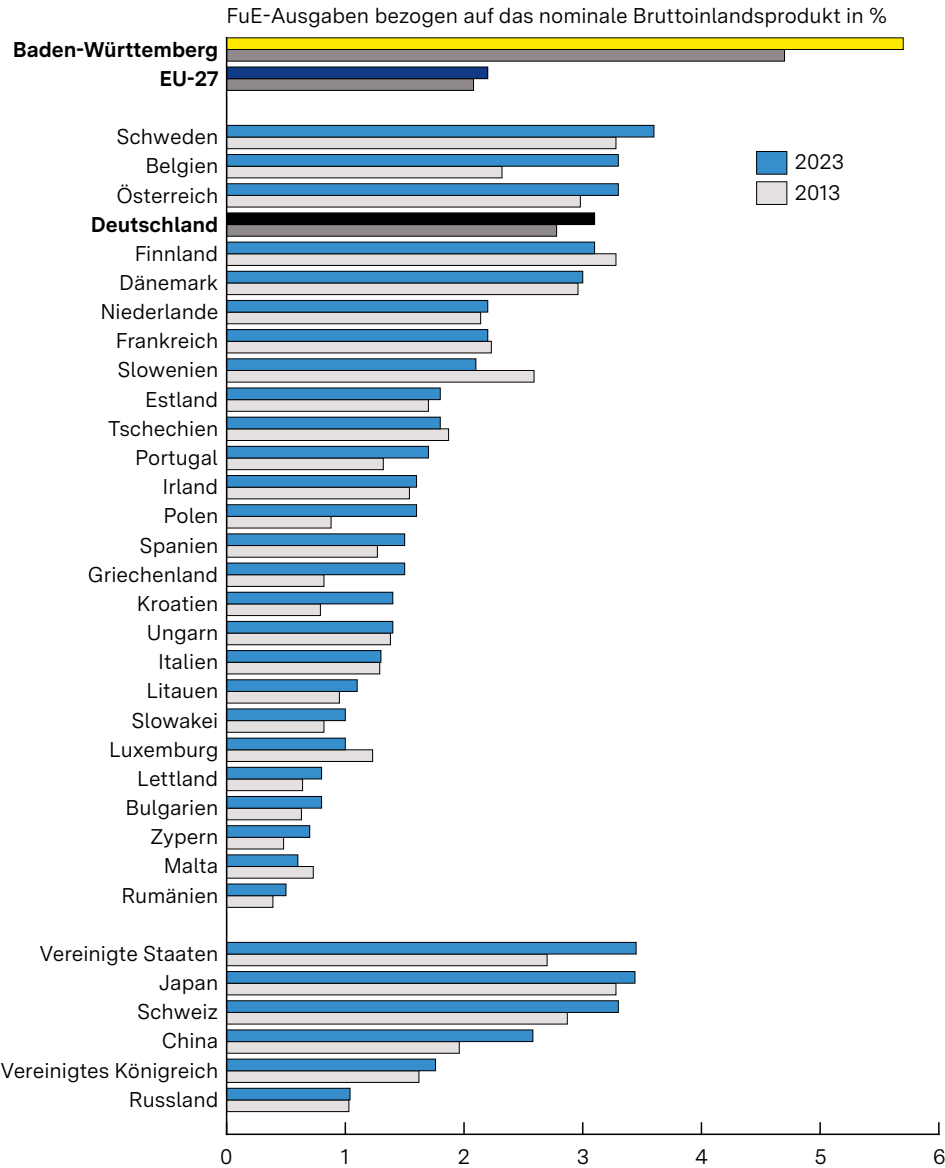
Im Jahr 2024 importierte Baden-Württemberg Waren im Wert von 216,6 Mrd. Euro aus dem Ausland, 11,3 Mrd. Euro bzw. 4,9 % weniger als im Vorjahr. Damit hielt der Südwesten den dritten Platz im Einfuhr-Ranking der Bundesländer. Lediglich nach Nordrhein-Westfalen (227,9 Mrd. Euro) und nach Bayern (227,1 Mrd. Euro) wurden 2024 mehr ausländische Waren eingeführt. Das Schlusslicht im Bundesländervergleich bildete Mecklenburg-Vorpommern (9,0 Mrd. Euro). Deutschlandweit wurden Waren im Wert von 1.316,5 Mrd. Euro eingeführt.

Der EU-Binnenmarkt war 2024 die bedeutendste Ursprungsregion für baden-württembergische Importe. Mit einem Einfuhrwert von 119,7 Mrd. Euro stammte die Mehrheit der Einfuhren nach Baden-Württemberg aus der EU (Anteil: 55,3 %). Dahinter folgten China und die Schweiz mit 20,1 Mrd. Euro (9,3 %) bzw. 18,6 Mrd. Euro (8,6 %). Innerhalb der EU rangierte Italien mit 15,0 Mrd. Euro (6,9 %) an der Spitze der Lieferstaaten, vor Frankreich (12,8 Mrd. Euro; 5,9 %) und den Niederlanden (12,4 Mrd. Euro; 5,7 %).

Tschechien war 2024 mit einem Warenwert von 9,3 Mrd. Euro Baden-Württembergs wichtigste Bezugsquelle aus der Gruppe jener Staaten, die im Jahr 2004 der EU beigetreten waren. Dahinter folgten Polen und Ungarn mit 9,2 Mrd. Euro bzw. 6,6 Mrd. Euro. Aus Zypern importierte der Südwesten Güter in Höhe von lediglich 13 Mio. Euro und damit aus keinem EU-Staat weniger.

Die im Jahr 2024 in Baden-Württemberg am stärksten im Ausland nachgefragten Güterabteilungen waren „Kraftwagen und Kraftwagenteile“ (Anteil am Gesamtimport: 13,6 %), „Maschinen“ (10,7 %) und „Pharmazeutische Erzeugnisse“ (9,6 %). Die Top 5 der Güterabteilungen wurden durch „Chemische Erzeugnisse“ (9,1 %) und „Datenverarbeitungsgeräte“ (9,0 %) komplettiert. Damit stellten diese fünf Güterabteilungen zusammen mit 52,0 % mehr als die Hälfte des Gesamtwerts aller Südwestimporte.

FuE-Intensität



Daten: 2023 bzw. letztes verfügbares Jahr.
Datenquellen: Eurostat, MSTI, Statistisches Bundesamt.



Baden-Württemberg: Spitzenplatz bei Investitionen in Forschung und Entwicklung

Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) sind für eine Volkswirtschaft von hoher Bedeutung. Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten bilden eine wichtige Ausgangsbasis für neue oder verbesserte Produkte, Dienstleistungen und Produktionsprozesse. Die zentrale Kennzahl zur Bewertung der FuE-Aktivitäten eines Landes ist die sogenannte FuE-Intensität. Zur Berechnung dieser Kennzahl werden die nominalen FuE-Ausgaben ins Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt der jeweiligen Region gesetzt.

Baden-Württemberg ist eine der führenden Forschungsregionen in Europa. Mit seinen sehr gut ausgebauten Forschungs- und Entwicklungskapazitäten trägt der Südwesten mehr als ein Viertel zu den gesamtdeutschen Investitionen in Forschung und Entwicklung bei. Hierzulande werden 5,7 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert. Mit dieser hohen Kennzahl belegt der Südwesten im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz.

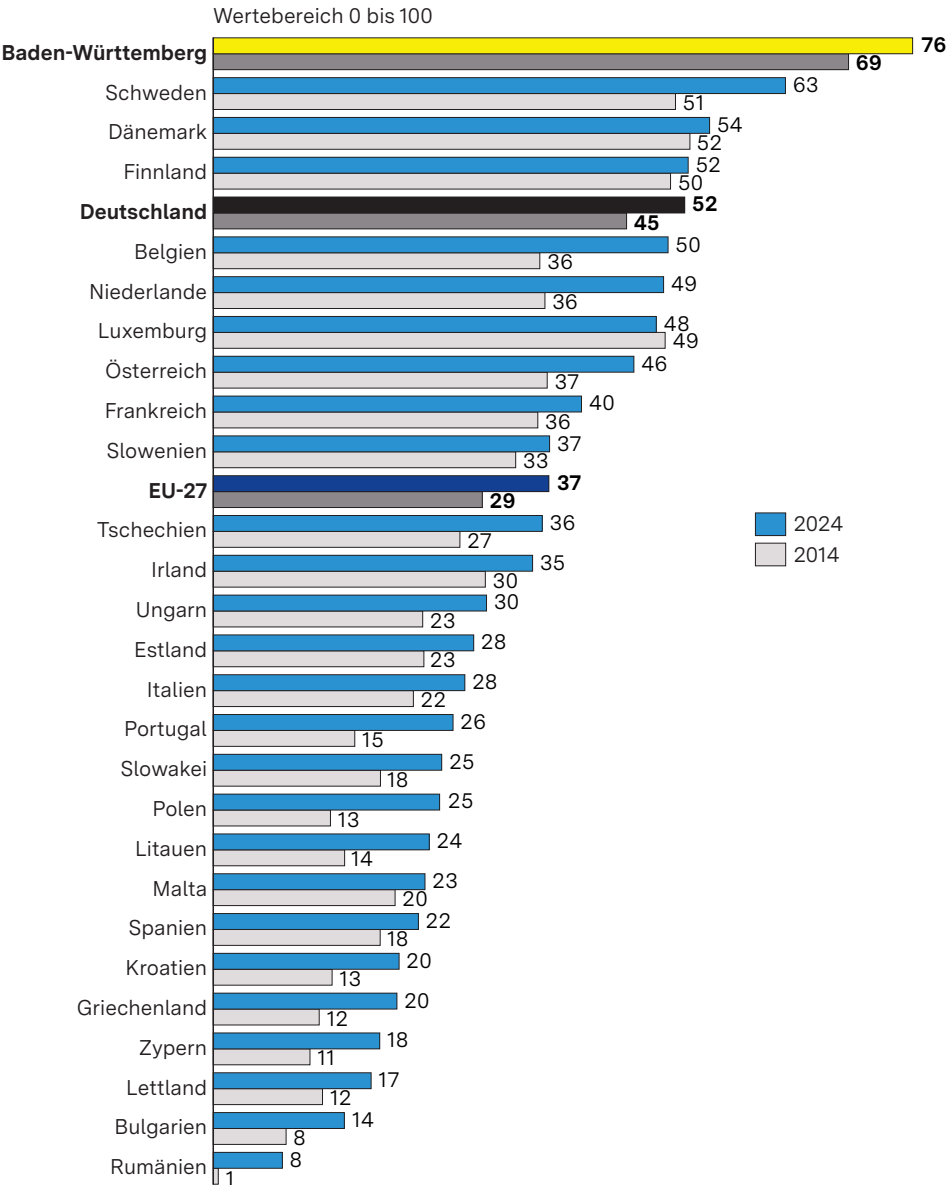
Baden-Württemberg wies 2023 unter allen Bundesländern die mit deutlichem

Abstand (2,2 Prozentpunkte) höchste Forschungsintensität auf. Im Ranking der Bundesländer zur FuE-Intensität folgen Rheinland-Pfalz (3,6 %), Bayern (3,4 %), Berlin (3,1 %) und Hessen (3,0 %). Am Ende der Skala lagen Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit je 1,4 %. Im Bundesdurchschnitt betrug die Forschungsintensität 3,1 %.

Im Vergleich der 27 EU-Mitgliedstaaten belegte Schweden 2023 mit einer FuE-Intensität von 3,6 % den ersten Platz. Auf den Plätzen 2 bis 6 folgten Belgien (3,3 %), Österreich (3,3 %), Deutschland (3,1 %), Finnland (3,1 %) und Dänemark (3,0 %). Damit hatten im Jahr 2023 sechs der 27 EU-Länder das bereits für 2020 angestrebte Ziel von 3,0 % erreicht.

Betrachtet man die Entwicklung in den führenden Forschungsländern der EU, so zeigte sich im Zeitraum 2013 bis 2023 in Belgien die deutlichste Steigerung dieser Kenngröße um 1,0 Prozentpunkte. In Baden-Württemberg stieg die Kennzahl im gleichen Zeitraum ebenfalls um diesen Betrag.

Innovationsindex 2024



Datenquellen: OECD, Eurostat, Europäisches Patentamt, eigene Berechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

372 25



Baden-Württemberg: EU-weit das höchste Innovationspotenzial

Kenntnisse über die Innovationsfähigkeit einer Region sind sowohl für die Politik zur Gestaltung von Fördermaßnahmen und Rahmenbedingungen als auch für die Wirtschaft zur Auswahl von geeigneten Forschungs- und Entwicklungsstandorten unerlässlich.

Innovationen lassen sich nicht direkt messen, deshalb wurde vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg ein Innovationsindex entwickelt. Dieser Index bündelt die Daten von sechs Innovationsindikatoren in einer Kennzahl und ermöglicht hierdurch den direkten Vergleich der Innovationsfähigkeit verschiedener Wirtschaftsräume.

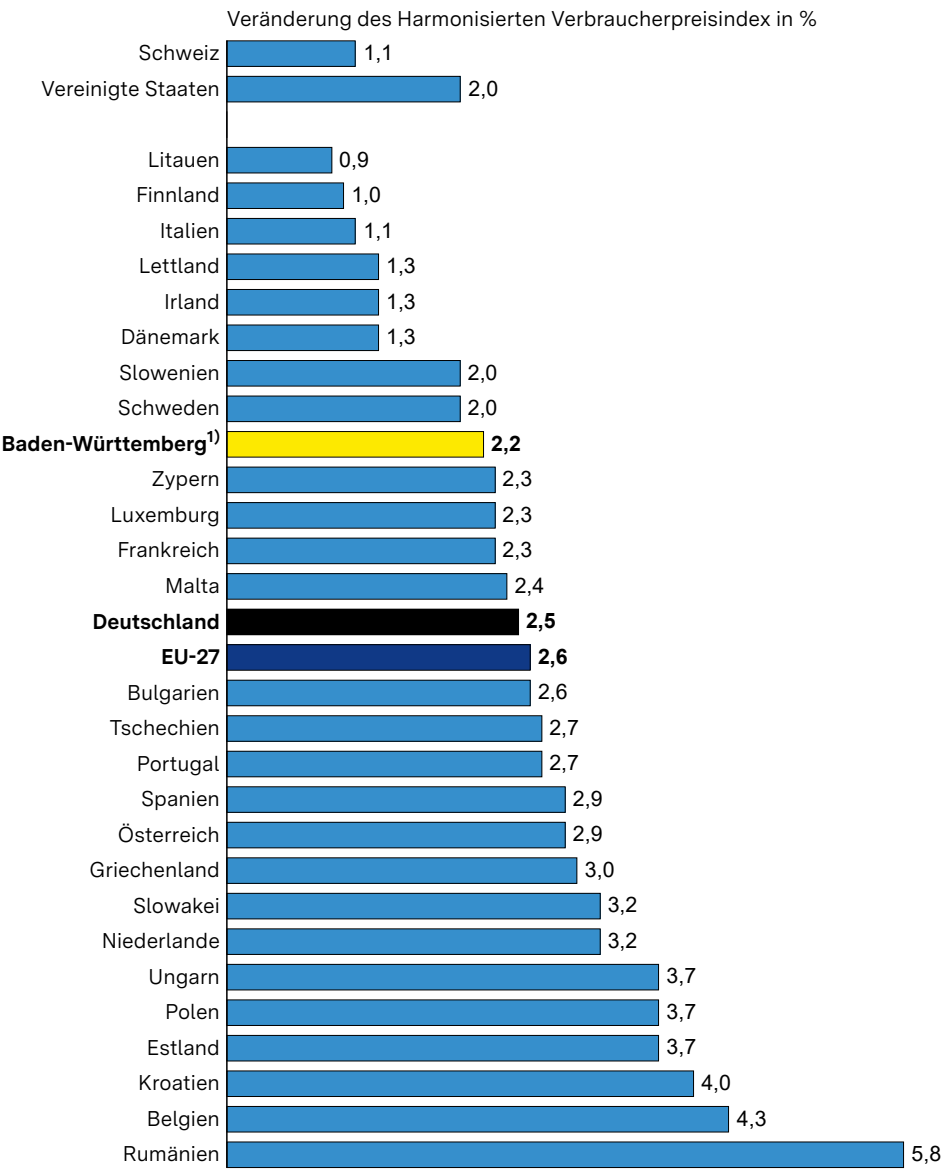
Baden-Württemberg ist innerhalb der Europäischen Union die Region mit der höchsten Innovationsfähigkeit. Mit einem Indexwert von 76 Punkten liegt der Südwesten an der Spitze des Innovationsvergleichs. In keiner anderen europäischen Region wird ein höherer Anteil der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investiert, und nirgendwo ist der Anteil der Erwerbstätigen in forschungsintensiven Industriezweigen größer.

Im Bundesländervergleich weisen neben Baden-Württemberg auch Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen und Bremen Indexwerte über 50 Punkte auf.

Im Vergleich der 27 EU-Länder belegt Schweden mit einem Indexwert von 63 Punkten den Spitzenplatz. Mit einer etwas geringeren Innovationsfähigkeit folgt Dänemark auf Rang 2. Deutschland liegt 2024 auf dem vierten Platz, knapp hinter Finnland. Beim Innovationsvergleich auf Länderebene sind am Ende der Skala mit einem vergleichsweise niedrigen Innovationspotenzial (Indexwert unter 20 Punkten) die Länder Rumänien, Bulgarien, Lettland und Zypern vertreten.

Betrachtet man die Entwicklung in der vergangenen Dekade, so konnten Belgien, die Niederlande, Schweden, Polen und Portugal ihr Innovationspotenzial im EU-Vergleich jeweils um mehr als zehn Indexpunkte steigern. Dadurch verbesserten sie ihre Platzierungen im Ranking der 27 EU-Länder im betrachteten Zeitraum zum Teil deutlich.

Inflationsrate



Daten: 2024. – 1) Verbraucherpreisindex für Baden-Württemberg nicht harmonisiert.

Datenquellen: Eurostat, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.



Rückläufige Inflationsraten in der Europäischen Union

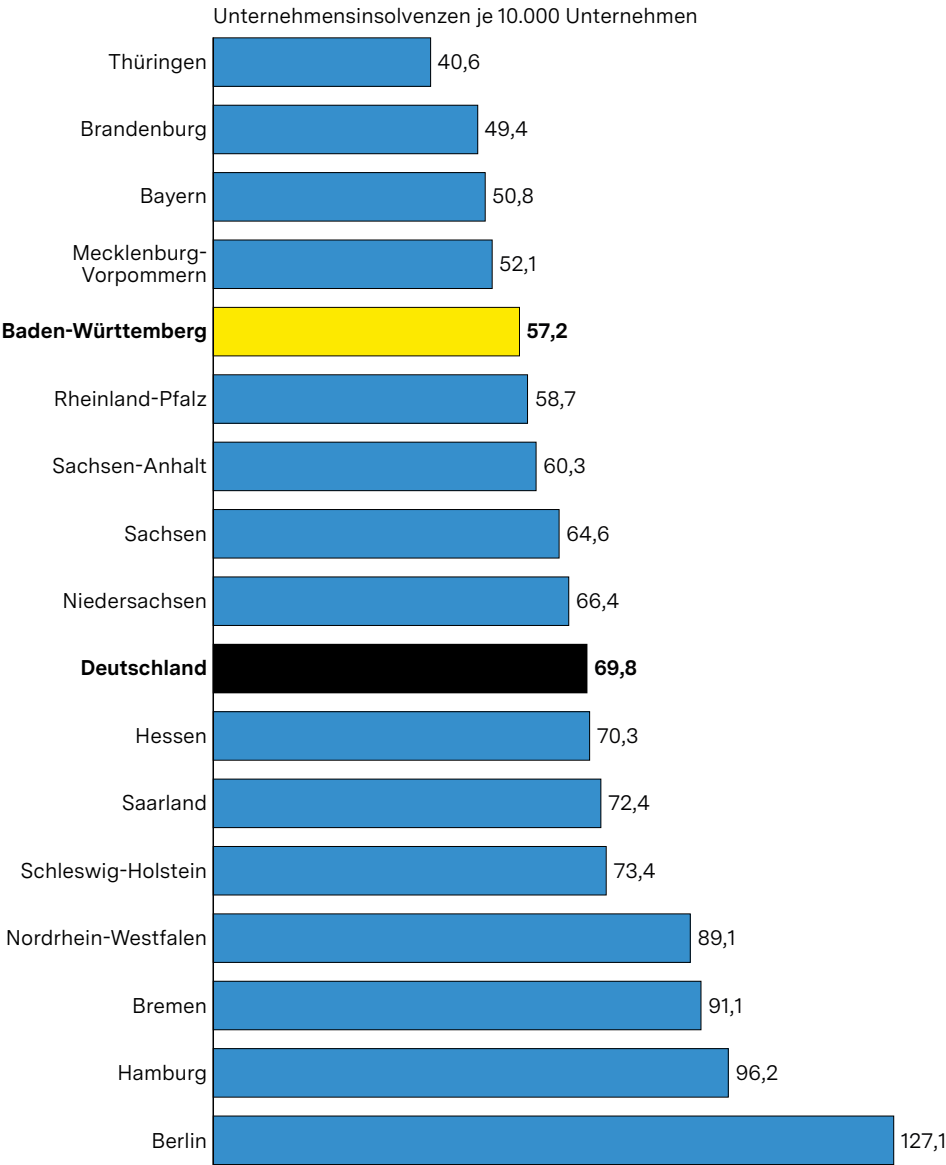
Im Rahmen der geldpolitischen Strategie der Europäischen Zentralbank (EZB) wird ein jährlicher Preisanstieg von 2,0 % als Ziel festgelegt, um Preisstabilität zu gewährleisten und eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Dieses Ziel soll dazu beitragen, dass die Preise langfristig stabil bleiben und die Kaufkraft der Verbraucherinnen und Verbraucher erhalten bleibt. Gemessen wird die Preisentwicklung in der EU und ihren Mitgliedstaaten mit dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI).

Die Verbraucherpreise in Baden-Württemberg haben sich im Jahresdurchschnitt 2024 um 2,2 % im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Damit lag die Inflationsrate nah am angestrebten Zielwert der EZB und fiel deutlich geringer als in den vorangegangenen Jahren aus (2023 und 2022 jeweils 6,3 %). In Deutschland betrug die Inflationsrate 2024 2,5 %. Auch hierzulande sanken die Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahr deutlich. 2023 lag die Inflationsrate in Deutschland bei 6,0 %, 2022 sogar bei 8,7 %.

In den Mitgliedstaaten der EU ist ein ähnlicher Trend zu beobachten. 2024 stiegen die Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahr durchschnittlich um 2,6 %. Die niedrigste Inflationsrate verzeichnete dabei Litauen mit 0,9 %. Finnland und Italien besaßen mit 1,0 % bzw. 1,1 % ebenso niedrige Raten. Zusammen mit Lettland, Irland und Dänemark (jeweils 1,3 %) lagen diese Länder unterhalb des Zielwerts der EZB, während Slowenien und Schweden dieses Ziel exakt erreichten. In Rumänien erhöhten sich die Verbraucherpreise dagegen am stärksten. Die Inflationsrate lag dort 2024 bei 5,8 %. Belgien und Kroatien wiesen mit 4,3 % bzw. 4,0 % ebenso eine hohe Preissteigerung aus. Belgien war gleichzeitig das einzige Land, in dem die Inflationsrate im Vergleich zum Vorjahr (2,3 %) gestiegen war.

Bei Betrachtung der einzelnen Warengruppen in der EU wurde die höchste Preissteigerung im Jahr 2024 bei der Warengruppe „Restaurants und Hotels“ mit 5,2 % festgestellt. Hier gab es den stärksten Anstieg in Kroatien (11,1 %) und Rumänien (10,7 %).

Insolvenzhäufigkeit



Daten: 2024.
Datenquelle: Statistisches Bundesamt.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



Auch wegen Corona-Nachholeffekten: Insolvenzen im Südwesten auf höchstem Stand seit 2010

Nachdem bereits 2023 ein Vorjahresplus von 23,7 % beobachtet werden konnte, erhöhte sich die Zahl der beantragten Unternehmensinsolvenzen in Baden-Württemberg im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr erneut, um über 30 % auf 2.445. Damit war der höchste Stand seit 2010 erreicht (2.490), als noch Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu Buche schlugen. Dass die Insolvenzanträge 2023 und 2022 in der Menge derartig anzogen, liegt neben der allgemeinen konjunkturellen Eintrübung auch an Nachholeffekten gegenüber dem Pandemiezeitraum. 2020/2021 wurden beispielsweise Antragspflichten für überschuldete Firmen teilweise oder sogar komplett ausgesetzt. Grundsätzlich muss die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens von Firmen beantragt werden, die entweder überschuldet sind oder keine liquiden Mittel mehr haben.

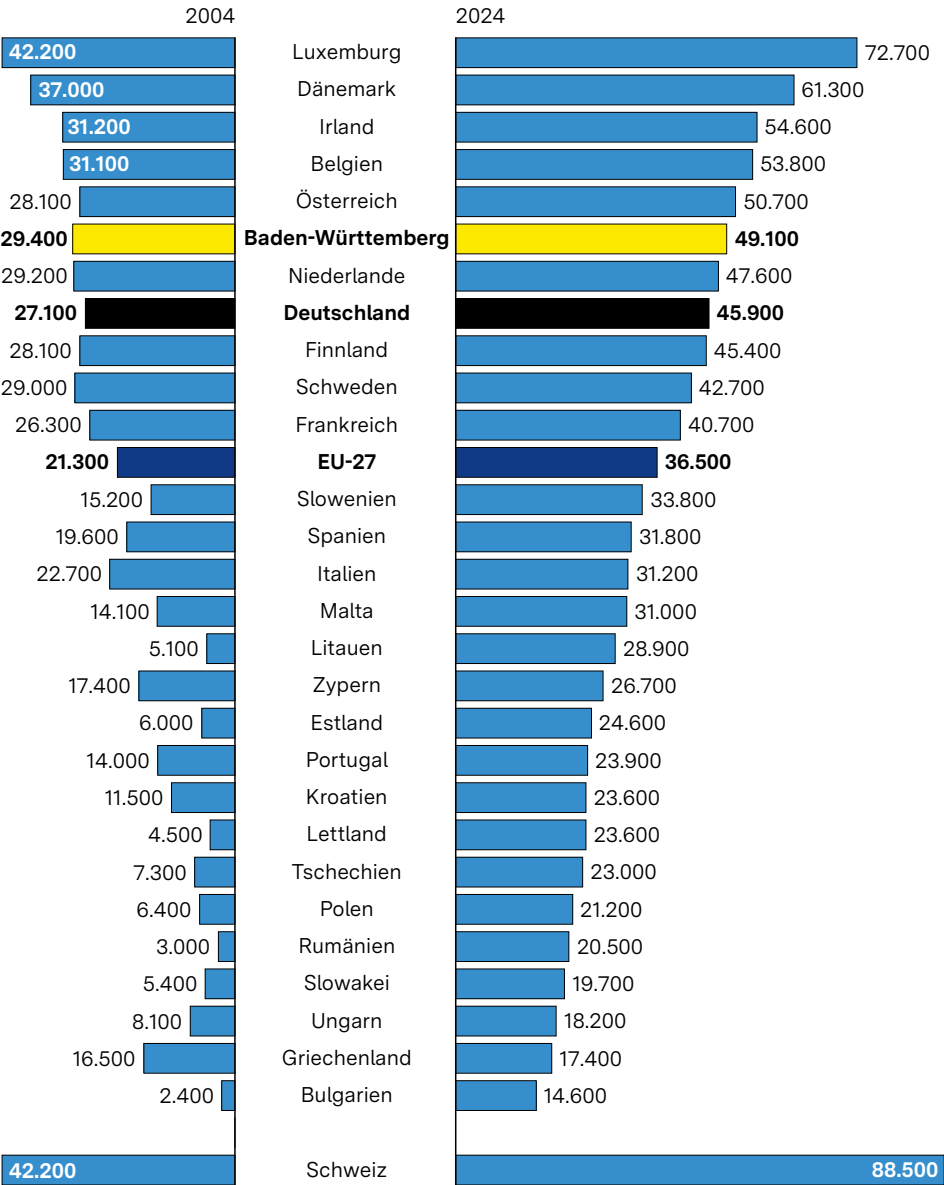
In fast allen Wirtschaftsabschnitten wurden 2024 im Südwesten mehr Insolvenzanträge gezählt als im Vorjahr. Die meisten Insolvenzanträge, 439 bzw. 18,0 % aller beantragten Unternehmensinsolvenzen, wurden dabei im Bau-

gewerbe registriert. Dahinter folgte der Handel mit 356 bzw. 14,6 %. Auf das für die baden-württembergische Wirtschaft besonders bedeutsame Verarbeitende Gewerbe entfielen 264 Insolvenzen bzw. 10,8 %. Damit erhöhte sich die Zahl der insolvenzgefährdeten Industriebetriebe im Südwesten gegenüber 2023 um mehr als die Hälfte.

Bundesweit werden baden-württembergische Unternehmen vergleichsweise selten zahlungsunfähig. Auf 10.000 Unternehmen kamen 2024 in Baden-Württemberg 57,2 Unternehmensinsolvenzen – unter allen Bundesländern war dies die fünftniedrigste Quote. Die mit Abstand geringste Insolvenzhäufigkeit gab es in Thüringen (40,6), gefolgt von Brandenburg (49,4) und Bayern (50,8). Nordrhein-Westfalen war das Flächenland, in dem das Risiko mit 89,1 am höchsten lag, weit über dem gesamtdeutschen Schnitt von 69,8. Die Stadtstaaten führen das Quoten-Ranking traditionell an: In Berlin (127,1), Hamburg (96,2) und Bremen (91,1) ist unter anderem die Branchenstruktur ein Faktor, der diese relativ hohe Anfälligkeit für Firmenpleiten begünstigt.

Bruttolöhne und -gehälter

je Arbeitnehmer/-in in EUR



Datenquellen: Eurostat, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.



Hohes Verdienstniveau in Baden-Württemberg

Für viele Personen sind die Verdienste der wichtigste Teil ihres Einkommens. Die in Baden-Württemberg beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienten im Jahr 2024 im Durchschnitt rund 49.100 Euro. Bundesweit am höchsten waren die gesamtwirtschaftlichen Bruttolöhne und -gehälter bezogen auf die Beschäftigten 2024 in Hamburg (54.900 Euro), gefolgt von Hessen (51.400 Euro) und Berlin (49.300 Euro). Auf Platz 4 folgte der Südwesten. Die geringsten Verdienste wurden in Mecklenburg-Vorpommern (38.600 Euro) und Sachsen-Anhalt (39.000 Euro) gezahlt.

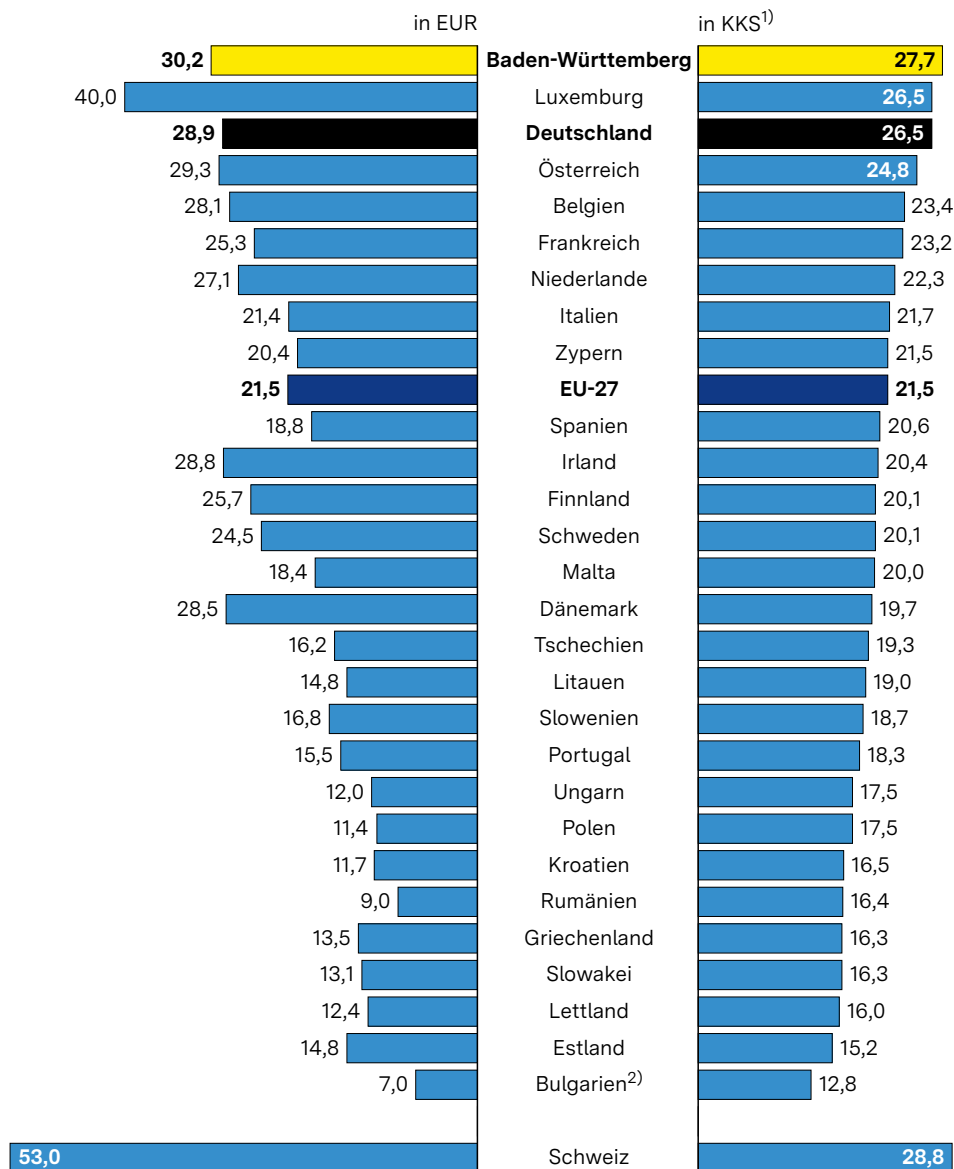
Im europäischen Vergleich lag Baden-Württemberg 2024 mit rund 12.600 Euro über dem EU-27-Durchschnittswert auf Platz 6. Innerhalb der EU-27 reichte die Spannweite der Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter 2024 von lediglich 14.600 Euro in Bulgarien bis zu 72.700 Euro in Luxemburg. Unterschiede bestehen allerdings auch in den Lebenshaltungskosten der einzelnen Länder.

zehn neuen Mitgliedsländern gezahlten Löhne und Gehälter größtenteils einen deutlichen Anstieg. Gleichzeitig liegt das Einkommensniveau für viele Länder auch heute noch um einiges unterhalb des EU-Durchschnitts. Von den im Jahr 2004 neu beigetretenen Mitgliedsländern sind die Pro-Kopf-Bruttolöhne und -gehälter am stärksten in den baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland mit einem im Jahr 2024 im Vergleich zu 2004 rund fünf- bzw. viermal höheren Niveau gestiegen. Für Zypern, welches von den Beitrittsländern im Jahr 2004 die höchsten Bruttolöhne und -gehälter bezogen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufwies, haben sich die Einkommen 2024 im Vergleich zu 2004 um das Eineinhalbfache und damit vergleichsweise geringer erhöht. Ungarn wies im Jahr 2024 von den zehn im Jahr 2004 neu beigetretenen Mitgliedsländern mit rund 18.200 Euro, was der Hälfte des EU-27-Durchschnitts entspricht, die geringsten Bruttolöhne und -gehälter pro Kopf auf, Slowenien und Malta die höchsten.

Seit der Osterweiterung der EU am 1. Mai 2004 verzeichneten die in den

Verfügbares Einkommen

je Einwohner/-in in 1.000



Daten 2023. – 1) Kaufkraftstandards (künstliche Währung, die internationale Preisunterschiede eliminiert). – 2) 2022.

Datenquellen: Eurostat, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, eigene Berechnung.



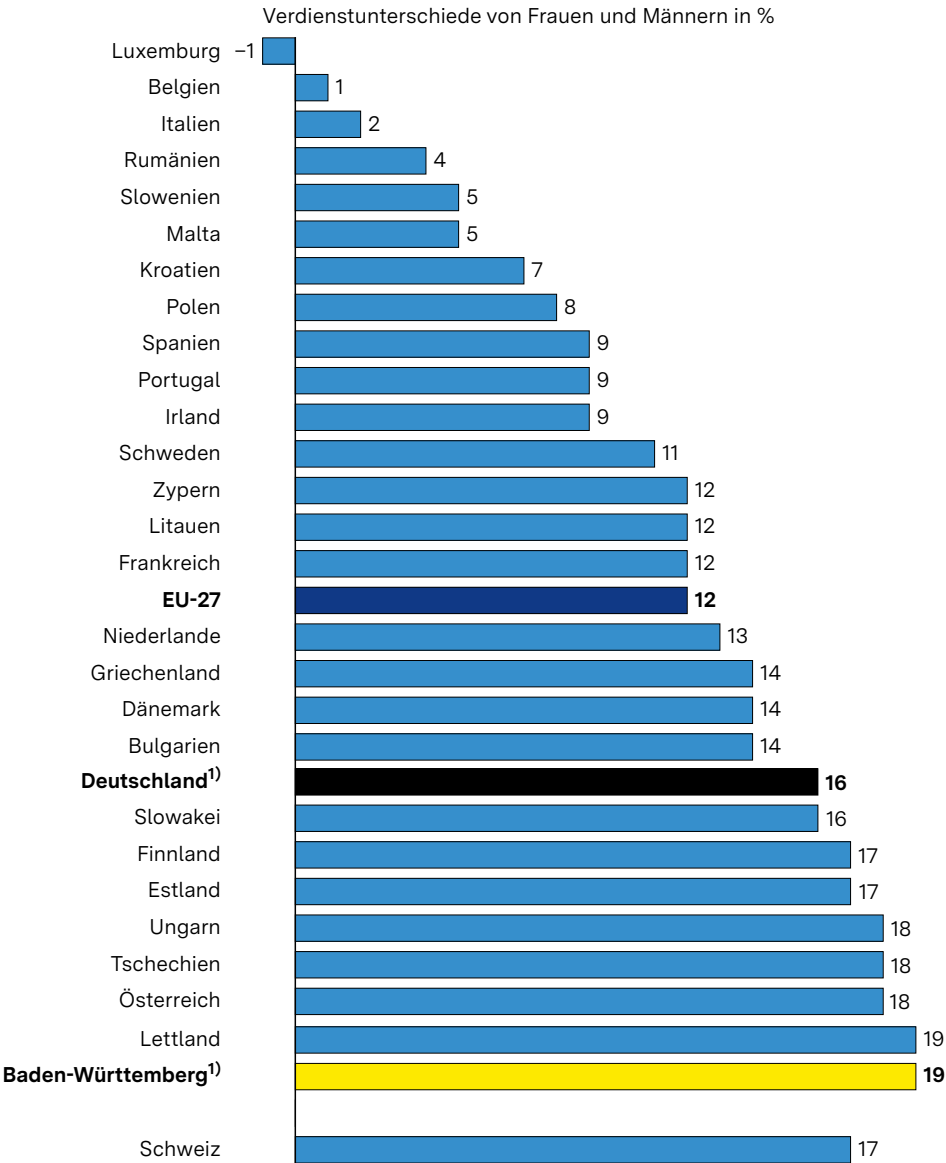
Spitzenplatz beim verfügbaren Einkommen

Das verfügbare Einkommen kann von den privaten Haushalten konsumiert oder gespart werden. Es gilt daher als Indikator für den monetären Wohlstand der Bevölkerung. In Baden-Württemberg lag das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2023 je Einwohnerin bzw. Einwohner nominal bei durchschnittlich rund 30.200 Euro. Nur die Menschen in Bayern wiesen im Bundesländervergleich 2023 mit gut 31.500 Euro ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als im Südwesten auf. Am geringsten war das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte in Sachsen-Anhalt (25.100 Euro), gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (25.300 Euro).

Bei internationalen Einkommensvergleichen ist es sinnvoll, Preisunterschiede in den einzelnen Ländern zu berücksichtigen. Dies geschieht bei der Darstellung in sogenannten Kaufkraftstandards (KKS). Nach Bereinigung des verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens um die unterschiedliche Kaufkraft, reduziert sich das Einkommensgefälle innerhalb der EU merklich. So reichte die Spanne zwischen dem geringsten und höchsten Pro-Kopf-

Einkommen in KKS von 60 % des EU-27-Durchschnitts in Bulgarien bis zu 123 % in Luxemburg und Deutschland. Beim Einkommen in Euro ausgedrückt war sie mit 33 % in Bulgarien bis 186 % in Luxemburg deutlich höher. Mit einem in KKS um 29 % höheren Pro-Kopf-Einkommen als im EU-27-Durchschnitt belegte Baden-Württemberg im EU-Ranking im Jahr 2023 Platz 1. Gleichzeitig ist der Unterschied zwischen KKS- und Euro-Betrachtung im Südwesten weniger ausgeprägt als in vielen anderen Ländern. Vor allem für das Nicht-EU-Land Schweiz sowie für Luxemburg, Dänemark und Irland – also Länder mit einem hohen Preisniveau – ist beim KKS-Pro-Kopf-Einkommen 2023 ein deutlich niedrigerer Wert als beim Einkommen in Euro zu beobachten. Die osteuropäischen Länder verbessern sich hingegen zumeist um einiges bei der KKS-Betrachtung.

Unbereinigter Gender Pay Gap



Daten: 2023. – 1) 2024.
Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.



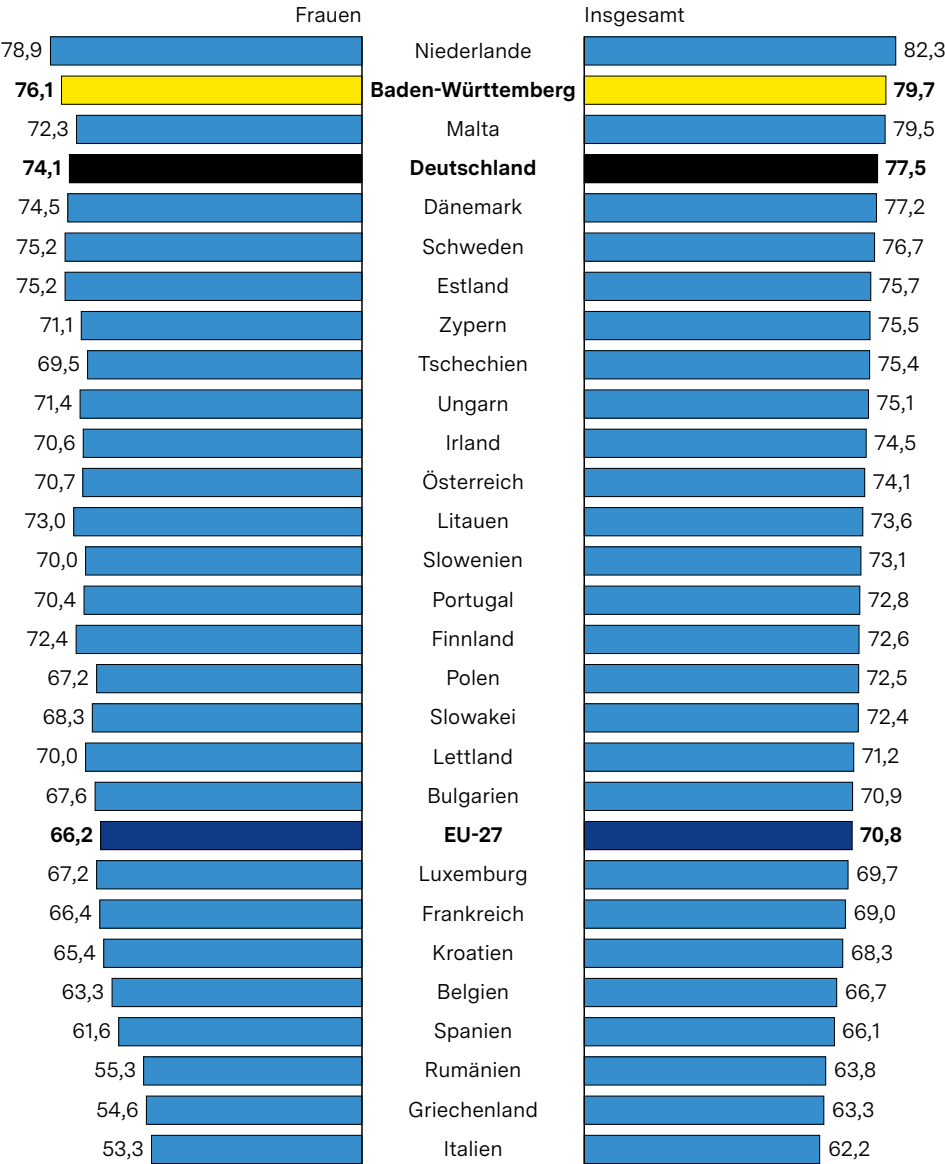
Großes Verdienstgefälle zwischen Frauen und Männern in Baden-Württemberg und Deutschland

Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern sind seit langem ein politisch relevantes Thema. Nach wie vor besteht in den meisten Ländern der Europäischen Union ein beträchtlicher Unterschied im Verdienstniveau zwischen weiblichen und männlichen Erwerbstätigen. Auch in den Bundesländern ist ein großes Verdienstgefälle zwischen Frauen und Männern zu verzeichnen. In Baden-Württemberg verdiente eine erwerbstätige Frau 2024 durchschnittlich 22,80 Euro pro Stunde, während der Bruttostundenverdienst ihrer männlichen Kollegen im Durchschnitt 28,20 Euro betrug. Rechnerisch ergibt sich daraus ein geschlechtsspezifischer Verdienstunterschied – der Gender Pay Gap – von 19 %. Damit wies der Südwesten zusammen mit Hessen (19 %) den größten Verdienstunterschied bundesweit aus, während die Männer deutschlandweit durchschnittlich 16 % mehr als Frauen verdienten. Brandenburg verzeichnete dagegen das niedrigste Verdienstgefälle unter den Bundesländern. Dort verdienten Männer 2024 im Durchschnitt nur 2 % mehr pro Stunde als Frauen.

Für die Mitgliedstaaten der EU liegen Ergebnisse erst für das Jahr 2023 vor. Das Verdienstgefälle variierte zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten der EU ebenfalls stark. EU-weit lag der durchschnittliche Gender Pay Gap 2023 bei 12 %. Luxemburg war dabei das einzige EU-Land, das die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen nicht nur geschlossen hat, sondern das 3. Jahr in Folge sogar ein negatives Gender Pay Gap aufwies. Dort verdienten Frauen 2023 durchschnittlich rund 1 % mehr pro Stunde als Männer. Belgien folgte im EU-Ranking auf Platz 2 mit einem Gender Pay Gap von nur 1 %. Unter den EU-Ländern wies 2023 Lettland mit 19 % den größten Gender Pay Gap aus. Deutschland lag 2023 mit 18 % ebenfalls im unteren Bereich des EU-Rankings, während der Südwesten mit 22 % das Schlusslicht dieses Rankings bilden würde. Im Jahr 2024 ist also für Deutschland und Baden-Württemberg eine Verbesserung zum Vorjahr um 2 bzw. 3 Prozentpunkte zu verzeichnen.

Erwerbstätigenquote

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in %



Daten: 2024.
Datenquelle: Eurostat.



Hohe Erwerbsbeteiligung im Südwesten

Die Erwerbstätigkeit ist ein zentraler Lebenspunkt im Alltag eines Menschen und zugleich Einnahmequelle für den Lebensunterhalt. Der Beruf und die berufliche Stellung geben den Erwerbstätigen eine gesellschaftliche Position und tragen zur Selbstentfaltung bei. Darüber hinaus bedingt die Erwerbstätigkeit aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung auch den finanziellen Wohlstand einer Gesellschaft.

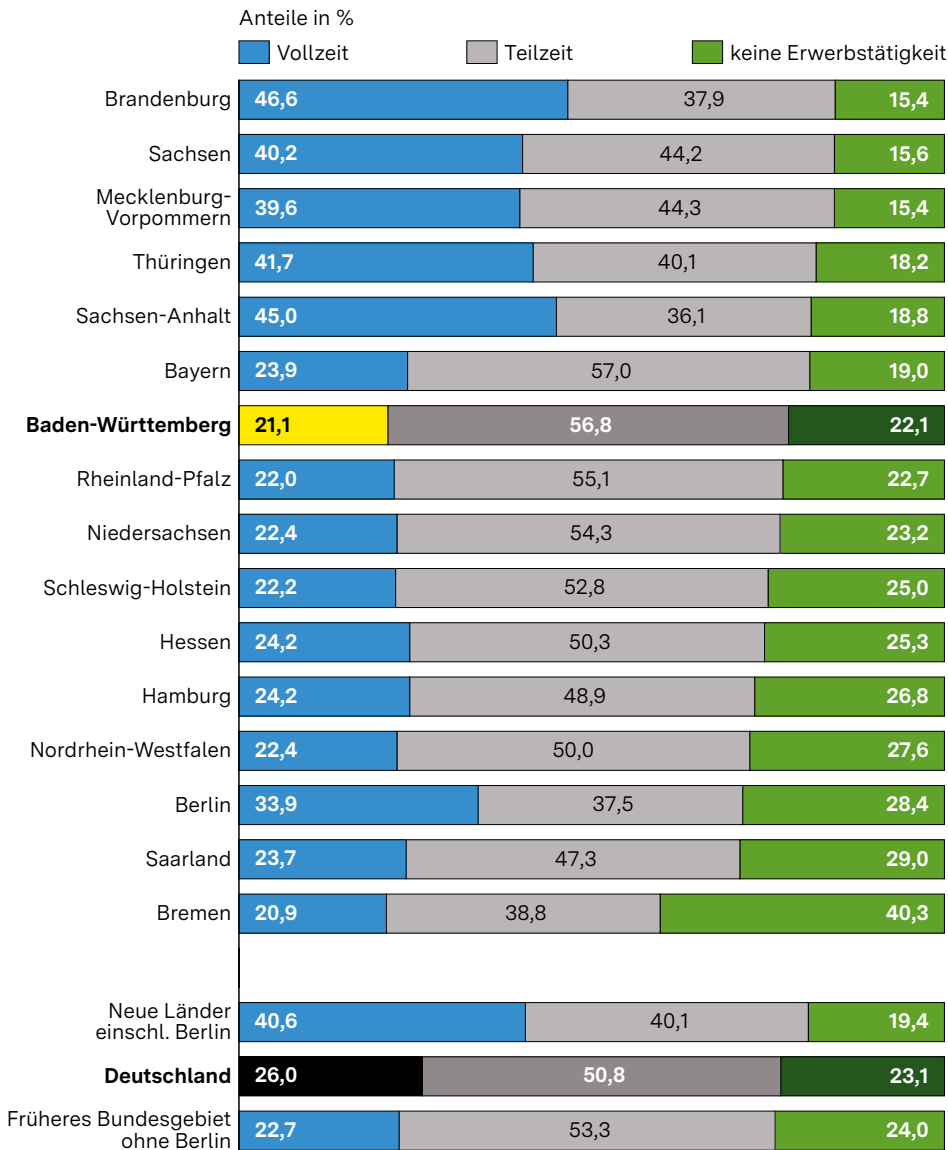
Im Jahr 2024 waren knapp 5,8 Mio. Personen in Baden-Württemberg im Alter von 15 bis unter 65 Jahren erwerbstätig. Gemessen an der Bevölkerung derselben Altersgruppe entsprach dies einer Erwerbstätigenquote von 79,7 %. Gegenüber dem Vorjahr fiel die Quote um 0,3 Prozentpunkte höher aus. In Deutschland insgesamt lag die entsprechende Erwerbstätigenquote mit 77,5 % um 0,2 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Im Durchschnitt der 27 EU-Mitgliedstaaten waren 70,8 % aller Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren erwerbstätig. Gegenüber 2023 erhöhte sich die Quote hier um 0,4 Prozentpunkte.

Im Vergleich der 27 EU-Staaten fiel die Erwerbstätigenquote lediglich in den Niederlanden mit 82,3 % höher als in Baden-Württemberg aus. Malta folgte in diesem Ranking an dritter Stelle (79,5 %). In Italien (62,2 %), Griechenland (63,3 %) und Rumänien (63,8 %) war der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung dagegen am geringsten.

Die EU-weit höchste Erwerbstätigenquote bei den Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren wies 2024 ebenfalls die Niederlande mit 78,9 % aus. Baden-Württemberg belegte auch in diesem Ranking den zweiten Platz (76,1 %), während Deutschland den sechsten Rang (74,1 %) erreichte.

Unter den Bundesländern konnte 2024 nur Bayern (80,7 %) eine höhere Erwerbstätigenquote als Baden-Württemberg aufweisen. Bundesweit wurden die geringsten Anteile der erwerbstätigen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren für die Stadtstaaten Bremen (71,8 %) und Berlin (73,9 %) sowie für das Saarland (74,1 %) ermittelt.

Erwerbstätigkeit von Müttern*)



Daten: Mikrozensus 2024; Abweichungen in den Summen durch Runden von Werten und den Ausschluss von Beobachtungen mit fehlenden Zuweisungen. - *) Mütter mit mindestens einem minderjährigen Kind.
Datenquellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.



Erwerbstätigkeit von Müttern steigt im Südwesten nur moderat

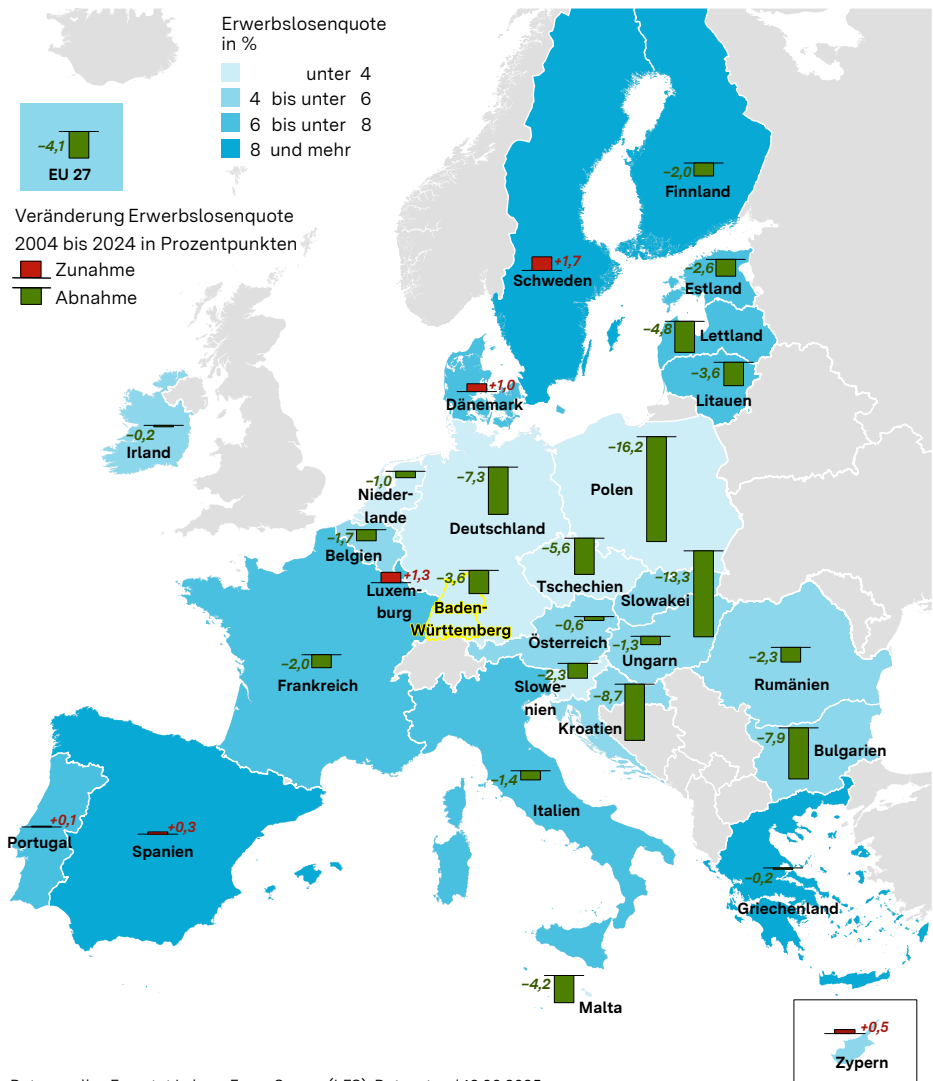
In Baden-Württemberg lebten im Jahr 2024 insgesamt rund 1,1 Mio. Mütter mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren (kurz: Mütter). Gut 866.000 davon waren erwerbstätig. Gegenüber dem Vorjahr (77,7 %) ist ihr Anteil nur marginal um 0,2 Prozentpunkte auf 77,9 % gestiegen. Bundesweit stieg die Erwerbstätigkeit von Müttern im Vergleich zum Vorjahr auf 76,9 % (+0,7 Prozentpunkte). Im Bundesländervergleich 2024 war dabei ein Ost-West-Gefälle augenscheinlich. Brandenburg und Sachsen waren mit einer Erwerbstätigenquote von 84,6 % bzw. 84,4 % die Spitzenreiter, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (83,9 %), Thüringen (81,8 %) und Sachsen-Anhalt (81,2 %). Dabei waren große Unterschiede zwischen den westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern zu beobachten; in den ostdeutschen Bundesländern einschließlich Berlin gingen Mütter mit einem Anteil von 80,7 % deutlich häufiger einer Erwerbstätigkeit nach als im Westen, wo nur gut drei Viertel der Mütter erwerbstätig waren (76,0 %).

während die Vollzeiterwerbstätigenquote gegenüber dem Vorjahr um 0,2 % sank und die Teilzeitquote mit einer Veränderung von 0,8 % anstieg. 2024 ging fast ein Viertel der Mütter (23,1 %) keiner Erwerbstätigkeit nach, im Vorjahr lag diese Quote noch bei 23,8 %.

Baden-Württemberg erreichte mit einer Vollzeiterwerbstätigenquote der Mütter von 21,1 % den vorletzten Platz im nationalen Vergleich, während Brandenburg mit 46,6 % die höchste und Bremen mit 20,9 % die niedrigste Vollzeiterwerbstätigenquote für Mütter aufwiesen. Im Hinblick auf Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland ließ sich beobachten, dass die Vollzeiterwerbstätigenquote in den ostdeutschen Bundesländern einschließlich Berlin 40,6 % betrug, während sie in den westdeutschen Bundesländern nur bei 22,7 % lag. Nach Bayern (57,0 %) konnte Baden-Württemberg 2024 mit 56,8 % deutschlandweit die zweithöchste Teilzeiterwerbstätigenquote bei Müttern vorweisen.

Deutschlandweit arbeiteten mit 50,8 % mehr als die Hälfte der Mütter in Teilzeit,

Erwerbslosenquote



Datenquelle: Eurostat Labour Force Survey (LFS), Datenstand 12.06.2025.
Daten für Baden-Württemberg aus Mikrozensus Erstergebnis 2024. Spanien und Frankreich abweichende Definition.
Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/tps00203>



Rekord-Tiefstand von 5,9 % bei der EU-Erwerbslosenquote 2024

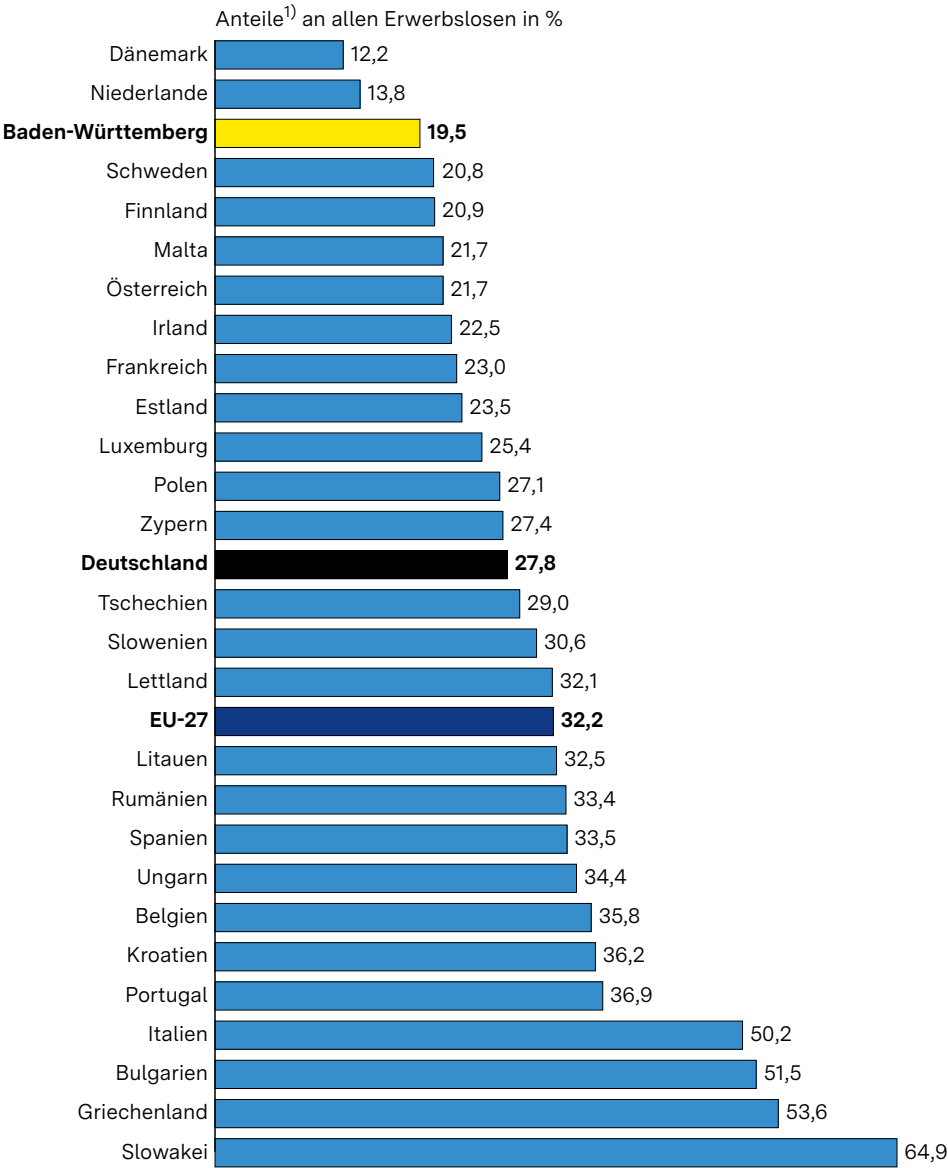
Erwerbslosigkeit ist seit jeher ein großes gesellschaftliches Problem und im Fokus der Wirtschafts- und Sozialpolitik, da Arbeit, neben der Sicherung des Lebensunterhalts, den Menschen auch soziale Anerkennung und persönliche Erfüllung bieten kann. Die Integration in die EU brachte in vielen heutigen Mitgliedstaaten Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt mit sich. Auch während der Wirtschaftskrise 2009 und der Coronapandemie ab 2020 waren Zunahmen bei den Erwerbslosenquoten in fast allen Ländern des europäischen Staatenverbundes zu beobachten.

Seit Beginn der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 ist die Erwerbslosenquote im EU-Durchschnitt von 10,0 % um 4,1 Prozentpunkte auf 5,9 % gesunken. Damit erreichte die Erwerbslosigkeit 2024 einen historischen Tiefstand. Unter den EU-Ländern verlief die Entwicklung recht unterschiedlich, allerdings reduzierte sich die Erwerbslosenquote seit 2004 in 21 Mitgliedstaaten. Die niedrigste Erwerbslosenquote innerhalb der EU verzeichnete 2024 Tschechien mit 2,6 %. Hier ist die Quote seit 2004 um 5,6 Prozentpunkte

gesunken. Die zweitniedrigste Erwerbslosenquote konnte Polen mit 2,9 % vorweisen, wobei dort mit einem Minus von 16,2 % zudem der stärkste Rückgang innerhalb der letzten zwei Dekaden zu beobachten war. Auch in der Slowakei verringerte sich die Quote um 13,3 Prozentpunkte auf nunmehr 5,6 %. In Baden-Württemberg hat sich die Erwerbslosenquote 2024 im gleichen Zeitraum von 6,6 % auf 3,0 % mehr als halbiert. Malta reihte sich mit 3,1 % vor Deutschland mit 3,4 % auf Platz 3 ein. Darüber hinaus ist die Erwerbslosenquote deutschlandweit seit 2004 um 7,3 Prozentpunkte bzw. zwei Drittel (68,2 %) gesunken.

In sechs Ländern sind die Erwerbslosenquoten seit 2004 leicht gestiegen. In Schweden, Luxemburg und Dänemark lagen die Zuwächse zwischen 1,7 und 1,0 Prozentpunkten. In Zypern, Spanien und Portugal betrug das Plus zwischen 0,1 und 0,5 Prozentpunkten und fiel damit noch moderater aus. Spanien verzeichnete überdies im Jahr 2024 mit 11,4 % die höchste Erwerbslosenquote innerhalb der EU. Auch in Griechenland lag die Quote mit 10,1 % im zweistelligen Bereich.

Langzeiterwerbslosigkeit



Daten: 2024. – 1) Bezogen jeweils auf die Altersgruppe der 15- bis unter 75-Jährigen.
Datenquelle: Eurostat.



Rekordtief bei Langzeiterwerbslosen 2024: 32 % aller Erwerbslosen in der EU länger als ein Jahr ohne Arbeit

Eine der Hauptursachen von Armut ist die Langzeiterwerbslosigkeit, die besteht, sobald Personen ein Jahr oder länger ohne Arbeit sind. Ein arbeits- und sozialpolitisches Ziel ist es daher, den Betroffenen die Wiedereingliederung ins Erwerbsleben zu ermöglichen oder dem Zustand gar vorzubeugen. Innerhalb der EU obliegt diese Aufgabe zwar in erster Linie den einzelnen Mitgliedstaaten. Allerdings unterstützt die Europäische Union mit Strategien und Monitoring aktiv dabei, die Arbeitslosigkeit im Staatenverbund zu verringern und Arbeitsplätze zu schaffen.

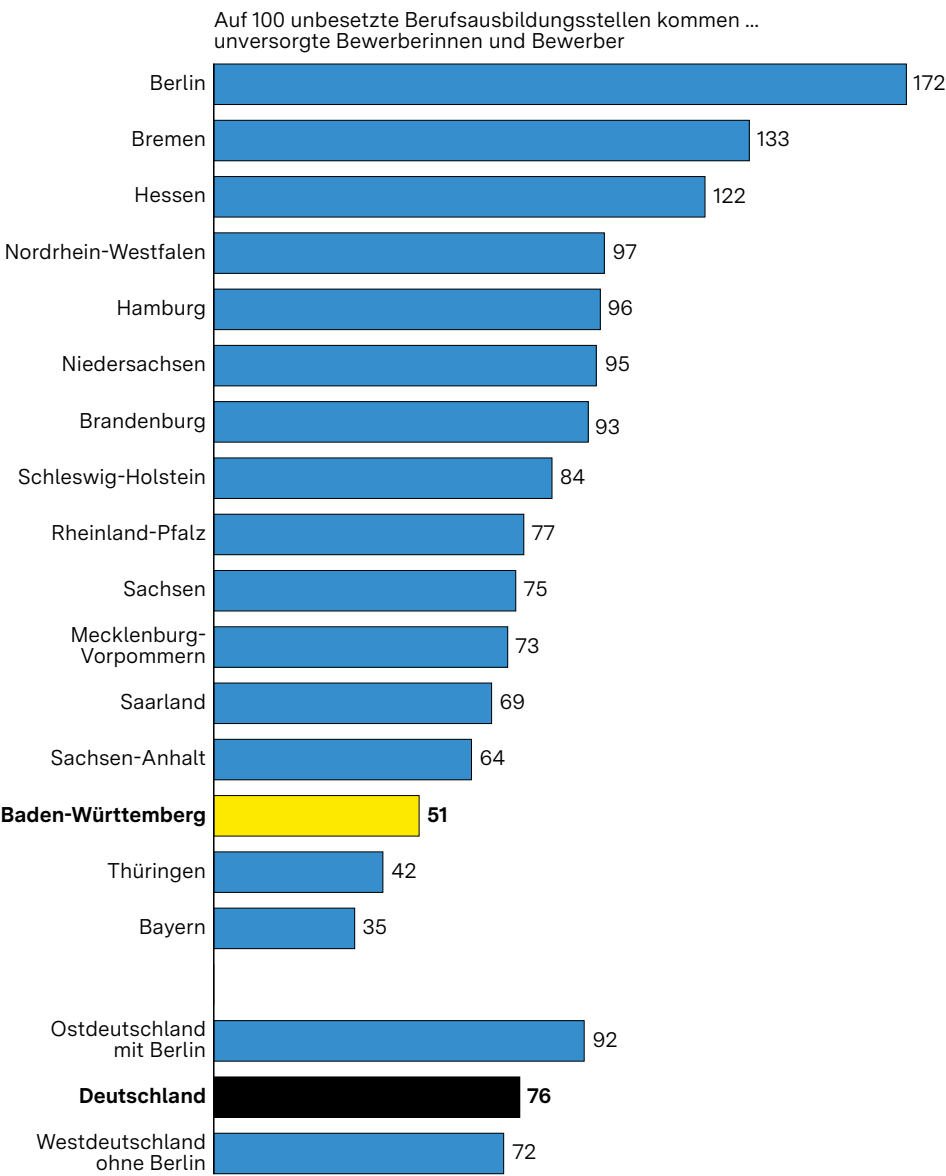
2024 sank die Zahl der Langzeiterwerbslosen in der EU zum Vorjahr auf 4,2 Mio. (–9,0 %). Dies war der dritte Vorjahresrückgang in Folge auf den bis dato tiefsten erhobenen Wert. Gleiches gilt für die Langzeiterwerbslosenquote, die zum Vorjahr weiter gefallen ist, um 2,8 Prozentpunkte auf 32,2 %. Demzufolge war EU-weit fast ein Drittel aller Erwerbslosen ein Jahr oder länger ohne Job. Gegenüber der Quote von 2004 (46,3 %), dem Jahr der größten EU-Erweiterung, hat sich diese in Bezug auf die heutigen

27 EU-Staaten sogar um fast ein Drittel verringert.

Eine relative Erhöhung der Langzeiterwerbslosigkeit in Prozentpunkten zum Vorjahr gab es 2024 laut EU-Arbeitskräfteerhebung in fünf Mitgliedstaaten zu beobachten: Neben den 2004 beigetretenen EU-Ländern Lettland (+4,5), Estland (+2,7) und Polen (+0,3) sowie dem zuletzt hinzugekommenen Kroatien (+2,4) war dies auch in Dänemark (+1,5) der Fall. In Baden-Württemberg und Deutschland reduzierte sich der Anteil der Langzeiterwerbslosen an allen Erwerbslosen auf 19,5 % bzw. 27,8 % (–5,7 bzw. –3,3).

Im EU-Ranking landete die Bundesrepublik damit 2024 im Mittelfeld auf Platz 14, etwas unter dem EU-Schnitt von 32,2 %. Nach Dänemark (12,2 %) auf Platz 1 stünde Baden-Württemberg zwischen den Niederlanden (13,8 %) und Schweden (20,8 %) auf den Plätzen 2 und 3 recht gut da. Mit einer Quote von 64,9 % war die Slowakei auch 2024 wieder am stärksten von Langzeiterwerbslosigkeit betroffen.

Bewerber-Stellen-Relation



Daten: Oktober 2024 bis August 2025.
Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit.



Mehr Bewerberinnen und Bewerber, aber weniger Ausbildungsstellen

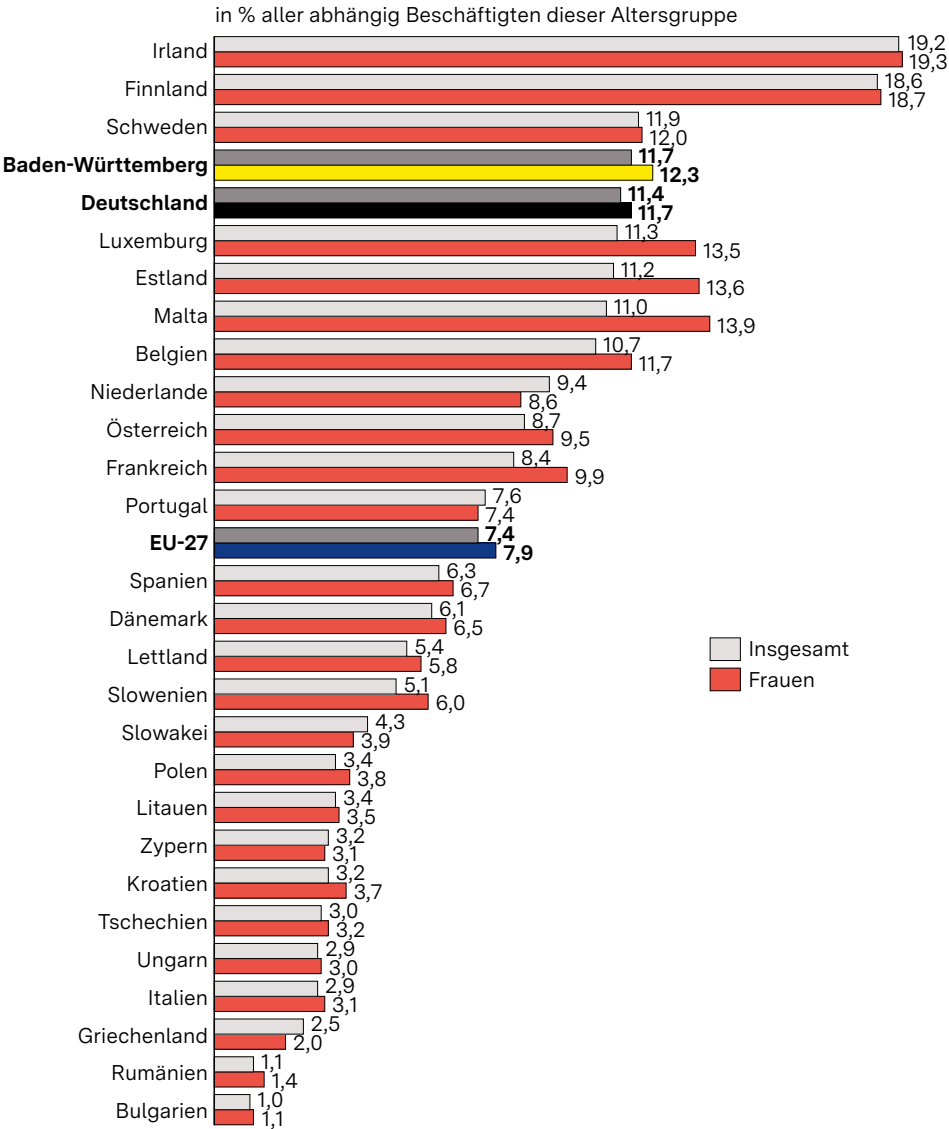
Der Arbeitskräftemangel betrifft auch weiterhin den Ausbildungsmarkt. Die Chancen für Suchende, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, standen 2025 günstiger, während Unternehmen bei der Stellenbesetzung weiterhin mit enormen Schwierigkeiten kämpften.

Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber, die für den Herbst 2025 eine Ausbildung in Baden-Württemberg anstrebten und sich im Zeitraum von Oktober 2024 bis August 2025 bei der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter gemeldet haben, ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rund 900 bzw. 1,7 % gestiegen. Die Zahl der angebotenen Berufsausbildungsstellen ist dagegen um fast 3.800 bzw. 5,0 % stärker zurückgegangen. Im Südwesten standen den 21.100 unbesetzten Ausbildungsstellen 10.800 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber gegenüber. Damit kamen auf 100 unbesetzte Berufsausbildungsstellen 51 unversorgte Ausbildungssuchende. Gegenüber August 2024 stellte sich die Bewerber-Stellen-Relation (34) für die Betriebe etwas günstiger dar.

Auch deutschlandweit ist die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um 12.100 bzw. 2,9 % gestiegen, wohingegen das Angebot der Berufsausbildungsstellen um 25.400 bzw. 5,1 % gesunken ist. Bundesweit lag die Relation bei 76 unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern je 100 unbesetzten Berufsausbildungsstellen. In Berlin, Bremen und Hessen gestaltete sich die Ausbildungssuche mit jeweils 172, 133 und 122 unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern je 100 unbesetzten Berufsausbildungsstellen für die jungen Menschen schwieriger.

Das Angebots-Nachfrage-Verhältnis der Anzahl von Bewerbenden je 100 verfügbaren Ausbildungsstellen war in Baden-Württemberg mit 74 deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt (91). In Berlin (161), Hessen (113) und Nordrhein-Westfalen (108) gab es mehr Bewerbende als verfügbare Ausbildungsplätze. Unterschiede zeigten sich zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern, sowohl in der Bewerber-Stellen-Relation (Ost mit Berlin: 92, West: 72), als auch im Angebots-Nachfrage-Verhältnis (Ost mit Berlin: 101, West: 89).

Abhängig Beschäftigte im Alter von 15 bis 64 Jahren, die regelmäßig*) von zu Hause arbeiten



Daten: 2024. – *) An mindestens der Hälfte der Arbeitstage in den letzten vier Wochen vor der Befragung.
Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.



Fast jeder neunte Beschäftigte in Baden-Württemberg arbeitete auch 2024 noch regelmäßig im Homeoffice

Inmitten der Coronapandemie war „Homeoffice“ zu einem festen Bestandteil des Arbeitsalltags geworden. Trotz nachlassender Tendenz wird die Möglichkeit, von zu Hause zu arbeiten, auch Jahre später noch immer stärker in Anspruch genommen als vor Corona.

Laut EU-Arbeitskräfteerhebung verbrachte ein Fünftel der 15- bis unter 65-jährigen abhängig Beschäftigten in der Europäischen Union 2024 wöchentlich mindestens einen Arbeitstag im Homeoffice (20,4 %). Darunter nutzten 7,4 % die Option regelmäßig, das heißt an der Hälfte der Arbeitstage oder darüber hinaus. Zum Vorjahr zeigte sich der Anteil jener, die regelmäßig von zu Hause arbeiteten, unverändert, nachdem er 2022 auf 8,6 % gefallen war. Vor der Coronapandemie hatte die EU-weite Quote im Jahr 2019 sogar nur 3,2 % betragen.

In Baden-Württemberg lag die Quote der abhängig Beschäftigten im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die regelmäßig in den eigenen vier Wänden arbeiteten, 2024 mit 11,7 % gut vier Prozentpunkte

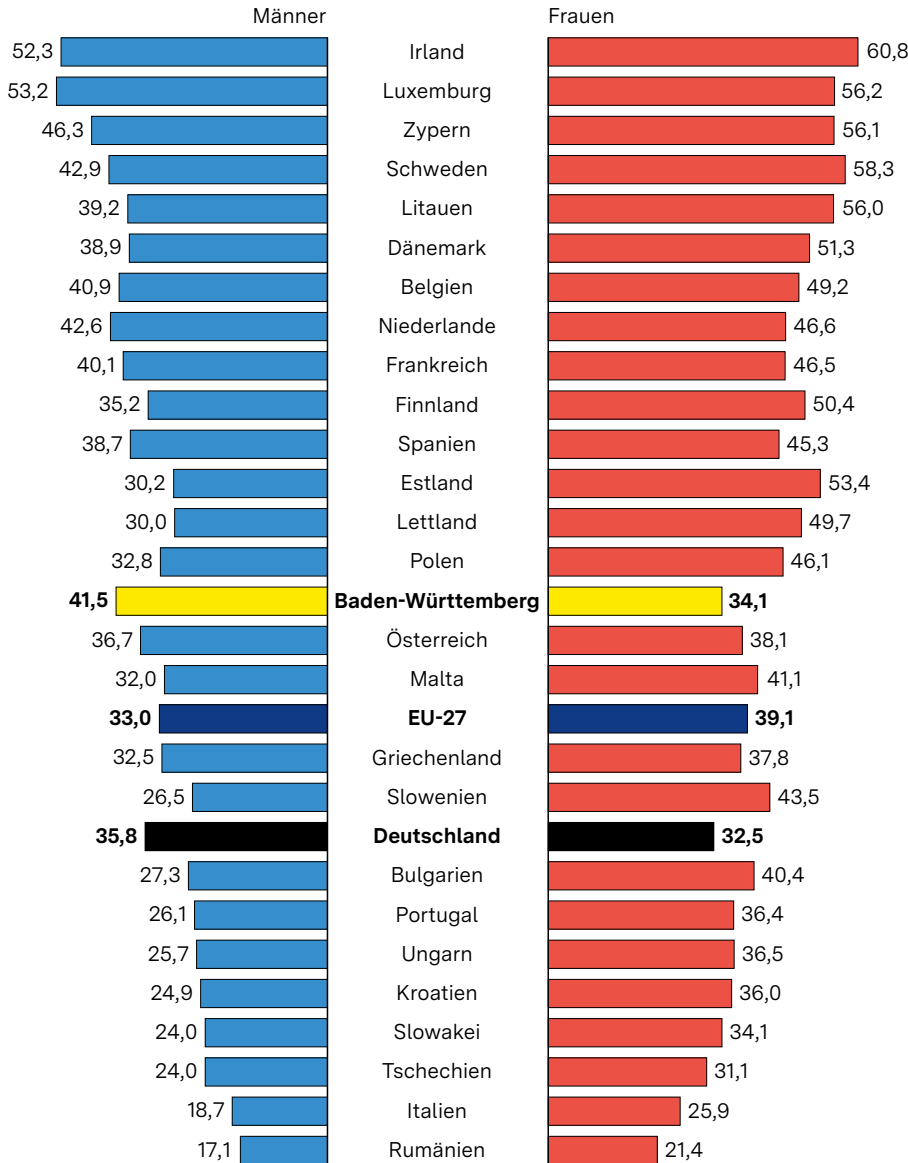
über dem EU-Wert und etwas über dem Bundesdurchschnitt von 11,4 %.

Irland und Finnland rangierten 2024 bei der regelmäßigen Homeoffice-Nutzung mit Quoten von 19,2 % bzw. 18,6 % auf den zwei vordersten Plätzen im EU-Ranking. Schweden (11,9 %) folgte mit Abstand auf Platz 3, knapp vor Baden-Württemberg und Deutschland. Am anderen Ende des Spektrums wurde regelmäßiges Homeoffice von abhängig Beschäftigten in den jüngeren Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien bei Quoten um 1 % kaum genutzt.

In den 27 Mitgliedstaaten arbeiteten die weiblichen Beschäftigten bei einem Anteil von 7,9 % im Jahr 2024 durchschnittlich öfter regelmäßig von zu Hause als die männlichen (6,9 %). Einzig in Zypern, Portugal, der Slowakei, Griechenland und den Niederlanden hatten männliche Beschäftigte höhere Homeoffice-Anteile. Das größte Geschlechtergefälle gab es im baltischen Staat Estland: Dort befanden sich nur 8,6 % der Männer, aber 13,6 % der Frauen mindestens die Hälfte ihrer Arbeitszeit im Homeoffice.

Hochqualifizierte

Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren mit einem Hochschulabschluss in %



Daten: 2024.
Datenquelle: Eurostat.



Mehr hochqualifizierte Frauen als Männer in der EU

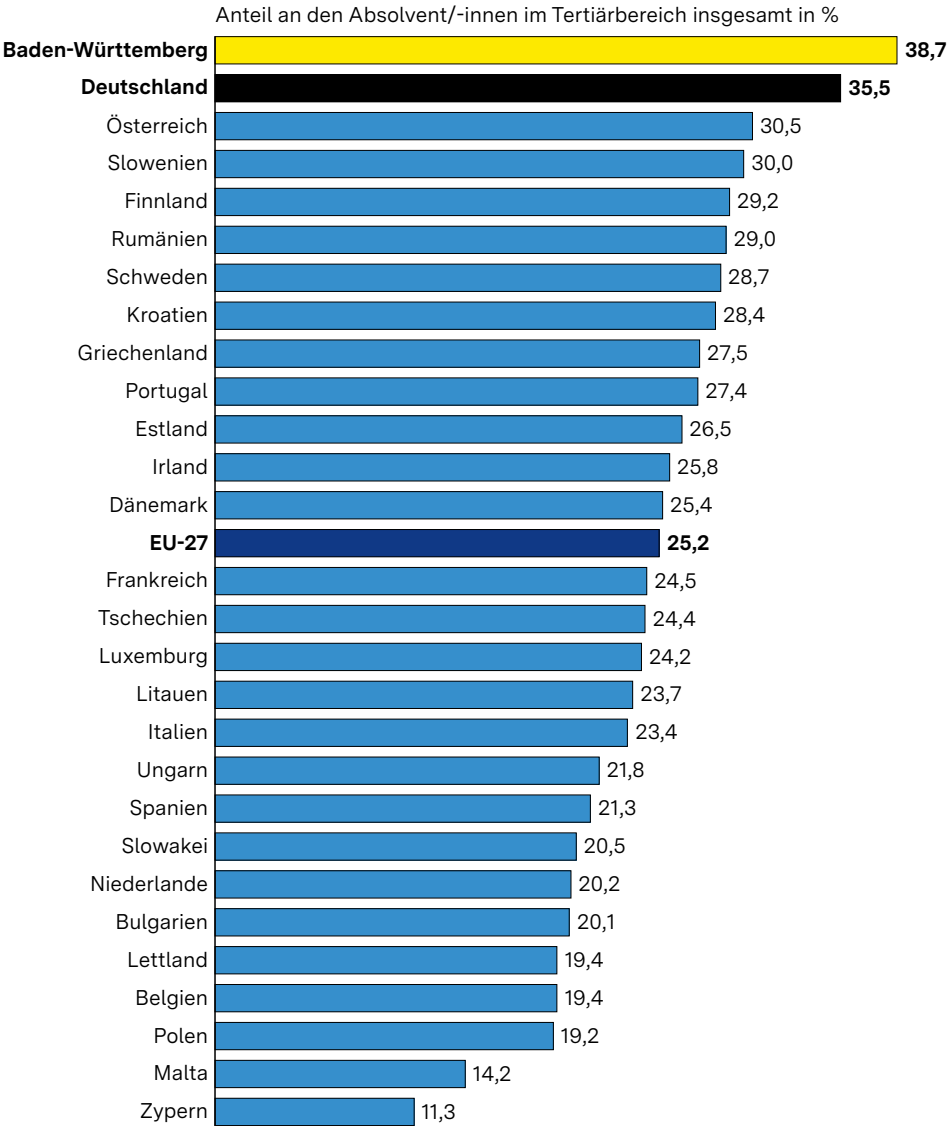
Ein hoher Bildungsstand ist nicht nur ein wichtiger Faktor für den individuellen beruflichen Erfolg eines Menschen, sondern stärkt auch die Innovationskraft einer Volkswirtschaft und ist ein Schlüsselfaktor für wirtschaftliches Wachstum. Im Jahr 2024 besaßen in Baden-Württemberg rund 38 % der Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren einen tertiären Bildungsabschluss und waren somit hochqualifiziert. Damit lag der Südwesten über dem bundesweiten Durchschnitt von 34 %. Den höchsten Anteil unter den Bundesländern wies Berlin mit 45 % auf, während Sachsen mit 26 % das Schlusslicht bildete.

Der Anteil der Personen mit tertiärem Bildungsabschluss ist in den letzten Jahren in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union deutlich gestiegen. Im Jahr 2024 waren rund 36 % der EU-Bevölkerung hochqualifiziert. Vor 20 Jahren lag dieser Anteil bei gerade einmal 21 %. In Deutschland ist der Anteil in diesem Zeitraum um gut 9 Prozentpunkte gestiegen, in Baden-Württemberg sogar um knapp 12 Prozentpunkte. Den EU-weit höchsten Anteil an Hochqualifizierten wies 2024

Irland mit knapp 57 % auf, gefolgt von Luxemburg mit 55 %. Während der Südwesten im Mittelfeld lag und Deutschland im unteren Drittel des EU-Rankings positioniert war, schloss Rumänien mit 19 % dieses Ranking ab.

Der Anteil der Frauen mit einem tertiären Bildungsabschluss ist in den letzten zwei Dekaden in allen EU-Mitgliedstaaten ebenso deutlich gestiegen. So war 2024 der Anteil der hochqualifizierten Frauen in allen EU-Ländern, mit Ausnahme von Deutschland, höher als der entsprechende Anteil der Männer. Im EU-Durchschnitt lag der Anteil der Frauen 2024 um 6 Prozentpunkte über dem der männlichen Bevölkerung. Den höchsten Bildungsvorsprung verzeichneten Frauen in Estland: Dort war der Anteil der hochqualifizierten Frauen 23,2 Prozentpunkte höher als der Anteil der männlichen Kollegen. Im Gegensatz dazu übertraf in Deutschland die Quote der hochqualifizierten Männer die der Frauen um 3 Prozentpunkte.

Absolventinnen und Absolventen im Tertiärbereich in MINT*)-Fächern



Daten: 2023. – *) Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik.
Datenquellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.



Baden-Württemberg bei MINT-Abschlüssen auf Spitzenplatz

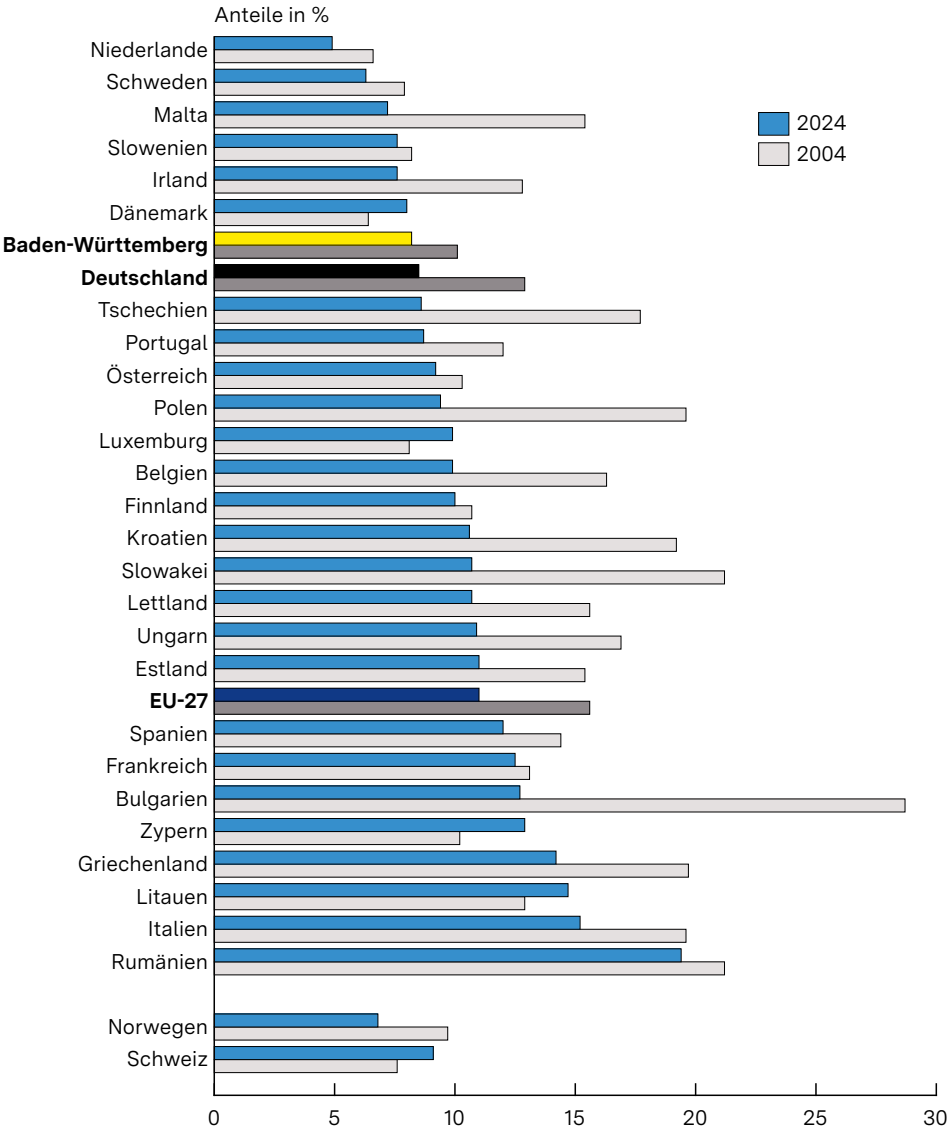
Baden-Württemberg gilt als einer der führenden Innovationsstandorte Europas. Diese Position ist nur mit hochqualifizierten Fachkräften zu halten. Absolventinnen und Absolventen von MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) sind gefragte Expertinnen und Experten, um den globalen technologischen Wandel erfolgreich zu gestalten.

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Studienabschlüsse oder Abschlüsse in berufsorientierten Bildungsgängen in allen Fächern in Deutschland zurückgegangen. Dies betraf auch die MINT-Fächer. 2023 erhielten bundesweit knapp 223.600 Personen einen hochqualifizierten Abschluss im MINT-Bereich, 2,3 % weniger als im Vorjahr. In Baden-Württemberg fiel der Rückgang mit 4,3 % noch deutlicher aus: Hier schlossen 2023 nur noch annähernd 39.100 Männer und Frauen ihren tertiären Bildungsgang in einem mathematisch-technischen oder naturwissenschaftlichen Fach ab. Im Vorjahr waren es im Südwesten noch über 40.800 MINT-Absolventinnen und -Absolventen.

Im europäischen Vergleich lagen Baden-Württemberg und Deutschland bei den Anteilen der MINT-Absolventinnen und -Absolventen an der Gesamtzahl der hochqualifizierten Abschlüsse mit 39 % bzw. 36 % an der Spitze. Am unteren Ende der Skala rangierten Zypern (11 %) und Malta (14 %).

Mit der Landesinitiative „Frauen in MINT-Berufen“ soll die Zahl der Frauen mit MINT-Abschlüssen gesteigert werden. Weiterhin entschieden sich weniger Frauen als Männer für eine Ausbildung in diesem Bereich. Insgesamt erreichten gut 22 % aller Absolventinnen in Baden-Württemberg ihren Abschluss in einem MINT-Fach. Damit lag der Südwesten im Ländervergleich hinter Bremen und Bayern (Bundesdurchschnitt 19 %) an dritter Stelle. Bei den baden-württembergischen Männern war der Anteil mit 55 % immer noch wesentlich höher.

Junge Erwachsene*), die weder in Aus- oder Weiterbildung noch erwerbstätig sind



*) im Alter von 15 bis unter 29 Jahren.
Datenquelle: Eurostat.



Deutlicher Rückgang bei der NEET-Quote innerhalb der EU im 20-Jahresvergleich

2024 waren 11 % der jungen Menschen im Alter von 15 bis unter 29 Jahren in der EU weder erwerbstätig noch befanden sie sich in einer Ausbildung oder Lehre (NEET – Not in Education, Employment, or Training). Dies entsprach im 20-Jahresvergleich einem Rückgang von 4,6 Prozentpunkten. Mit Ausnahme der Krisenjahre 2009, 2012 und dem Pandemiejahr 2020 war die NEET-Rate überwiegend rückläufig, sodass sich der Berufseinstieg für junge Menschen im Laufe der Zeit in den meisten EU-Staaten verbessert hat.

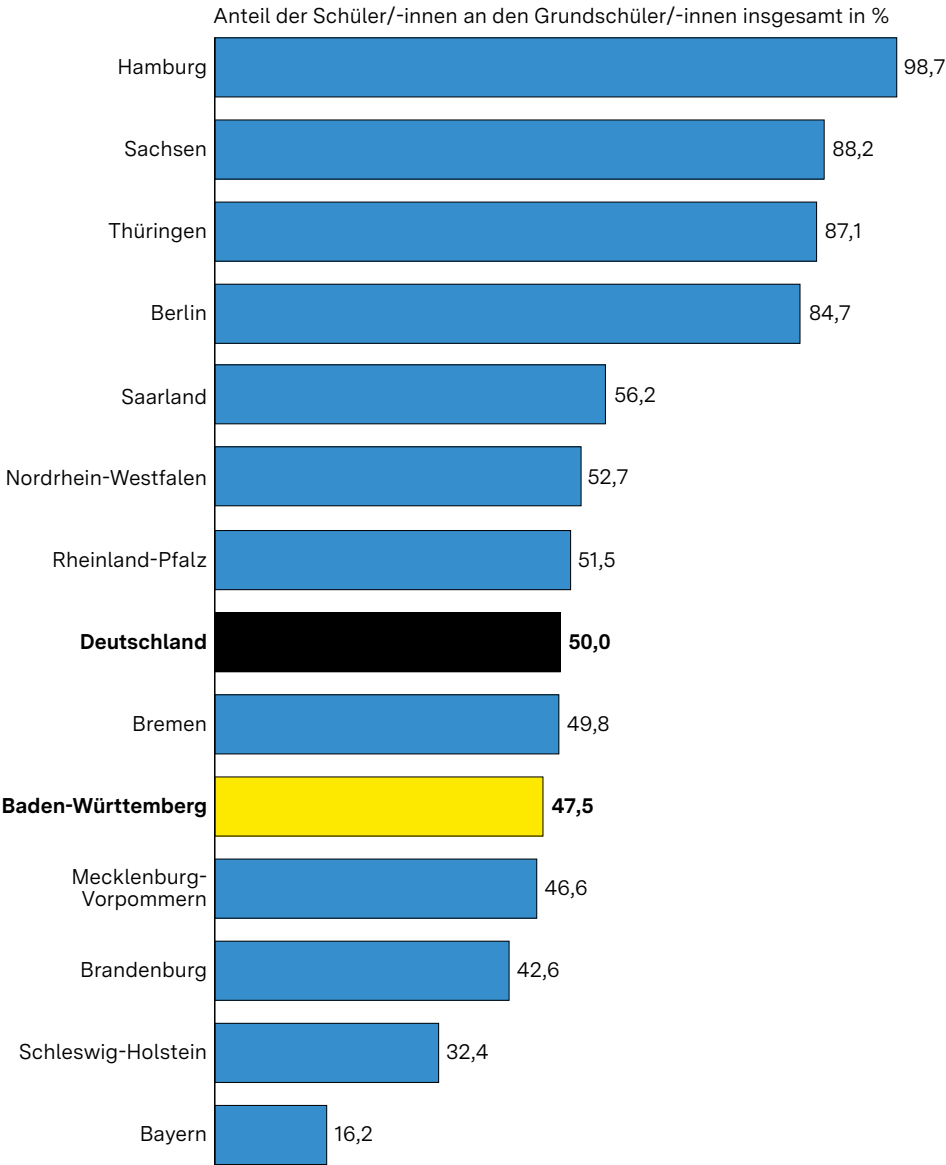
Die Niederlande verzeichneten mit 4,9 % den niedrigsten Wert innerhalb der EU, gefolgt von Schweden (6,3 %), Malta (7,2 %), Slowenien und Irland mit jeweils 7,6 %. Baden-Württemberg reihte sich mit 8,2 % hinter Dänemark (8,0 %) auf Platz 7 ein. Rumänien zählte mit einer Quote von 19,4 % zu den Ländern mit dem höchsten NEET-Anteil in der EU. Auch in Italien (15,2 %), Litauen (14,7 %) und Griechenland (14,2 %) schien der Berufseinstieg für junge Menschen beschwerlich.

Am stärksten gesunken ist die NEET-Rate mit einem Minus von 16 Prozentpunkten

innerhalb der letzten 20 Jahre in Bulgarien. Ebenfalls zweistellig fielen die Rückgänge mit rund 10 Prozentpunkten in der Slowakei und in Polen aus. Auch in Tschechien und Kroatien verbesserten sich die Berufsaussichten für junge Menschen überdurchschnittlich.

In 22 Mitgliedstaaten überstiegen die NEET-Raten der Frauen jene der Männer. Im EU-Durchschnitt lag die NEET-Rate der jungen Männer bei 10,0 %, die der Frauen bei 12,1 %. In Rumänien gehörte sogar jede vierte junge Frau zur NEET-Gruppe, wobei die entsprechende Quote dort um 11,2 Prozentpunkte höher lag als bei den Männern. Mit 9,8 Prozentpunkten war das Gefälle in Tschechien ebenfalls sehr hoch. In Baden-Württemberg zählten 9,7 % der jungen Frauen zur Gruppe der NEETs (Männer: 6,7 %). In Estland, Finnland, Belgien und Schweden lagen die NEET-Anteile junger Frauen zwischen 2,2 und 0,5 Prozentpunkten niedriger.

Ganztagsgrundschule



Daten: 2023, für Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt: keine Daten.
Datenquelle: Kultusministerkonferenz.



Zahl der Ganztagsgrundschulen steigt langsam

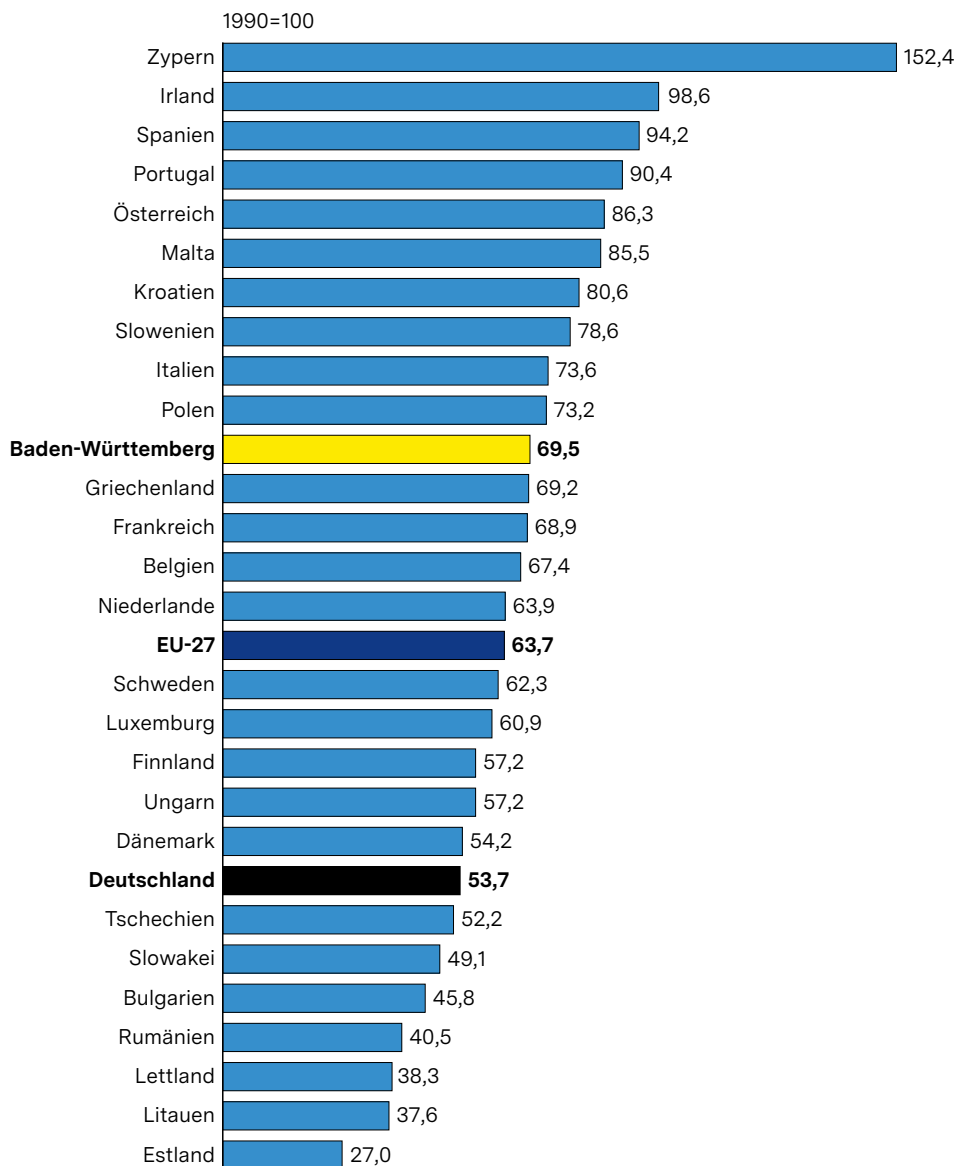
Wenn Kinder in die Schule kommen, beginnt ein neuer Lebensabschnitt, der große Veränderungen für sie und für ihre Eltern mit sich bringt. Ein verlässliches ganztägiges Betreuungssystem bietet für viele Grundschulkinder verbesserte Bildungs- und Teilhabechancen und kann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich machen. Ab dem Schuljahr 2026/27 greift bundesweit stufenweise der Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung für Grundschulkinder. In einigen Bundesländern wie Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen besteht dieser Rechtsanspruch bereits. Andere wie Berlin oder Hamburg haben flächendeckend Ganztagsgrundschulen umgesetzt.

Im Jahr 2023 gab es in Baden-Württemberg 651 Grundschulen mit dem Konzept einer Ganztagsschule. Dies entsprach einem Anteil von 29,5 %. Im Jahr 2022 waren es noch 634 (28,8 %) Schulen. Insgesamt besuchten 2023 im Südwesten über 168.000 Grundschulkinder eine Ganztagsschule, ihr Anteil an allen Grundschülerinnen und -schülern betrug 47,5 %. Im Ländervergleich lag der Süd-

westen damit unter dem Durchschnitt aller Bundesländer (50,0 %). Neben den Stadtstaaten Hamburg und Berlin nahmen vor allem Grundschulkinder in den Ländern Sachsen und Thüringen mit 88,2 % und 87,1 % dieses Betreuungskonzept in Anspruch. Schlusslicht bildete Bayern mit einem Anteil von nur 16,2 %.

Der Nachholbedarf bei der Kinderbetreuung ist in vielen Bereichen groß. Insbesondere bei der Ganztagsgrundschule benötigt es im Südwesten von Deutschland noch große Anstrengungen um den Rechtsanspruch zu erfüllen.

Treibhausgasemissionen



Daten: 2023, ohne LULUCF.

Datenquellen: European Environment Agency (EEA), Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

439 25



Klimabilanz 2023: Treibhausgasausstoß auf dem niedrigsten Stand seit 1990

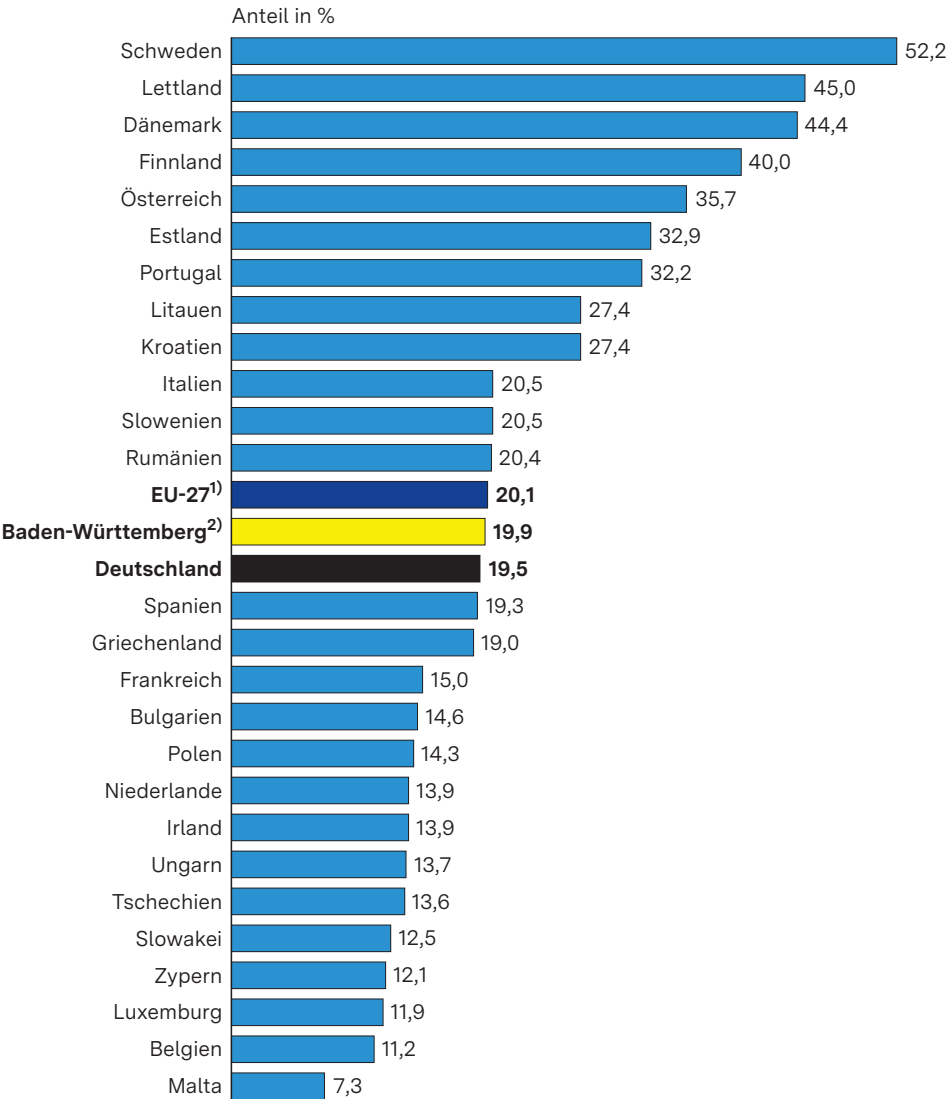
Im Jahr 2023 wurden in Baden-Württemberg 63,4 Mio. Tonnen Treibhausgase ausgestoßen. Nach einem leichten Rückgang im Jahr 2022 sind die Emissionen erstmals wieder deutlich gesunken. Gegenüber dem Vorjahr gingen die Emissionen um 12,3 % zurück. Damit ist der Treibhausgasausstoß in Baden-Württemberg auf den niedrigsten Stand seit 1990 gefallen. Hauptgründe dafür waren der wachsende Anteil erneuerbarer Energien, die rückläufige Stromerzeugung aus Steinkohle sowie konjunkturbedingte Produktionsrückgänge in den energieintensiven Industriebranchen.

Auch in der EU-27 sanken die Emissionen auf ein Rekordtief. Im Vergleich zum Vorjahr 2022 lag die Minderung bei 8 %. Estland und Bulgarien verzeichneten mit Rückgängen von 23,2 % bzw. 22,4 % die stärksten Reduktionen. In Lettland und Malta waren die Rückgänge mit 1,4 % bzw. 0,6 % nur geringfügig. In Kroatien wurde hingegen ein Anstieg der Emissionen um 3,7 % verzeichnet. Deutschland lag mit einem Rückgang von 10,3 % über dem EU-Durchschnitt.

Langfristig betrachtet sanken die Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg im Vergleich zum internationalen Referenzjahr 1990 um 30,5 %. EU-weit gingen die Emissionen seitdem um 36,3 % zurück. Deutschland, das mit einem Anteil von 22 % der größte Emittent innerhalb der EU-27 ist, verzeichnete einen Rückgang um 46,3 %. Die zweit- und drittgrößten Emittenten, Italien und Frankreich, reduzierten ihre Emissionen um 26,4 % bzw. 31,1 %. Zypern hingegen zeigt als einziges Land einen gegenläufigen Trend: Dort stiegen die Emissionen gegenüber 1990 um 52,4 %.

Bezogen auf das jeweilige Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Mitgliedstaaten, stoßen Bulgarien und Polen mit 479 t bzw. 463 t am meisten Klimagase pro Mio. EUR aus. Schweden verursacht mit 83 t am wenigsten Emissionen pro BIP-Einheit. Baden-Württemberg landet im Ranking mit 100 t pro Mio. EUR BIP im unteren Bereich und liegt deutlich unter dem Wert des Bundes von 159 t pro Mio. EUR und dem EU-Durchschnitt von 180 t.

Primärenergieverbrauch erneuerbarer Energieträger*)



Daten: 2023. – *) Die Anteile für die EU-Mitgliedstaaten basieren auf dem Bruttoinlandsenergieverbrauch („Gross Inland Consumption“) nach Eurostat. Für Deutschland wird der Primärenergieverbrauch gemäß der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) und für Baden-Württemberg wird der Primärenergieverbrauch gemäß des Länderarbeitskreises Energiebilanzen (LAK) herangezogen. Unterschiede in der Methodik können zu leichten Abweichungen führen. – 1) Der EU-Durchschnitt zeigt den Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Energieverbrauch der EU. – 2) Vorläufige Ergebnisse.

Datenquellen: Eurostat, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., Energiebilanz für Baden-Württemberg.



Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch in Baden-Württemberg bei knapp 20 %

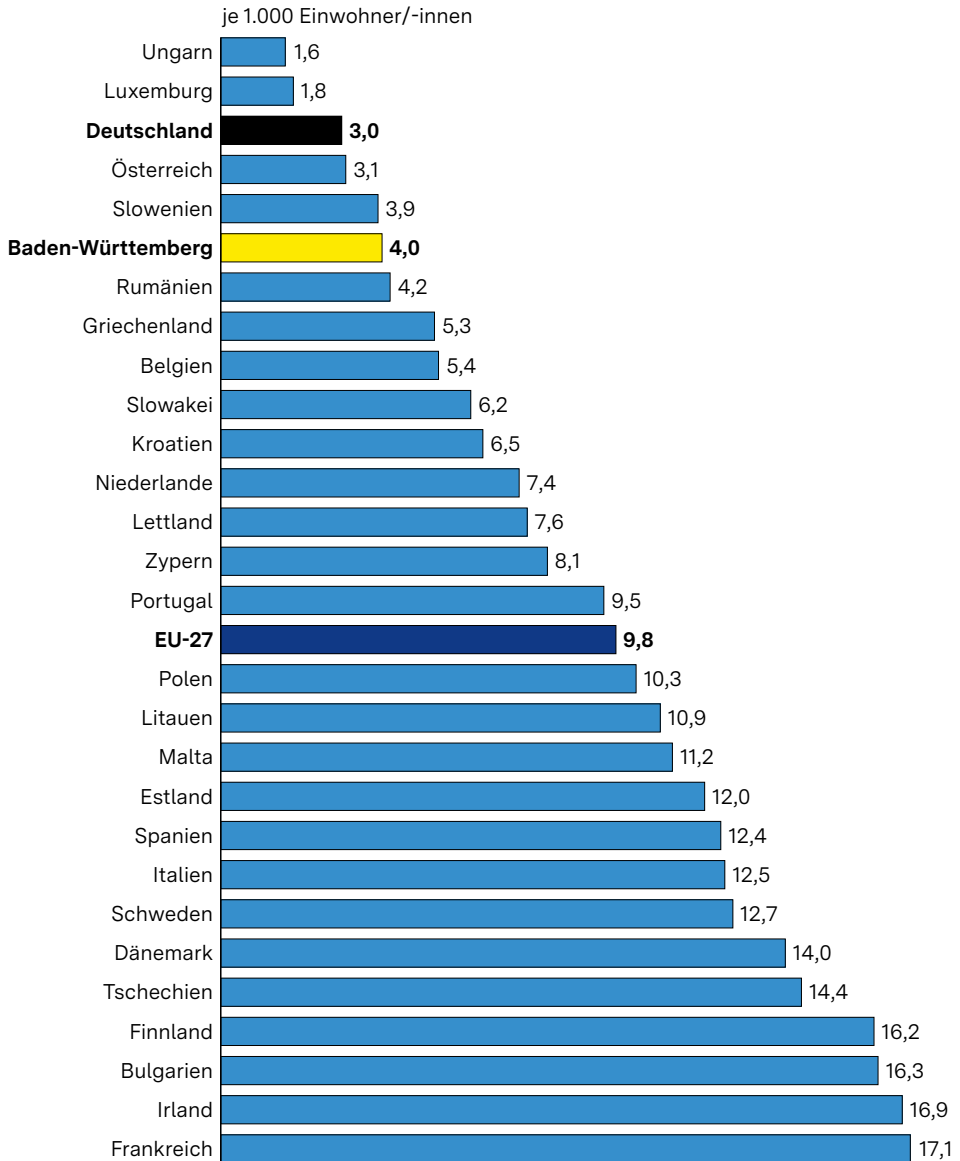
Im Jahr 2023 betrug der Primärenergieverbrauch aus erneuerbaren Energieträgern in Baden-Württemberg gut 226 Petajoule und nahm damit gegenüber dem Vorjahr um knapp 2 % ab. Damit erreichte ihr Anteil am Primärenergieverbrauch mit nahezu 20 % trotz der geringfügigen Abnahme aufgrund eines stärkeren Rückgangs des gesamten Primärenergieverbrauchs in 2023 einen neuen Höchstwert. Die Nutzung erneuerbarer Energiequellen in Baden-Württemberg ist in den letzten zehn Jahren, mit kleineren Schwankungen, tendenziell gestiegen (2013 lag ihr Anteil bei rund 14 %). Auch in Deutschland stieg der Anteil im gleichen Zeitraum in ähnlichem Umfang. Die Erneuerbaren kamen 2023 bundesweit auf einen Anteil am Primärenergieverbrauch von rund 20 %.

Die Betrachtung des Energieträgermix in Baden-Württemberg 2023 zeigt, dass rund 65 % der erneuerbaren Energien im Primärenergieverbrauch auf Biomasse entfielen; davon machten feste und flüssige biogene Stoffe wie Holz, Pflanzenöle oder Biokraftstoffe rund 49 % aus. Aus Solarenergie kamen etwas über 13 %, aus

Wasserkraft 7 % und aus Windkraft 6 % (Deutschland: rund 25 %). Die restlichen rund 9 % gehen in Baden-Württemberg auf sonstige erneuerbare Energien zurück.

Im EU-Vergleich rangierte Baden-Württemberg 2023 im Mittelfeld der 27 EU-Länder und lag knapp unter dem EU-Durchschnitt von rund 20 %. Innerhalb der Europäischen Union variierte der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch erheblich. Die drei größten Anteile erreichten die Länder Schweden (52 %), Lettland (45 %) und Dänemark (44 %). Dabei trugen in allen drei Ländern die festen biogenen Stoffe den Hauptteil bei. In Schweden und Lettland folgte die Wasserkraft auf dem zweiten Platz, während in Dänemark die Windkraft die zweitwichtigste erneuerbare Energiequelle darstellte. Unter den Ländern mit einem geringeren Anteil erneuerbarer Energieträger am Primärenergieverbrauch entfielen die drei niedrigsten Anteile auf Malta, Belgien und Luxemburg.

Verschrottete Altfahrzeuge



Daten: 2023 bzw. letztes verfügbares Jahr.

Datenquelle: Eurostat.



Wenige Fahrzeuge enden auf deutschen Schrottplätzen

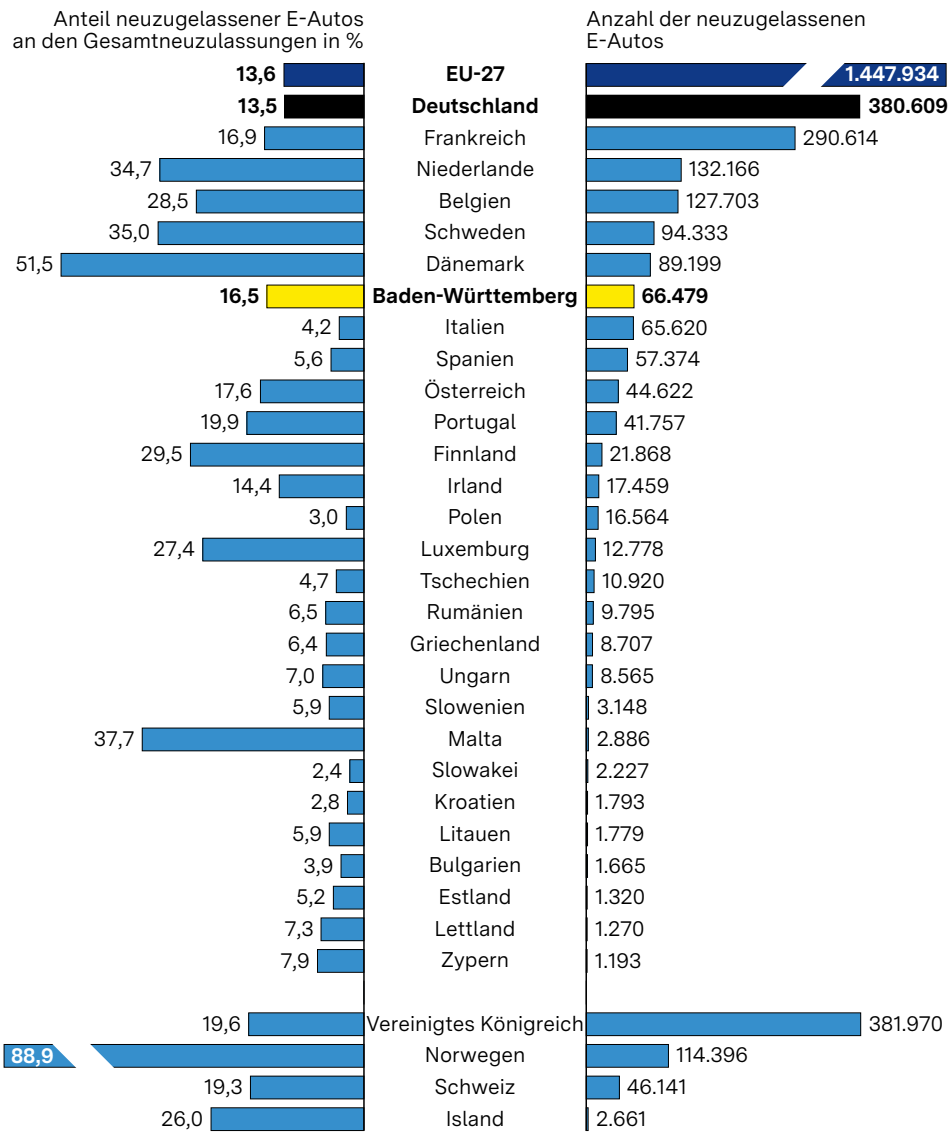
Mit einem Anteil von rund 83 % an der Verkehrsleistung ist der Personenkraftwagen (Pkw) europaweit das mit Abstand am meisten genutzte Verkehrsmittel im motorisierten Personenverkehr (Busse: 9 %, Züge: 8 %, Bezugsjahr 2023). In Baden-Württemberg entfielen nach Angaben des Landesministeriums für Verkehr 82 % der Verkehrsleistung im Personenverkehr auf den motorisierten Individualverkehr und nur 18 % auf öffentliche Verkehrsmittel und das Fahrrad. Mit der hohen Verkehrsleistung der Pkw geht ein großer Fahrzeugbestand einher (Baden-Württemberg: 7,0 Mio.). Laufend scheiden Altfahrzeuge aus dem Bestand aus und werden verschrottet. Der erste Schritt zu einer umweltgerechten Entsorgung ist die Demontage des Altfahrzeugs in einem zertifizierten Fachbetrieb.

Im Jahr 2023 haben die Demontagebetriebe in Baden-Württemberg rund 45.600 Altfahrzeuge zur Verschrottung angenommen. Auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen damit im Schnitt 4,0 Altfahrzeuge. Im europäischen Vergleich war dies nur ein geringer Wert. Spitzenreiter mit 17,1 Altfahrzeugen je

1.000 Einwohnerinnen und Einwohner war Frankreich. Der EU-Durchschnitt lag bei 9,8 Altfahrzeugen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Obwohl jährlich eine große Anzahl Fahrzeuge in Deutschland endgültig außer Betrieb gesetzt wird, haben nur wenige davon das Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht und gehen in die Verschrottung. Das Umweltbundesamt geht davon aus, dass der weitaus größte Teil der Außerbetriebsetzungen auf fahrtüchtige Pkw entfällt, die als Gebrauchtfahrzeug exportiert und im Ausland – meist in anderen EU-Staaten – wieder zugelassen werden.

Elektromobilität in der Europäischen Union und ausgewählten Ländern



Daten: 2024.
Datenquellen: Europäischer Automobilverband (ACEA), Kraftfahrt-Bundesamt.



Neuzulassungen von E-Autos – Knick in der baden-württembergischen Elektromobilität

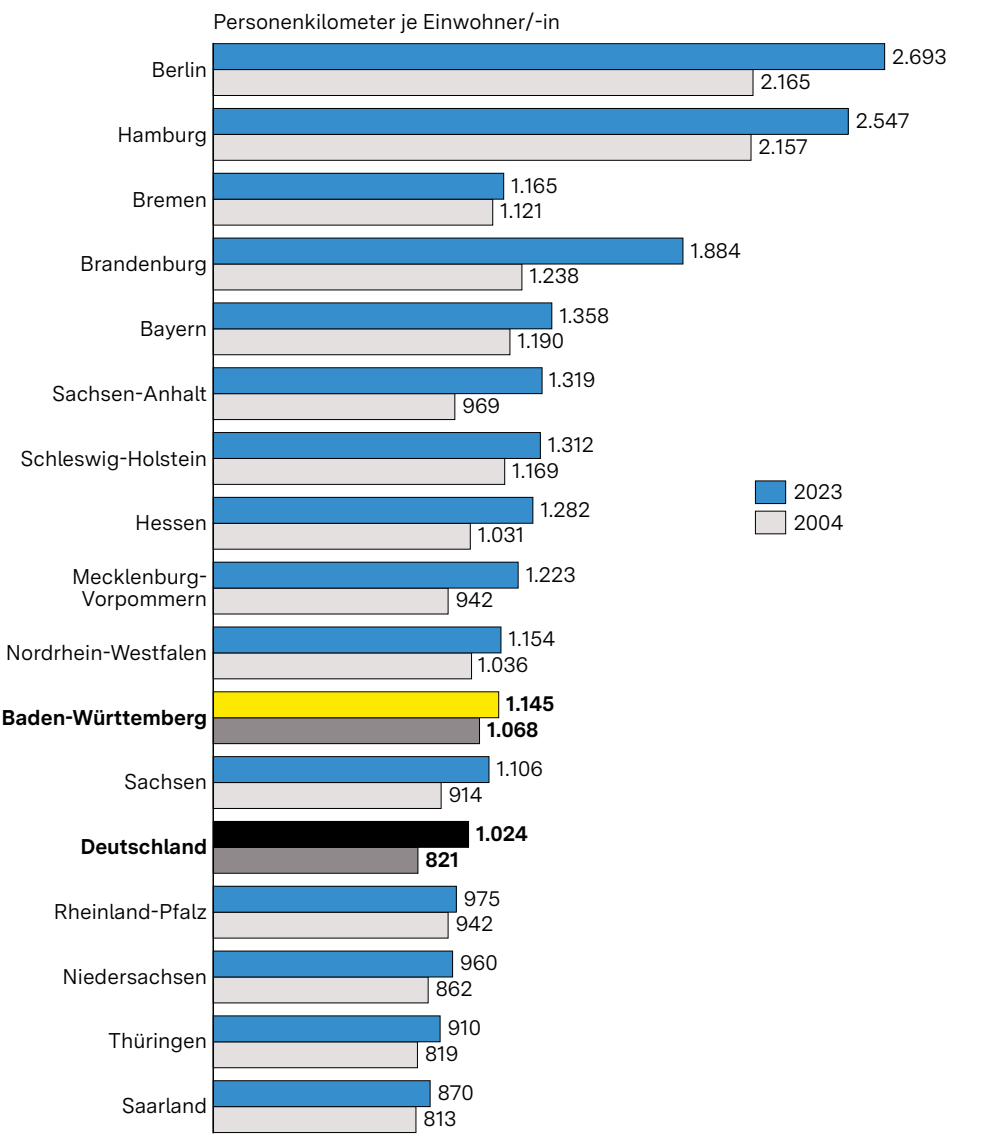
Im Jahr 2024 wurden in der EU rund 1,4 Millionen rein elektrische Personenkraftwagen neu zugelassen. Im Vergleich zum Vorjahr entsprach dies einem Rückgang um 5,9 %. Auch in Deutschland sank die Zahl der Neuzulassungen von E-Autos um 27,4 % auf rund 380.600. Trotz des Rückgangs war Deutschland 2024 bereits zum siebten Mal infolge der quantitativ größte E-Auto-Markt innerhalb der EU. Frankreich landete mit rund 290.600 neu zugelassenen E-Autos und einem Minus von 2,6 % auf dem zweiten Rang, gefolgt von den Niederlanden mit 132.200 (+16,0 %). Baden-Württemberg verzeichnete einen Rückgang um 21,3 % auf rund 66.500 neu zugelassene E-Autos. Würde der Südwesten in diesem EU-Länder-Ranking miteinbezogen, stünde ein bemerkenswerter siebter Platz zu Buche. In Baden-Württemberg wurden 2024 mehr E-Autos neu zugelassen als in Italien (65.600) bzw. in Spanien (57.400).

Setzt man die Anzahl der Neuzulassungen von E-Autos ins Verhältnis zu den Gesamtneuzulassungen von Pkw, wies Baden-Württemberg einen Anteil von 16,5 % aus. Damit hatte der Südwesten

2024 die Spitzenposition im Bundesländervergleich inne. Auf dem zweiten und dritten Platz lagen Berlin und Schleswig-Holstein mit einer Quote von 16,3 % bzw. 15,6 %. Auf dem letzten Platz befand sich Sachsen-Anhalt mit einer Quote von 8,4 %.

Mit einem Anteil von 13,5 % belegte Deutschland 2024 lediglich den zwölften Platz im EU-Länder-Ranking. Insgesamt hatten 2024 elf Mitgliedstaaten einen höheren Wert als der EU-Durchschnitt (13,6 %). Die höchsten Quoten von neu zugelassenen E-Autos gab es vor allem im Norden der EU – mit Dänemark (51,5 %), Schweden (35,0 %) und Finnland (29,5 %). Malta mit einer Quote von 37,7 % und Niederlande mit 34,7 % komplettierten die Top 5 in der Rangliste der EU-Mitgliedstaaten. Auch außerhalb der EU gab es 2024 auf europäischen Straßen hohe Anteile von neu zugelassenen E-Autos. So wiesen sowohl die Schweiz (19,3 %) als auch das Vereinigte Königreich (19,6 %) und Island (26,0 %) überdurchschnittlich hohe Prozentsätze aus. Norwegen hatte 2024 mit 88,9 % den mit Abstand höchsten Anteil.

Beförderungsleistung im Liniennahverkehr mit Bussen und Bahnen von großen Unternehmen*)



*) Große Unternehmen, die zum Zeitpunkt der letzten Totalerhebung mindestens 250.000 Fahrgäste transportiert haben.
Datenquellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung.



Nutzung des öffentlichen Personenverkehrs weiterhin steigend

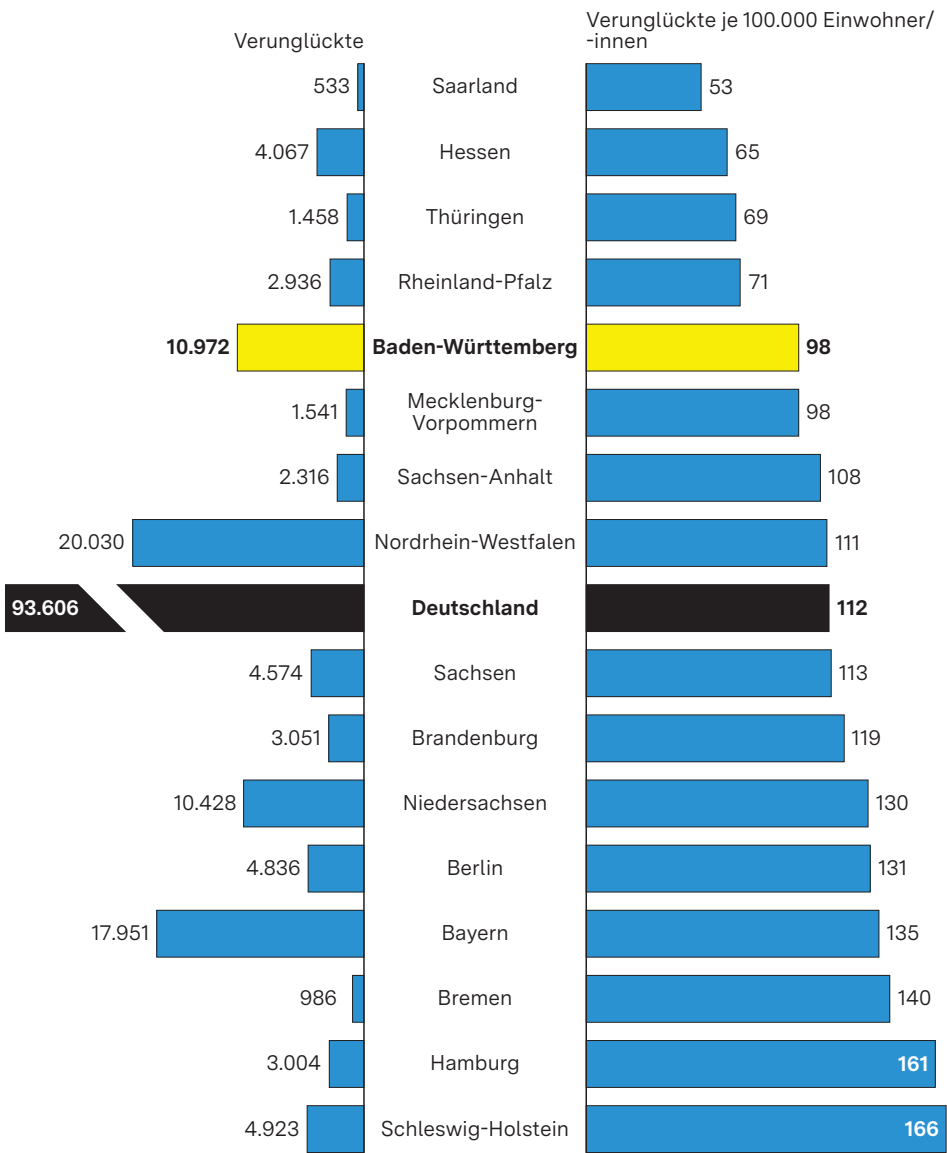
Die Beförderungsleistungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) spiegeln die Nachfrage der Bevölkerung nach Angeboten von Linienbussen und Bahnen des Nahverkehrs wider. Öffentliche Verkehrsmittel leisten einen wesentlichen Beitrag zur Mobilitätsversorgung der Gesellschaft und damit zur Erschließung von Lebens- und Arbeitsräumen. Zudem tragen sie zur Erreichung von Klimaschutzzielen bei, da die Personenbeförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln mit deutlich weniger Umweltbelastungen verbunden ist, als der motorisierte Individualverkehr.

2023 legten die Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs im Durchschnitt pro Kopf 1.145 km mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln zurück. Damit stieg die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel das zweite Jahr in Folge, nachdem sie während der Coronapandemie einen starken Rückgang erlitten hatte (2021: 771 Personenkilometer (Pkm)). Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies einen Anstieg von 4 % dar, während Bayern mit 12 % den höchsten Anstieg unter den Flächenländern ausweist. Auch in den übrige

gen Bundesländern ist die Beförderungsleistung 2023 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Nur in Bremen und Sachsen ist ein Rückgang der zurückgelegten Pkm (–9 % bzw. –4 %) zu verzeichnen.

Wie dicht das Angebot im ÖPNV jedoch ist und wie stark es genutzt wird, hängt von der Siedlungsstruktur ab. So ist die Beförderungsleistung in den Stadtstaaten meist viel höher als in den Flächenländern. In Berlin und Hamburg legten Bürgerinnen und Bürger 2023 im Durchschnitt pro Kopf 2.693 km bzw. 2.547 km mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurück. Unter den Flächenländern wies Brandenburg mit 1.884 Pkm die höchste Beförderungsleistung aus, während Baden-Württemberg auf Platz 8 zwischen Nordrhein-Westfalen (1.154 Pkm) und Sachsen (1.106 Pkm) stand. Der bundesweite Durchschnitt lag bei 1.024 Pkm, während der ÖPNV im Saarland (870 Pkm) am wenigsten genutzt wurde.

Im Straßenverkehr verunglückte Fahrradfahrer/-innen*) (einschließlich Pedelecs)



Daten: 2024. Bevölkerung auf Grundlage des Zensus 2022. – *) einschließlich Mitfahrerinnen und -fahrer.
 Datenquelle: Statistisches Bundesamt.



Zahl der verunglückten Fahrradfahrerinnen und -fahrer in Baden-Württemberg leicht gesunken

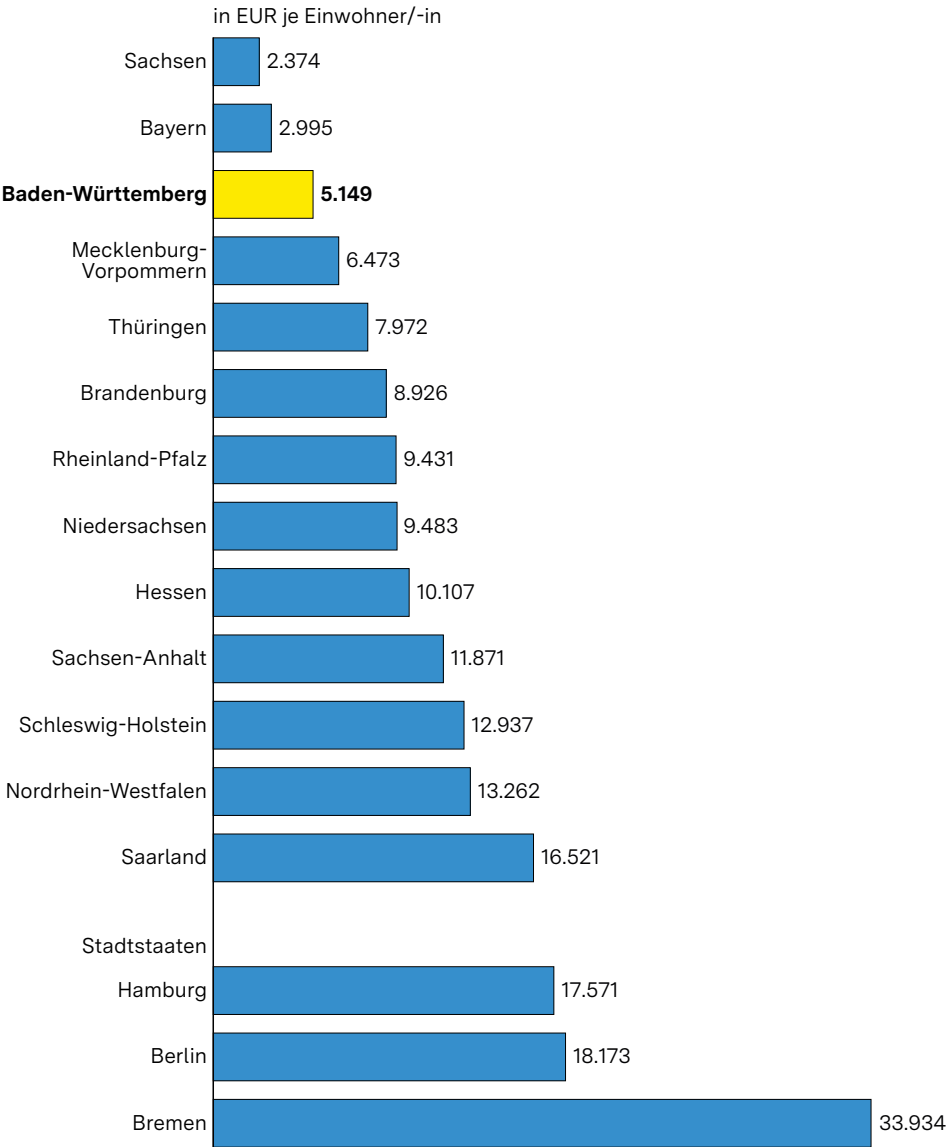
Ob zur Fahrt zur Arbeit oder in der Freizeit, vielen Menschen macht das Fahrradfahren Spaß. Allerdings ist das Radfahren nicht ungefährlich. Im Jahr 2024 verunglückten in Baden-Württemberg knapp 11.000 Radfahrerinnen und Radfahrer im Straßenverkehr – rund 135 beziehungsweise 1,2 % weniger als im Vorjahr; 57 Personen verloren dabei ihr Leben. Damit folgt das Land der bundesweiten Entwicklung (–1,4 %). Nach einem starken Rückgang in den Pandemie Jahren erreichte der Wert der verunglückten Fahrradfahrerinnen und -fahrer 2022 im Südwesten einen Höchststand von knapp 11.300 Personen. Seither ist die Zahl der polizeilich erfassten Radunfälle rückläufig. Zum Vergleich: 2014 waren es noch 8.200 Verunglückte, darunter 53 Todesopfer.

Besonders auffällig ist die Entwicklung bei Pedelecs, die häufig auch als E-Bikes bezeichnet werden: Obwohl ihr Verkaufsanteil bei rund 53 % stagnierte, stieg die Zahl der verunglückten Fahrerinnen und Fahrer innerhalb eines Jahres um 4 % von unter 3.700 auf über 3.800. Mehr als die Hälfte der tödlich Verunglückten (58 %)

war mit einem Pedelec unterwegs, 42 % mit einem klassischen Fahrrad.

Im Ländervergleich der Radverkehrsunfälle belegte Baden-Württemberg Platz 5. Hier verunglückten 98 Radfahrerinnen und Radfahrer je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Im Saarland lag der Wert mit 53 deutlich niedriger, während Schleswig-Holstein und Hamburg mit über 160 Verunglückten je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner die höchsten Quoten aufwiesen. Bremen dagegen konnte seine Quote von 168 in 2022 auf 140 Verunglückte je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in 2024 verbessern.

Schuldenstand*) nach Bundesländern



Daten: 31.12.2024. – *) Schulden des Gesamthaushaltes der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich.

Datenquelle: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

379 25



Schuldenabbau gestoppt: Baden-Württembergs Gesamtverschuldung steigt 2024 erstmals seit 3 Jahren

Deutschlands öffentlicher Gesamthaushalt war zum Jahresende 2024 mit einem nominalen Bestandswert von 2.510,5 Mrd. Euro beim nicht-öffentlichen Bereich verschuldet. Pro Kopf erreichten die Verbindlichkeiten in Deutschland damit insgesamt eine Höhe von 30.062 Euro.

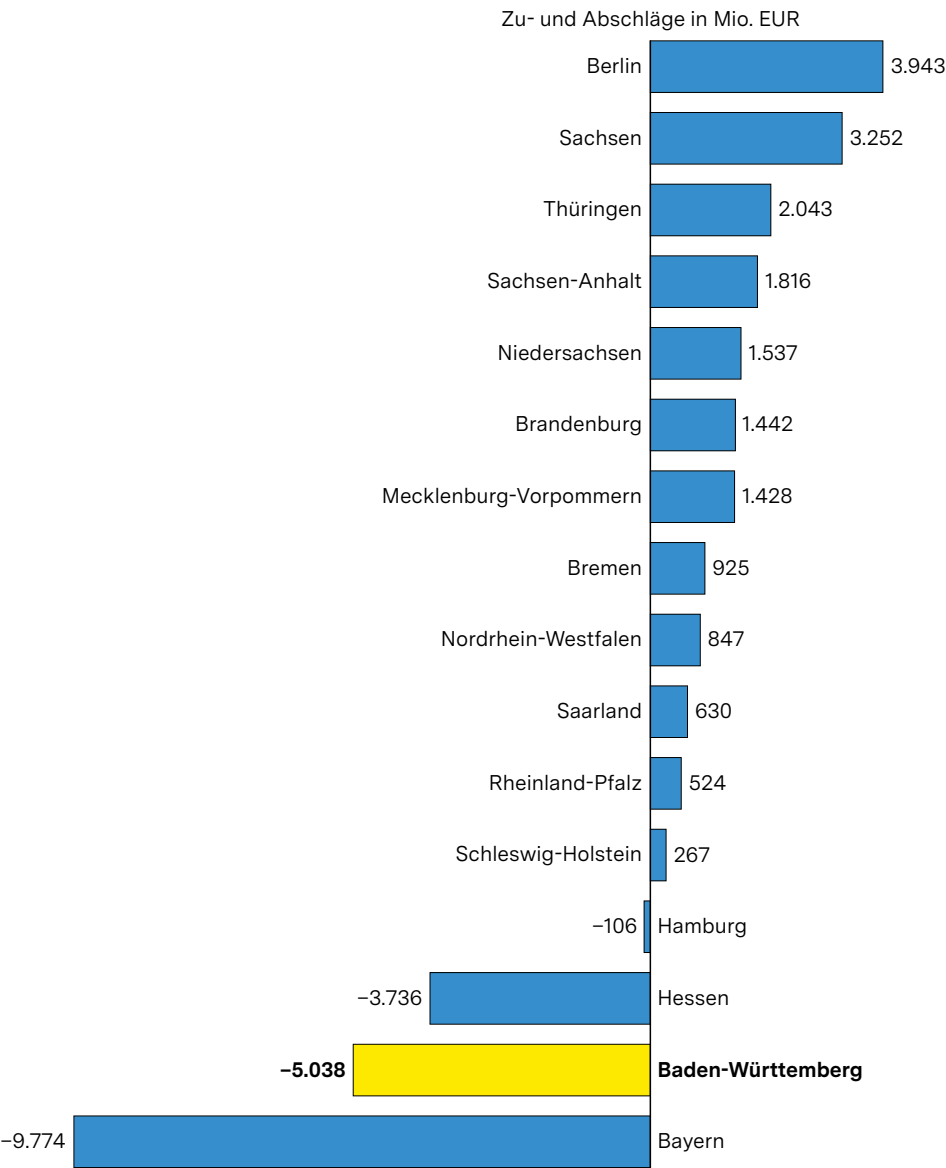
Nach einer Erhöhung des öffentlichen Schuldenbestands um 3,3 % im Jahr 2023 verlor der Vorjahreszuwachs 2024 wieder etwas an Fahrt und sank auf 2,6 %. Ausschlaggebend hierfür war vor allem die rückläufige Entwicklung seitens des Bundes, dessen Verbindlichkeiten binnen Jahresfrist nur noch um 2,1 % anstiegen, nachdem die Rate 2023 noch 4,8 % betragen hatte.

Auf kommunaler Ebene hingegen verschärfte sich der deutsche Schuldenaufbau das dritte Jahr in Folge und lag 2024 mit einer neuerlichen Erhöhung um 10,3 % weitere 0,6 Prozentpunkte über dem Vorjahreszuwachs. Demgegenüber nahmen die Länder 2024 mit einem durchschnittlichen Plus von 2,1 % zum Vorjahr erstmals seit 2021 wieder mehr Schulden auf (2023: -2,0 %). Im Süd-

westen zeichnete sich diese Entwicklung überdurchschnittlich stark ab: Waren die Landesschulden im Vorjahr noch um 6,8 % zurückgegangen, erhöhten sich diese 2024 um 7,9 %. Da die Kommunalverschuldung in Baden-Württemberg mit 12,1 % nur leicht an Dynamik verlor, stand bei den Gesamtschulden des Landes und der Gemeinden zusammengenommen eine Erhöhung von 8,9 % zum Vorjahr auf 57,9 Mrd. Euro. Gemessen an der Bevölkerungszahl hatte Baden-Württemberg folglich mit 5.149 Euro pro Kopf (+8,5 % zum Vorjahr) aber weiterhin die geringste Verschuldung nach Sachsen (2.374 Euro) und Bayern (2.995 Euro) vorzuweisen.

Pro Kopf gerechnet waren die Stadtstaaten wie in den Jahren zuvor am höchsten verschuldet: Auf Bremen mit 33.934 Euro (+1,3 % zum Vorjahr) folgten Berlin (18.173 Euro; +5,9 %) und Hamburg (17.571 Euro; -0,4 %). Unter den Flächenländern hatten das Saarland (16.521 Euro; +5,0 %) und Nordrhein-Westfalen (13.262 Euro; +1,9 %) die höchsten Schuldenstände im Verhältnis zur Einwohnerzahl.

Finanzkraftausgleich



Daten: 2024, vorläufige Werte.
Datenquelle: Bundesministerium der Finanzen.



Finanzkraftausgleich: vier Länder zahlen ein

Ziel des Finanzkraftausgleichs ist es, wirtschaftliche Unterschiede der einzelnen Bundesländer zu nivellieren und allen Ländern die Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben zu ermöglichen.

Im horizontalen Umverteilungsmechanismus zwischen den Ländern, der in seiner jetzigen Form 2020 in Kraft trat, haben finanzschwache Länder Anspruch auf Zuschläge bei der Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern, finanzstarke Länder müssen Abschläge hinnehmen. Die Umverteilung unter den Ländern wird vom Bund vorgenommen; in den Landeshaushalten werden diese Ausgleichszahlungen nicht mehr gesondert ausgewiesen.

Im Jahr 2024 betrug das Volumen der Finanzumverteilung zwischen den Ländern 18,7 Mrd. Euro. Abschläge bei der Umsatzsteuerverteilung mussten 2024 die vier Länder Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg hinnehmen.

Den höchsten Abschlag verzeichnete weiterhin der Freistaat Bayern mit 9,8 Mrd. Euro. Bayern trägt damit gut die

Hälfte des Finanzkraftausgleichs, Baden-Württemberg steuert gut ein Viertel, Hessen noch ein Fünftel und Hamburg rund 0,6 % zum Umverteilungsmechanismus unter den Ländern bei. Im Jahr zuvor war in dieser Gruppe auch Rheinland-Pfalz vertreten. Im Zeitraum 2021 bis 2023 war das traditionelle Nehmerland Rheinland-Pfalz im Finanzkraftausgleich auf die Geberseite gewechselt.

Insgesamt erhielten 2024 somit zwölf Bundesländer Zuschläge aus dem horizontalen Umverteilungsmechanismus.

Berlin profitiert seit Jahren in besonderem Maße von den Ausgleichszahlungen: Im Jahr 2024 flossen 3,9 Mrd. Euro bzw. 21 % des gesamten finanziellen Ausgleichsvolumens in die Bundeshauptstadt. Eine Unterstützung von jeweils über 1 Mrd. Euro erhielten neben Berlin auch die Länder Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Glossar

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Als Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer zählt, wer zeitlich überwiegend als Arbeiterin bzw. Arbeiter, Angestellte bzw. Angestellter, Beamtin bzw. Beamter, RichterIn bzw. Richter, Berufssoldatin bzw. Berufssoldat, Soldatin bzw. Soldat auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistende bzw. Wehr- oder Zivildienstleistender/ Person im Bundesfreiwilligendienst, Auszubildende bzw. Auszubildender, Praktikantin bzw. Praktikant oder Volontärin bzw. Volontär in einem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis steht. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter sowie marginal Beschäftigte.

Ausbildungsmarktstatistik

Die Ausbildungsmarktstatistik berichtet über Bewerberinnen und Bewerber, die einen anerkannten Ausbildungsberuf nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) wünschen, und über Berufsausbildungsstellen für nach dem BBiG anerkannte Ausbildungsberufe. Das Berichtsjahr ist der Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 30. September des folgenden Jahres.

Unversorgte Bewerberinnen/Bewerber sind Ausbildungssuchende, für die weder die Einmündung in eine Berufsausbildung, noch ein weiterer Schulbesuch, eine Teilnahme an einer Fördermaßnahme oder eine Alternative zur Ausbildung bekannt ist und für die Vermittlungsbemühungen weiterlaufen.

Beförderungsleistung im ÖPNV (Personenkilometer je Einwohner und Jahr)

Der Indikator umfasst den Liniennahverkehr innerhalb eines Bundeslandes mit Eisenbahnen (inkl. S-Bahnen), Straßenbahnen und Omnibussen durch Verkehrsunternehmen. Die Beförderungsleistung in Personenkilometern ergibt sich aus der Multiplikation der Zahl der Fahrgäste im ÖPNV mit deren durchschnittlicher Reiseweite in Kilometern. Der Indikator ist auf Einwohner normiert.

Bruttolöhne und -gehälter

Die Bruttolöhne und -gehälter enthalten die von den im Inland ansässigen Wirtschaftseinheiten (Betrieben) geleisteten Löhne und Gehälter der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

vor Abzug der Lohnsteuer und der Sozialbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Sachleistungen, die ihnen unentgeltlich oder verbilligt zur Verfügung gestellt werden.

Erneuerbare Energien

Erneuerbare Energieträger sind natürliche Energievorkommen, die auf permanent vorhandene oder auf sich in überschaubaren Zeiträumen von wenigen Generationen regenerierende Energieströme zurückzuführen sind. Dazu gehören zum Beispiel Wasserkraft, Windenergie, Solarenergie, Biomasse in Form von Gasen und nachwachsenden Rohstoffen, Abfall biologischen Ursprungs, Geothermie und Umgebungswärme.

Erwerbslose, Erwerbslosenquote

Die Begriffe „Arbeitslose (arbeitslose Arbeitsuchende)“ und „Erwerbslose“ sind unterschiedlich definiert: Als Erwerbslose gelten nach dem Erwerbskonzept der ILO (International Labour Organisation), an der sich der Mikrozensus und die EU-Arbeitskräfteerhebung orientieren, alle Personen im erwerbsfähigen Alter, die im Berichtszeitraum nicht erwerbstätig

waren, die aber nach eigenen Angaben in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht haben und innerhalb von zwei Wochen für die neue Tätigkeit zur Verfügung stehen. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es nicht an. Die Einschaltung einer Agentur für Arbeit oder eines kommunalen Trägers in die Suchbemühungen ist nicht erforderlich.

Der Begriff „Erwerbslose“ wird für das ILO-Erwerbskonzept und der Begriff „Arbeitslose“ für die registrierten Arbeitslosen nach dem SGB verwendet. Die Unterschiede zwischen Erwerbslosigkeit und Arbeitslosigkeit folgen aus verschiedenen Erhebungsmethoden (Stichprobenbefragung versus Registrierung) und unterschiedlichen Konkretisierungen von Begriffsmerkmalen (zum Beispiel liegt nach dem SGB Arbeitslosigkeit auch dann vor, wenn eine Beschäftigung von weniger als 15 Wochenstunden ausgeübt wird, während nach dem ILO-Konzept schon eine Wochenstunde Arbeit Erwerbslosigkeit ausschließt).

Erwerbslosenquote in % = $\frac{\text{Erwerbslose}}{\text{Erwerbspersonen}} \cdot 100$

Die Erwerbslosenquote entspricht dem Anteil der zivilen Erwerbsbevölkerung, der erwerbslos ist.

EU-Arbeitskräfteerhebung

Die Arbeitskräfteerhebung (AKE) ist eine Stichprobenerhebung in Privathaushalten, bei der in persönlichen Befragungen Informationen über den Arbeitsmarkt und damit zusammenhängende Themen erhoben werden.

Die Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (EU) deckt alle Personen ab, die in privaten Haushalten leben; Personen, die in Gemeinschaftshaushalten wie Pensionen, Wohnheimen und Krankenhäusern leben, werden nicht berücksichtigt. Für die Erhebung werden für alle EU-Mitgliedstaaten einheitliche Definitionen verwendet, die auf den Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beruhen.

Die Erhebung wird von den nationalen statistischen Ämtern in den europäischen Ländern als „Arbeitskräfteerhebung (AKE)“ durchgeführt.

Gefangenenrate

Die Gefangenenrate wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Darunter fällt die Kriminalitätsrate, welche die Anzahl der Inhaftierungen beeinflusst. Weiterhin führen unterschiedliche Strafverfolgungs- und Sanktionspraktiken der Justizpolitik zu unterschiedlichen Gefangenenraten. Auch Faktoren wie Bevölkerungsdichte, Altersstruktur, soziale Benachteiligung und Bildung können ebenfalls eine Rolle spielen. Weiterhin können sich Demografische Faktoren, wie die Altersstruktur der Bevölkerung und der Anteil ausländischer Staatsbürger ebenfalls auf die Gefangenenrate auswirken.

Gesundheitspersonal

Als Gesundheitspersonal werden alle Beschäftigte in den Einrichtungen des Gesundheitswesens bezeichnet, unabhängig davon, welchen Beruf sie ausüben. Die Gesundheitspersonalrechnung ermittelt die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse

Hochqualifizierte

Der Bildungsstand basiert auf der international vergleichbaren Klassifikation für

das Bildungswesen „International Standard Classification of Education“ (ISCED). Der höchste erreichte Bildungsstand wird danach aus den Merkmalen allgemeiner Schulabschluss und beruflicher Bildungsabschluss kombiniert. Grundsätzlich wird zwischen folgenden drei Kategorien für den Bildungsstand unterschieden: „hoch“, „mittel“ und „niedrig“. Personen mit einem hohen Bildungsstand verfügen über einen akademischen Abschluss oder einen Meister-/Techniker- oder Fachschulabschluss. Berufsqualifizierende Abschlüsse und/oder das Abitur beziehungsweise die Fachhochschulreife gehören zur Kategorie „mittlerer Bildungsstand“. Personen mit ausschließlich einem Abschluss an einer Haupt-/Realschule oder Polytechnischen Oberschule und ohne beruflichen Abschluss beziehungsweise Personen ohne Bildungsabschluss fallen in die Kategorie „niedriger Bildungsstand“.

Die Zuordnung nach ISCED 2011 unterteilt nach Primär-, Sekundär-, und Tertiärbereichen. Der Primärbereich umfasst in Deutschland Grund- und Gesamtschulen, der Sekundärbereich die allgemein- und

berufsbildenden Abschlüsse und der Tertiärbereich die Studiengänge an Hochschulen und Berufsakademien sowie Bildungsgänge an Fachschulen und Fachakademien.

Innovationsindex

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat einen Innovationsindex entwickelt, der sechs Innovationsindikatoren in einer einzigen Kennzahl bündelt und somit einen einfachen Vergleich des Innovationspotenzials der Länder und der Regionen in der Europäischen Union ermöglicht. In die Indexberechnung gehen folgende Indikatoren ein: die FuE-Ausgaben, das FuE-Personal, die Erwerbstätigen in industriellen Hochtechnologiebranchen, die Erwerbstätigen in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen, die Erwerbstätigen in wissenschaftlich-technischen Berufen und die Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt.

Innovationspotenzial

Das Innovationspotenzial bezeichnet die Fähigkeit, innovative Produkte, Prozesse und Dienstleistungen hervorzubringen.

Innovationen können einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung globaler und gesellschaftlicher Herausforderungen leisten – etwa im Bereich des Klimaschutzes oder im Hinblick auf den demografischen Wandel. Besonders für hoch entwickelte, aber rohstoffarme Volkswirtschaften sind Innovationen eine zentrale Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand im globalen Wettbewerb.

NEET-Rate

Die Abkürzung NEET steht für „Neither in Education nor Employment or Training“ und bezeichnet junge Erwachsene, die weder in Aus- oder Weiterbildung noch erwerbstätig sind. Die NEET-Rate ist definiert als der Anteil junger Menschen in einer bestimmten Altersklasse, der sich weder in Aus- oder Weiterbildung befindet noch einer Erwerbstätigkeit nachgeht, an der altersgleichen Bevölkerung.

Die NEET-Rate ist nicht gleichzusetzen mit der Jugenderwerbslosenquote, da neben den Erwerbslosen auch Personen ohne Beschäftigung enthalten sind, die nicht aktiv nach Arbeit suchen oder nicht

kurzfristig für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen und damit nicht als erwerbslos gezählt werden. Während sich die Erwerbslosenquote aus der Zahl der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) ergibt, bezieht sich die NEET-Rate auf die gesamte Bevölkerung (Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen).

Öffentliche Verschuldung

Der Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushalts auf Landesebene umfasst die Schulden der Kernhaushalte des Landes und der Gemeinden/Gemeindeverbände sowie deren Extrahaushalte beim nicht-öffentlichen Bereich. Die „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ umfassen Wertpapiersschulden, Kredite und Kassenkredite. Zu den „Extrahaushalten“ zählen alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen zum Sektor „Staat“ gehören. Hauptmerkmale für eine Zuordnung zum Sektor „Staat“ sind die öffentliche Kontrolle und die Nichtmarktproduktion.

Seit dem Berichtsjahr 2023 werden die Schulden aller öffentlich bestimmten Verkehrsunternehmen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in die Berechnung des öffentlichen Schuldenstands einbezogen, da diese zur Finanzierung des zum 1. Mai 2023 eingeführten Deutschlandtickets Zuweisungen und Zuschüsse von Bund und Ländern erhalten. Somit gelten sie ausnahmslos als Extrahaushalte.

Primärenergieverbrauch

Der Primärenergieverbrauch ergibt sich von der Entstehungsseite her aus der Gewinnung von Energieträgern im Inland, den Bestandsveränderungen sowie den Lieferungen und Bezügen über die Landesgrenzen. Somit ist die Primärenergiebilanz die Energiedarbietung der ersten Stufe. Von der Verwendungsseite her ergibt sich der Primärenergieverbrauch als Summe aus dem Endenergieverbrauch, dem nichtenergetischen Verbrauch, den Fackel- und Leitungsverlusten sowie dem Saldo der Umwandlungsbilanz und den statistischen Differenzen.

Spezialhandel/Generalhandel

Die Ausfuhr Baden-Württembergs wird als Spezialhandel dargestellt und enthält im Wesentlichen Waren, die aus der Erzeugung, der Bearbeitung und Verarbeitung des Landes stammen und ausgeführt worden sind.

Die Importe Baden-Württembergs hingegen werden als Generalhandel ausgewiesen und umfassen alle eingehenden Waren, somit auch solche Waren, die nicht im Südwesten verbleiben, sondern in andere Bundesländer oder ausländische Staaten befördert werden. Eine Saldierung der Aus- und Einfuhren ist aus diesem Grund nicht sinnvoll.

Als Bestimmungsland einer Exportware wird das Verbrauchsland angegeben, das heißt das Land, in dem die Ware ge- oder verbraucht bzw. be- oder verarbeitet werden soll. Ist das Bestimmungsland nicht bekannt, so gilt das letzte Land, in das die Waren verbracht werden sollen, als Bestimmungsland.

Demgegenüber wird im Eingang als Ursprungsland das Herstellungsland

angegeben, das heißt das Land, in dem die Ware in der Beschaffenheit, in der sie eintrifft, erzeugt oder hergestellt wurde. Ist das Ursprungsland nicht bekannt, so tritt an dessen Stelle das Versendungsland, aus dem die Waren in das Erhebungsgebiet verbracht worden sind.

Unbereinigter Gender Pay Gap

Der unbereinigte Gender Pay Gap ist definiert als Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten männlicher und weiblicher Beschäftigter im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttostundenverdienst männlicher Beschäftigter. Aussagen zum Unterschied in den Verdiensten von weiblichen und männlichen Beschäftigten mit gleichem Beruf, vergleichbarer Tätigkeit und äquivalentem Bildungsabschluss sind damit nicht möglich. Der Gender Pay Gap wird auf Basis der nationalen Verdienststrukturerhebungen ermittelt. Bei dieser Datengrundlage handelt es sich um eine in vierjährlichen Abständen durchgeführte Erhebung. Die Daten für die Jahre zwischen den Erhebungen werden jeweils mit nationalen Quellen fort-

geschrieben. Für Deutschland wird hierzu die Vierteljährliche Verdiensterhebung genutzt.

Unternehmensinsolvenzen

Ein Unternehmensinsolvenzverfahren dient dem Zweck, das Vermögen eines Unternehmens, das zahlungsunfähig oder überschuldet ist, gemeinschaftlich auf die Gläubiger zu verteilen und – sofern möglich – eine Sanierung herbeizuführen. Die rechtlichen Vorschriften für dieses Verfahren sind in der Insolvenzordnung (InsO) geregelt. In der Insolvenzstatistik werden die beantragten Insolvenzverfahren erfasst. Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens erfolgt nur auf Antrag der Gläubiger oder – bei drohenden Zahlungsschwierigkeiten – des Schuldners. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens wird mangels Masse abgewiesen, wenn das Vermögen des Schuldners voraussichtlich nicht ausreichen wird, um die Kosten des Verfahrens zu decken.

Die Insolvenzhäufigkeit 2024 setzt Zahl der Insolvenzen 2024 ins Verhältnis zur Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen 2023, die zur Voranmeldung

Abkürzungen

(Vorauszahlung) verpflichtet sind. Das heißt Unternehmen mit einem voraussichtlichen Umsatz unter 22.001 Euro werden nicht berücksichtigt. Ebenfalls nicht berücksichtigt werden ehemals selbstständig Tätige.

Millionen	Mio.
Milliarden	Mrd.
Prozent	%
Quadratkilometer	km ²
Tonnen	t
Kilometer	km
Euro	EUR

Verfügbares Einkommen

Das verfügbare Einkommen (Ausgabenkonzept) der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen – dem Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen – einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen; abgezogen werden dagegen andererseits Einkommen- und Vermögensteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind.

Quellenverzeichnis/Linkliste

Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.

<https://ag-energiebilanzen.de/>

Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ (AG GGRdL)

<https://www.statistikportal.de/de/ggrdl>

Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung der Länder“ (AK ETR)

<https://www.statistikportal.de/de/etr/der-ak-etr>

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL)

www.statistikportal.de/de/vgrdl

Bundesagentur für Arbeit

statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Statistiken-Nav.html

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

https://www.bamf.de/DE/Startseite/startseite_node.html

Bundesministerium der Finanzen

www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Service/Publikationen/publikationen.html

Bureau of Justice Statistics

<https://bjs.ojp.gov/data-collection/national-prisoner-statistics-nps>

Die Bundeswahlleiterin

https://www.bundeswahlleiterin.de/dam/jcr/397735e3-0585-46f6-a0b5-2c60c5b83de6/btw_ab49_gesamt.pdf

Europäischer Automobilverband (ACEA)

<https://www.acea.auto/>

Europäisches Patentamt

<https://www.epo.org/en>

European Environment Agency (EEA)

<https://www.eea.europa.eu/en>

Eurostat

ec.europa.eu/eurostat/de/data/database

Gesundheitsausgabenrechnung der Länder

<https://www.statistikportal.de/de/ggrdl/ergebnisse/gesundheitsausgabenrechnung>

Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes

<https://www.statistikportal.de/de/ggrdl/ergebnisse/gesundheitsausgabenrechnung>

Gesundheitspersonalrechnung der Länder

<https://www.statistikportal.de/de/ggrdl/ergebnisse/gesundheitspersonalrechnung>

Gesundheitspersonalrechnung des Bundes

<https://www.statistikportal.de/de/ggrdl/ergebnisse/gesundheitspersonalrechnung>

Kraftfahrt-Bundesamt (KBA)

https://www.kba.de/DE/Home/home_node.html

Länderarbeitskreis Energiebilanzen

<https://www.lak-energiebilanzen.de/>

Main Science and Technology Indicators (MSTI)

[https://data-explorer.oecd.org/vis?df\[ds\]=DisseminateFinalDMZ&df\[id\]=DSD_MSTI%40DF_MSTI&df\[ag\]=OECD.STI.STP&dq=.A.G%2BT_RS...&lom=LASTNPERIODS&lo=5&to\[TIME_PERIOD\]=false&lc=en&pg=0](https://data-explorer.oecd.org/vis?df[ds]=DisseminateFinalDMZ&df[id]=DSD_MSTI%40DF_MSTI&df[ag]=OECD.STI.STP&dq=.A.G%2BT_RS...&lom=LASTNPERIODS&lo=5&to[TIME_PERIOD]=false&lc=en&pg=0)

Kultusministerkonferenz (KMK)

https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/GTS_2023_Bericht.pdf

OECD

data.oecd.org

Statistisches Bundesamt

www.destatis.de/DE/Home/_inhalt.html

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

<https://www.statistik-bw.de/>

Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder (UGRdL)

<https://www.statistikportal.de/de/ugrdl>

UN World Population Prospects

<https://population.un.org/wpp/>

Weltbank

databank.worldbank.org/home.aspx

World Economic Outlook Database

<https://www.imf.org/en/Publications/WEO/weo-database/2024/April>



Baden-Württemberg
Statistisches Landesamt

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Raiffeisenplatz 5 · 70736 Fellbach

Telefon 0711 641-0 Zentrale · **Telefax** 0711 641-2440 · poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Zentraler Auskunftsdienst · Telefon 0711 641-2833 · auskunftsdienst@stala.bwl.de

Pressestelle · Telefon 0711 641-2451 · pressestelle@stala.bwl.de

Vertrieb · Telefon 0711 641-2866 · vertrieb@stala.bwl.de

Bibliothek · Telefon 0711 641-2133 · bibliothek@stala.bwl.de

Kontaktzeiten · Montag bis Donnerstag 9:00–15:30 Uhr · Freitag 9:00–12:00 Uhr